

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dieter Mahncke

Alternativen zur nuklearen Abschreckung
als Grundlage europäischer Sicherheit?

Franz H. U. Borkenhagen

Kriterien für einen militärischen Strategie-
und Strukturwandel

Werner Kaltefleiter / Ulrike Schumacher

Deutsche Interessen im Konzept
der strategischen Verteidigung

Wolfgang Heisenberg

Die Strategische Verteidigungsinitiative
der Vereinigten Staaten

B 43/86

25. Oktober 1986

Dieter Mahncke, M. A., Ph. D., geb. 1941; 1975—1980 o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg, seit 1980 im Bundespräsidialamt.

Veröffentlichungen u. a.: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954—1970, Berlin—New York 1972; (zus. mit Karl Carstens) Westeuropäische Verteidigungskooperation, München—Wien 1972; Berlin im geteilten Deutschland, München—Wien 1973; (zus. mit Hans-Peter Schwarz) Seemacht und Außenpolitik, Frankfurt 1974; (zus. mit Thomas Jansen) Persönlichkeiten der europäischen Integration, Bonn 1981; (zus. mit Manfred Hättich u. a.) Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Sozialkunde- und Geschichtsbüchern, Melle 1985.

Franz H. U. Borkenhagen, geb. 1945; Referent, Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik — SAS.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Bundeswehr — Demokratie in Oliv? Streitkräfte im Wandel, Bonn—Berlin 1986; Militärische Defensivkonzepte in einem System der Kollektiven Sicherheit (SKS), in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa — Eine Alternative?, Baden-Baden 1985.

Werner Kaltefleiter, Dr. rer. pol., geb. 1937; o. Professor für Politische Wissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft; von 1970 bis 1975 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung; von 1975 bis 1981 Vizepräsident der Universität Kiel; seit 1983 Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik.

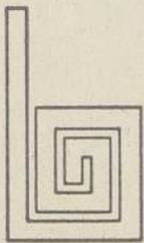
Veröffentlichungen u. a.: Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie, 1970; Im Wechselspiel der Koalitionen — Analyse der Bundestagswahl 1969, 1970; Zwischen Konsens und Krise — Analyse der Bundestagswahl 1972, 1973; (zus. mit Peter Krogh) Geheimhaltung und Öffentlichkeit in der Außenpolitik, 1974; Vorspiel zum Wechsel — Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, 1977; (zus. mit Peter Nißen) Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, 1980; (zus. mit Ulrike Schumacher) Conflicts Options Strategies in a Threatened World, Kiel 1982 ff.

Ulrike Schumacher, Dr. phil., geb. 1951; mehrjährige Forschungsaufenthalte an der Hoover Institution, Stanford University und dem Institute for Foreign Policy Analysis, Cambridge, USA; von 1981 bis Ende 1985 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Kiel; seit 1983 stellvertretende Direktorin des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität zu Kiel; seit Anfang 1986 Referentin für Außen- und Verteidigungspolitik an der Landesvertretung Schleswig-Holstein beim Bund.

Veröffentlichungen u. a.: Rüstungskontrolle als Instrument sowjetischer Außenpolitik, Herford 1984; (zus. mit Werner Kaltefleiter) Rüstungskontrolle — ein Irrweg?, München 1984.

Wolfgang Heisenberg, Dr. phil., geb. 1938; Studium der Rechtswissenschaften; von 1967 bis 1979 Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen (Arbeiten auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik, der strategischen Politik, Rüstungskontrolle und des Völkerrechts); 1972 Research Associate beim International Institute for Strategic Studies in London; seit 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fritz Thyssen Stiftung und Lehrbeauftragter beim Seminar für Politische Wissenschaften der Universität Bonn; seit 1984 Forschungsprojekt über die Zukunft der nuklearen Abschreckung.

Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und der internationalen Beziehungen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

— Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Alternativen zur nuklearen Abschreckung als Grundlage europäischer Sicherheit?

I. Probleme der Verteidigung Westeuropas

Die Probleme um die Verteidigung des freien Europa sind weder von der Friedensbewegung noch von der Friedensforschung entdeckt worden. Sie sind älter als das Atlantische Bündnis, und sie werden seit der Gründung des Bündnisses immer wieder — vor allem im Bündnis selbst — erörtert und erwogen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um drei Problembereiche: um das eigentliche Verteidigungsdilemma, um die Frage der nuklearen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und schließlich um die Problematik einer nuklearen Verteidigung im allgemeinen.

Das Verteidigungsdilemma beruht auf der Tatsache, daß eine Verteidigung Westeuropas gegen eine militärische Aggression nahezu unmöglich zu sein scheint, ohne daß dabei gerade das, was verteidigt werden soll, zerstört würde. Dies gilt für den Fall eines nuklearen Konflikts, trifft aber kaum weniger auch auf einen ausgedehnten konventionellen Krieg zu. Der bislang beschrittene Weg, dieses Verteidigungsdilemma zu umgehen, besteht darin, den Hauptakzent der Verteidigungsstrategie auf die Kriegsverhinderung zu legen. Da die Gefahr eines Krieges primär in der Möglichkeit einer sowjetischen Aggression gesehen wird¹⁾, ist Kriegsverhinderung in erster Linie das Ergebnis wirksamer Abschreckung; verbunden wird sie mit Rüstungskontrolle und dem Bemühen, Spannungsursachen abzubauen.

Die Abschreckungsfähigkeit der NATO hat jedoch von Anfang an unter der zahlenmäßigen Unterlegenheit des westlichen konventionellen Kräftepotentials zu leiden gehabt. Daher begann das Bündnis bereits relativ früh — schon Ende der fünfziger Jahre — sich auf Nuklearwaffen abzustützen: die NATO war damals in diesem Bereich überlegen, nukleare Feuerkraft erschien weniger kostspielig als konventionelles Personal; darüber hinaus implizierte der Einsatz von Nuklearwaffen in Europa stets auch die nukleare Vergeltung seitens der USA. Doch mit dem Ausbau des sowjetischen Nuklearpotentials und der zunehmenden nuklearen Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten wurde das zweite Problem der europäischen Verteidigung akut: Würden die Amerikaner zur Ver-

teidigung Westeuropas ihre eigenen Städte aufs Spiel setzen²⁾?

Abgesehen — vielleicht — von einer unabhängigen europäischen Nuklearmacht, gibt es letztlich keine Lösung für dieses Problem. Solange die Europäer auf den nuklearen Schutzschirm der Vereinigten Staaten angewiesen sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich auf die Zusicherungen der Amerikaner zu verlassen. Dies erscheint vom europäischen Standpunkt jedoch durchaus akzeptabel, und zwar erstens, weil ein amerikanisches Interesse an der Verteidigung Westeuropas besteht, zweitens, weil die vorgeschoben stationierten konventionellen und nuklearen Kräfte der Amerikaner im Falle eines sowjetischen Angriffs unmittelbar mitbetroffen wären, und drittens, weil die europäischen Bündnispartner eng in den nuklearen Planungsprozeß innerhalb der Allianz eingebunden sind und somit ihre eigenen Interessen zur Geltung bringen und die Denkwiese der Amerikaner beeinflussen können. Zudem wissen die verantwortlichen Europäer, daß sie selbst durch eigene Zuverlässigkeit und den eigenen Verteidigungsbeitrag in der Allianz einen wesentlichen Beitrag zur Festigkeit und Zuverlässigkeit des amerikanischen Commitments leisten. Das dritte zentrale Problem der Verteidigung Westeuropas betrifft die Qualität und das große Zerstörungspotential von Nuklearwaffen. Obwohl eben dieses Vernichtungspotential ein wesentliches Element ihrer Abschreckungswirkung ist, auf die die Europäer bauen und deren Wichtigkeit sie früher immer wieder betont haben, macht sich — nicht nur innerhalb der Friedensbewegung — zunehmend Unbehagen breit. Können solche Waffen wirklich die Aufgabe der Abschreckung erfüllen? Falls sie als ausschließlich „politische Waffen“ definiert werden, kann Abschreckung im Rahmen einer Doktrin, die ihren Erfolg letztlich nicht garantieren kann, überhaupt glaubwürdig sein? Und selbst wenn die Abschreckungslogik standhält, müßten nicht die Konsequenzen im Falle des Versagens auf jeden Fall eine Suche nach Alternativen auslösen?

¹⁾ Das heißt nicht, daß die Möglichkeit eines unbeabsichtigten Krieges oder die Gefahren einer eskalierenden Krise übersehen werden. Bi- und multilaterale Maßnahmen zur Einschränkung solcher Gefahren haben ebenso ihren Platz in der westlichen Sicherheitspolitik wie Verfahren der Krisenbeherrschung.

²⁾ Die erste Hälfte der sechziger Jahre war von einer umfangreichen transatlantischen Debatte über diese Frage, in der nahezu alle Argumente schon einmal auftauchten, gekennzeichnet; vgl. dazu Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954—1970, Berlin—New York 1972.

II. Motive für die Suche nach Alternativen

Diese drei zentralen Probleme der europäischen Verteidigung bilden denn auch die Quellen, aus denen sich die Suche nach alternativen Strategien speist: das nukleare Zerstörungspotential, die Garantie der Vereinigten Staaten und das Verteidigungsdilemma. In unterschiedlicher Weise wird mit Alternativkonzepten versucht, diese Probleme zu überwinden oder zu umgehen. Dabei spielen vor allem Unbehagen und Besorgnis eine Rolle. Denn man könnte schwerlich behaupten, daß das gegenwärtige Verteidigungskonzept versagt hat; den Ansporn gibt vielmehr die Befürchtung, daß das System versagen *könnte*.

Vor allem zwei Faktoren sind dabei von Bedeutung: zum einen der Zeitablauf, zum anderen der Rückgang der amerikanischen Überlegenheit. Die lange Zeit des Friedens, die wir in Europa seit nunmehr 40 Jahren erleben, scheint für viele eher Anlaß zur Besorgnis als zur Erleichterung zu sein, denn je mehr Zeit verstreicht, desto stärker werden die Zweifel, ob dieser Frieden noch viel länger Bestand haben könne: Ist dies nicht ein in der Geschichte beispielloser Vorgang? Welche Gründe könnte es geben, in einer Welt, in der die Menschen moralisch und psychisch so oft versagt und sich zugleich so wenig geändert haben, auf die Dauer Vertrauen in das System der Abschreckung zu setzen? Wie lange können massive Rüstungsprogramme fortgeführt werden, ohne daß es zur Katastrophe kommt?

Und auch wenn das im Falle eines Nuklearkriegs zu erwartende Ausmaß der Vernichtung ein wesentliches Element der Abschreckung ist — wird die Bedeutung dieses Faktors nicht unweigerlich im Laufe der Zeit im selben Maße abnehmen, wie die Erinnerung der Europäer, Amerikaner und

Russen an den Zweiten Weltkrieg verblaßt und man sich vielleicht sogar an diese Waffen gewöhnt?

Paradoxerweise scheint es jedoch gerade die jüngere Generation zu sein, die keine eigene Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg besitzt, die besonders beunruhigt ist. Doch psychologisch gesehen ist dies durchaus verständlich: gerade junge Menschen stellen die Frage, ob ein Abschreckungssystem, das durch ein ständig wachsendes Vernichtungspotential gekennzeichnet ist, dauerhaft sein und *ihre* Zukunft garantieren kann — wie gut auch immer es in der Vergangenheit funktioniert haben mag.

Aber nicht nur die ständig weiter wachsenden Rüstungspotentiale geben Anlaß zu Fragen. Es spricht vieles dafür, daß der Rückgang der amerikanischen Überlegenheit und die enorme Ausweitung des sowjetischen Militärpotentials zur Entstehung und Zunahme von Angst und Zweifel im Hinblick auf die Zuverlässigkeit des Abschreckungssystems beigetragen bzw. diese sogar ausgelöst haben. Möglicherweise ist dies auch der Hintergrund neuerlicher Zweifel an der Zuverlässigkeit der Amerikaner. Diejenigen, die kein Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der Abschreckung setzen und von der Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Nuklearwaffen ausgehen, halten den — angeblichen — Wunsch der Amerikaner, sich aus ihren Verpflichtungen zurückzuziehen und einen etwaigen nuklearen Konflikt auf Europa zu begrenzen, für durchaus verständlich. Sie folgern daraus, daß Europa sich in stärkerem Maße auf sich selbst verlassen müsse; vor allem aber müsse es nach Alternativen zum derzeitigen Verteidigungskonzept suchen.

III. Kategorien alternative Strategien

Es ist nicht einfach, die inzwischen zahlreichen alternativen Vorschläge — von denen hier nur die wichtigsten behandelt werden — in bestimmte Kategorien einzugruppieren, da sie sich gelegentlich verschiedenen Kategorien zuordnen lassen, je nachdem, welcher Aspekt jeweils in den Vordergrund gestellt wird. Doch abgesehen von diesen Überlappungen kann je nach Zielsetzung und Art der eingesetzten Mittel eine Einteilung in drei Hauptkategorien vorgenommen werden: gewaltfreier Widerstand, bewegliche Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raumes und dynamische Vorwärtsverteidigung³).

³ Selbstverständlich handelt es sich nur um eine grobe, nicht in jeder Hinsicht befriedigende Einteilung. Einen

ausführlichen Überblick über die verschiedenen Konzepte geben Karl-Heinz Lather und Heinz Loquai, *Alternative Konzeptionen der Verteidigung*, in: *Truppenpraxis* (1982) 9, S. 623—627, (1982) 10, S. 703—712, (1982) 11, S. 787—794; ebenso Günther Schmid, *Alternative sicherheitspolitische Konzepte*, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.), *Politische Bildung und Bundeswehr*, Bonn 1984, S. 46—67. Siehe ferner Lothar Brock/Berthold Meyer (Hrsg.), *Die Zukunft der Sicherheit in Europa*, Baden-Baden 1984; *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Militärstrategische Konzeptionen der Sicherheitspolitik: NATO-Strategie vs. Alternativkonzepte*, Hamburg 1983; Manfred Schleker, *Ernstfall Frieden. Sicherheitspolitik und Funktion der Bundeswehr in der Diskussion*, Baden-Baden 1984; Michael Strübel (Hrsg.), *Friedens- und sicherheitspolitische Alternativen*, Gießen 1985; Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), *Streitfall Frieden. Positionen und Analysen zur Sicherheitspolitik und Friedensbewegung*, Heidelberg 1984.

1. Gewaltfreier Widerstand

Die Vorschläge der ersten Kategorie versuchen als einzige, eine völlig neuartige, revolutionäre Alternative zum derzeitigen System der Verteidigung und Abschreckung zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept der Sozialen Verteidigung⁴⁾. Der Grundgedanke dieses Konzepts ist, daß im Falle einer Aggression das Opfer keinerlei militärischen Widerstand leistet. Statt dessen würde die Bevölkerung nach erfolgter Besetzung passiven Widerstand leisten, indem sie jegliche Kooperation mit den Besetzern verweigert, so daß es für die Besatzungsmacht außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich würde, das Land zu beherrschen. Diese Aussicht soll jedem potentiellen Aggressor rechtzeitig und deutlich vor Augen geführt werden, um ihn von vornherein von einer Aggression abzuschrecken. Somit würde keineswegs auf die Idee der Abschreckung verzichtet; es wird vielmehr ein Verfahren gesucht, das im Falle des Versagens der Abschreckung ein erheblich geringeres Ausmaß an Zerstörung zur Folge haben würde.

Voraussetzung für ein derartiges System wäre eine in hohem Maß in sich geschlossene und motivierte Gesellschaft. Es müßten umfangreiche und detaillierte Vorbereitungen getroffen werden, und es müßten Wege gefunden werden, die Möglichkeiten der Kollaboration zu mindern. Die Bürger müßten lernen, nicht nur Terror gegen sich selbst zu ertragen, sondern ebenso Terror und Folter gegen andere, etwa nahe Angehörige, hinzunehmen. Darin aber liegen offenkundig die Hauptschwierigkeiten des Konzepts. Die Möglichkeiten und die Bereitschaft einer totalitären Macht, rücksichtslos Gewalt anzuwenden, wird ebenso unterschätzt wie die Fähigkeit von Menschen, sich individuellem Terror zu widersetzen, überschätzt wird⁵⁾. Das Risiko des Angreifers und somit die Abschreckungswirkung wären daher gering. Im Falle eines Mißlingens brauchte er sich nur zurückzuziehen: ohne Verluste bei seinen Streitkräften und ohne jegliche Gefahr für sein eigenes Territorium⁶⁾.

⁴⁾ Vgl. z. B. Theodor Ebert, Soziale Verteidigung, 2 Bde., Waldkirch 1981; ferner die schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages in: Alfred Biehle (Hrsg.), Alternative Strategien, Koblenz 1986, S. 241—248 (mit weiteren Literaturangaben). Siehe auch die Protokolle der Anhörung vom 28. 11. 1983—6. 2. 1984. Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 15. Sitzung, S. 158 ff.

⁵⁾ Die meist verwendeten historischen Beispiele glücklichen gewaltlosen Widerstands — das beliebteste Beispiel ist Indien — unterscheiden sich genau darin von der vorgebrachten Theorie, daß es sich bei den Besatzungsmächten um hochkultivierte demokratische Rechtsstaaten handelte, die sich schließlich aus eigenem inneren Antrieb zurückzogen. Viel aufschlußreicher sind die mißglückten Versuche sozialen Widerstands.

⁶⁾ Gewiß wäre ein Rückzug ein Gesichtverlustr, aber die

2. Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raumes

Nur das Konzept des reinen sozialen Widerstands sieht keine militärische Verteidigung vor, alle anderen Alternativen schließen Formen militärischen Widerstands ein. Am umfangreichsten ist dabei die Kategorie der Vorschläge zur Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raums („Rückwärts-Verteidigung“). Die Vorschläge dieser Kategorie unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht; gemeinsam sind ihnen jedoch die Motive, die Grundkonzeption — und die Schwächen. Bei den Motiven sind vier Überlegungen ausschlaggebend: es wird eine Verteidigungsstruktur angestrebt, die „weniger provokativ“ wirken und dadurch die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringern soll, die den Schaden im Falle eines Konflikts begrenzt, die die Abhängigkeit von Nuklearwaffen verringert und die im Falle eines tatsächlichen Konflikts eher Erfolg verspricht. Es gibt eine Vielfalt von Vorschlägen in dieser Kategorie. Einige weichen — sowohl hinsichtlich der Streitkräftestruktur als auch des Verteidigungsraums — von der gültigen Strategie ab⁷⁾; andere halten zwar das Prinzip der Vorneverteidigung aufrecht, schlagen aber grundlegende Strukturveränderungen vor, die ebenfalls auf eine Verteidigung in der Tiefe des Raums hinauslaufen und die es rechtfertigen, sie in diese Kategorie miteinzubeziehen⁸⁾.

Frage bleibt, ob ein Angreifer sich davon abschrecken lassen würde, wenn er bei seinem Angriff doch mit einem Erfolg rechnen würde. Um diesen Nachteilen zu begegnen, gibt es Varianten des Konzepts, die ein Maß an militärischer Verteidigung zusätzlich zum sozialen Widerstand vorsehen; so Heinrich Nolte/Wilhelm Nolte, Ziviler Widerstand und autonome Abwehr, Baden-Baden 1984. Es handelt sich hier um eine Verbindung der Idee nichtmilitärischen sozialen Widerstands mit dem Gedanken der sog. „defensiven Verteidigung“ bzw. Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raums. Dabei werden die Nachteile beider Kategorien jedoch nicht aufgehoben; sie verbinden sich vielmehr.

⁷⁾ Siehe Horst Afheldt, Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, München-Wien 1977; ders., Atomkrieg. Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln, München 1984; ferner Emil Spanocchi, Verteidigung ohne Selbsterstörung, in: Verteidigung ohne Schlacht, München-Wien 1976, und Guy Brossollet, Das Ende der Schlacht. Versuch über die „Nicht-Schlacht“, ebd. Siehe auch H. Afheldt in: Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, S. 19/65 ff., und E. Afheldt, ebd., S. 19/166 ff. Die schriftlichen Stellungnahmen zur Anhörung im Bundestag finden sich in Biehle (Anm. 4), S. 621 ff. bzw. S. 655 ff. Mit diesen Ideen verwandt bzw. auf ihnen aufbauend sind die Vorschläge von Jochen Löser, Weder rot noch tot. Überleben ohne Atomkrieg. Eine sicherheitspolitische Alternative, München 1981, und ders., Vorneverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Österreichische Militärzeitschrift (1980) 2, S. 16 ff., sowie von Andreas von Bülow, Das Bülow Papier. Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa. Wege zur Sicherheitspartnerschaft, Frankfurt 1985.

⁸⁾ Dies trifft etwa auf Lutz Unterseher (Friedenssicherung durch Vermeidung von Provokation?, in: Vogt

Im Ansatz beinhalten die meisten Vorschläge: a) eine Neugliederung und Umrüstung der Streitkräfte, wobei in der Regel kleine Panzerabwehreinheiten, leichte Infanterie usw. geschaffen werden sollen, und b) in unterschiedlichem Umfang die Preisgabe eigenen Territoriums, um den Gegner zunächst vordringen zu lassen und ihn dann durch Angriffe der beweglichen, kleinen Panzerabwehreinheiten in der Tiefe des rückwärtigen Raumes abzunutzen. Außerdem sehen einige Vorschläge gepanzerte konventionelle Kräfte im rückwärtigen Raum vor, und zwar zum einen als Reserven, aber auch, um verlorengangenes Gebiet wiederzugewinnen, sobald der Gegner zum Stehen gebracht worden ist. Schließlich soll die Rolle der Nuklearwaffen wesentlich reduziert werden.

Alle diese Konzepte beinhalten militärische und technische Aspekte, die an dieser Stelle nicht behandelt werden können⁹⁾. Aber selbstverständlich geht es bei ihrer Beurteilung weitgehend um die Einschätzung ihrer voraussichtlichen militärischen Wirksamkeit. Je höher diese Wirksamkeit eingeschätzt wird, desto größer ist der zu erwartende Abschreckungseffekt. Dies ist der entscheidende Faktor, denn das Konzept birgt immerhin die Möglichkeit, daß das Risiko für den Aggressor zumindest in der ersten Verteidigungszone wesentlich besser kalkulierbar ist, ganz abgesehen von der Tatsache, daß — falls der Angreifer in der ersten Verteidigungszone nicht aufgehalten werden kann — der Verteidiger in der Tiefe seines eigenen Gebiets mit einem konventionellen Krieg konfrontiert wäre¹⁰⁾.

Eine gewisse politische Aktualität haben diese Konzepte durch den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD, Andreas von Bülow, erhalten¹¹⁾. Unter Hinweis auf die Zerstörungskraft von

(Anm. 3), S. 95 ff.) zu, der zwar „keine kalkulierte Preisgabe größerer Partien unseres Defensiv-Netzes“ postuliert, aber eine Struktur vorschlägt, die denen anderer Konzepte einer Raumverteidigung sehr ähnlich sind. Franz Uhle-Wettler schlägt die Schaffung einer „leichten Infanterie“ zur Panzerabwehr vor, siehe: Gefechtsfeld Mitteleuropa. Gefahr der Übertechnisierung von Streitkräften, München 1980. F. Birnstein plädiert für ein engmaschiges „Sperrsystem“ direkt an der Grenze, um das Vordringen des Gegners zu verlangsamen und Zeit für eine beweglich geführte Verteidigung mit mechanisierten Kräften zu gewinnen; vgl.: Die Vorverteidigung. Kern der konventionellen NATO-Abwehr, in: Europäische Wehrkunde (1985) 5, S. 213 ff.

⁹⁾ Eine allgemeine Erörterung findet sich bei Josef Joffe, Das Unbehagen an der Stabilität: Kann Europa sich konventionell verteidigen?, in: Europa-Archiv (1984) 18, S. 549 ff.

¹⁰⁾ Um dieses Dilemma zu vermeiden, wird von einigen vorgeschlagen, das System durch Elemente der Guerillakriegführung und der Sozialen Verteidigung zu ergänzen. Siehe C. v. Weizsäcker, Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, S. 15/37 ff., J. Galtung, ebd., S. 19/210 ff.

¹¹⁾ Vgl. A. von Bülow (Anm. 7).

Atomwaffen und die Frage der Glaubwürdigkeit amerikanischen nuklearen Engagements in Europa fordert von Bülow ein „nur zur Defensive befähigtes Verteidigungssystem“ — nach Möglichkeit auf beiden Seiten —, um Vertrauen aufzubauen und zu einer „Sicherheitspartnerschaft“ zu gelangen. Obwohl Panzerverbände weiterbestehen sollen, etwa zur Rückeroberung verlorenen Geländes, soll doch die „Panzerabhängigkeit“ reduziert und durch ein infanteristisches „Panzerabwehrnetz entlang der Grenze“ ersetzt werden.

Die Schwächen dieses Konzepts werden im Politischen wie im Militärischen gesehen¹²⁾. Der Wunsch nach einer „Sicherheitspartnerschaft“ verwischt oder überdeckt die erheblichen Unterschiede, sowohl was die politischen Absichten betrifft als auch hinsichtlich der sowjetischen Bereitschaft, quantitativ überlegene und offensive Militärstrukturen, durch die sie politischen Einfluß im Westen wie weltweit erwirkt, tatsächlich zu ändern.

Ferner wird von Kritikern bezweifelt, daß eine Milizarmee rechtzeitig zur Verfügung stünde und daß sie der Dynamik eines an modernem Material weit überlegenen Angriffs standhalten könnte. Zudem wird kritisiert, daß dieses Konzept — dem Gedanken der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ entsprechend — die Möglichkeit von Gegenschlägen vor allem der Luftwaffe ausschließt. Somit könnte der Angreifer nicht nur völlig ungehindert Verstärkungen heranführen, sondern sein eigenes Territorium würde überhaupt als Sanktuarium behandelt.

Zweifel an der militärischen Wirksamkeit¹³⁾ und infolgedessen eine mangelhafte Abschreckungswirkung gelten somit als vorrangige Schwächen aller Konzepte dieser Kategorie. Hinzu kommt, daß die Aufgabe von Territorium bewußt einkalkuliert wird und daß der Vorteil der Schadensbegrenzung dann problematisch wird, wenn der Gegner im rückwärtigen Raum konventionell bekämpft werden muß¹⁴⁾. Alle Konzepte gehen offensichtlich davon aus, daß sich die Kampfhandlungen im Falle einer Aggression auf westlichem Territorium abspielen würden. Welche physischen und psychischen Schwierigkeiten dies mit sich bringen würde, liegt auf der Hand. Dennoch wird das Gefecht auf NATO-Territorium fast als etwas Selbstverständliches hingenommen. Dies gilt auch für die derzeitige Doktrin der Vorverteidigung, selbst wenn nach dieser Doktrin die

¹²⁾ Vgl. Lothar Rühl, Europa würde der sowjetischen Herrschaft unterworfen, in: Frankfurter Allgemeine, 12. 9. 1985, S. 9.

¹³⁾ Siehe hierzu das „Streitgespräch: Alternative Strategien“ in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1985), S. 112—121, insbes. S. 116 f.

¹⁴⁾ Eine heikle Frage ist auch, ob der Einsatz chemischer Waffen gegen versteckte Jägergruppen „attraktiv“ erscheinen könnte.

Verhinderung von Raumverlusten ein vorrangiges Ziel ist: es soll *möglichst* kein eigenes Gebiet aufgegeben werden¹⁵). Ein offensichtlicher Grund für die Annahme, daß das NATO-Territorium Schauplatz der Kampfhandlungen sein würde, ist, daß die NATO das Opfer wäre: Der im Rahmen der NATO-Planung einzig denkbare Krieg würde damit beginnen, daß Warschauer-Pakt-Kräfte die Grenze überschreiten und auf NATO-Territorium vordringen. Ebenso wichtig ist jedoch, daß die NATO unter keinen Umständen als offensiv erscheinen will: in den siebziger Jahren wurde in der Bundesrepublik sogar der Begriff „Vorwärtsverteidigung“ in „Vorneverteidigung“ geändert¹⁶).

3. Dynamische Vorwärtsverteidigung

Das bisherige Tabu, auf keinen Fall die Grenze zu überschreiten, brechen erstmals neue Konzepte einer „dynamischen Vorwärtsverteidigung“. Selbstverständlich ist im Rahmen der NATO-Militärdoktrin bei einer Aggression seitens des Warschauer Pakts (und nur dann) die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit der Abriegelung aus der Luft auf dem Territorium des Angreifers vorgesehen. Dies war schon immer der Fall. Dennoch ist dieser Aspekt der Verteidigung unter dem allgemeinen Begriff „deep strike“¹⁷) in letzter Zeit erneut in die Diskussion gelangt, und eine Reihe von Vorschlägen ist hierzu vorgelegt worden. Es gibt zwei unterschiedliche Ansätze: Der eine sieht umfassende Abriegelungsangriffe mit Hilfe neuartiger konventioneller Technologien gegen die zweite und dritte Staffel der Angriffskräfte vor (die erste Staffel soll von den bereits bestehenden NATO-Kräften aufgehalten werden), der zweite geht von einem sofortigen Gegenangriff auf das Territorium des Warschauer Pakts aus.

Der erstgenannte Gedanke ist in der Tat nicht neu. Abriegelungsangriffe waren als Bestandteil der NATO-Strategie schon immer vorgesehen: Sie entsprechen einfacher militärischer Logik, falls es zu einer Aggression kommt. Neu hingegen ist eine deutlichere Betonung der Möglichkeiten neuer Technologien. Folglich richten sich die gegen dieses Konzept vorgebrachten Argumente — d. h. hohe Kosten, begrenzte Wirksamkeit, wahrscheinliche Reaktion der Sowjetunion (Angriff

ohne großen Verstärkungsbedarf, Angriffe in mehreren Phalanxen und Staffeln)¹⁸) — vornehmlich gegen eine übermäßige Abhängigkeit von Abriegelungsmaßnahmen (werden diese — allein — den Vormarsch aufhalten können?) sowie gegen die übertriebenen Erwartungen, die in die neuen Technologien gesetzt werden; sie entwerfen jedoch nicht den Gedanken der Abriegelung im Falle eines WP-Angriffs insgesamt.

Von zweifellos weiterreichender Konsequenz ist der zweite Ansatz, d. h. der Vorschlag einer „konventionellen Vergeltung“, also eines unverzüglichen oder frühzeitigen Gegenangriffs auf das Territorium des Warschauer Pakts (z. B. von Bayern aus in die Tschechoslowakei und in die DDR), ungeachtet der Stabilität der eigenen Front und der im Gang befindlichen Abriegelungsangriffe gegen die WP-Folgekräfte¹⁹).

Sieht man diesen Vorschlag nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der derzeitigen Doktrin der Vorneverteidigung an (mit anderen Worten, die eigene Front sollte nicht vernachlässigt oder aufgegeben werden), sind ihre strategischen Vorteile offensichtlich: die Kampfhandlungen wären nicht selbstverständlich und ausschließlich auf das Territorium der NATO konzentriert, vor allem aber würde sich der sowjetische Machtbereich in Osteuropa im Falle eines sowjetischen Angriffs einer unmittelbaren und ernststen Gefährdung gegenübersehen. Solange sich das Kampfgeschehen auf westlichem Territorium abspielt, hätten die Osteuropäer kaum eine andere Wahl als der Sowjetunion beizustehen; doch sobald westliche Truppen in Osteuropa einmarschieren, würde die Zuverlässigkeit der osteuropäischen Partner — für die Sowjetunion stets ein heikles Problem — ungewiß werden, denn mit großer Wahrscheinlichkeit würden die westlichen Truppen nicht als Aggressoren betrachtet, sondern als Befreier begrüßt werden²⁰). Daher ist zweifelhaft, ob der Hauptnachteil, den einige dieser Strategie zuschreiben — nämlich eine politische Entfremdung von Osteuropa — tatsächlich zum Tragen kommen würde. Falls eine solche Entfremdung nicht zu erwarten wäre, würde der zweite mögliche Nachteil, nämlich die Unannehmbarkeit dieser Strategie für die westeuropäischen NATO-Bündnispartner²¹), zumindest seine objektive Grundlage verlieren (obwohl er auch ohne objektive Gründe immer noch unannehmbar sein könnte,

¹⁵) Afheldt und von Bülow meinen allerdings, daß auch das Konzept der Vorneverteidigung faktisch eine Verteidigung in einem Raum 70—100 km von der Grenze bedeuten würde.

¹⁶) Die Sorge, offensiv zu erscheinen, ist bei allen Befürwortern alternativer Konzepte überaus stark ausgeprägt. Selbst die Verteidigung gegen den Nachschub im Falle eines erfolgten Angriffs wird von einigen Autoren als Provokation verstanden.

¹⁷) Auch Follow-on-Forces Attack (FOFA) oder „Rogers Plan“, vgl. Bernhard W. Rogers, Das Atlantische Bündnis: Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt, in: Europa-Archiv (1982) 12, S. 369 ff.

¹⁸) Siehe J. Joffe (Anm. 9), S. 553 f.

¹⁹) Siehe Samuel Huntington, The Renewal of Strategy, in: Huntington (Hrsg.), The Strategic Imperative, Cambridge, Mass., 1982; ders. Conventional Deterrence and Conventional Retaliation in Europe, in: International Security, Winter 1983/84, S. 32 ff.

²⁰) Ich bin hier anderer Meinung als Joffe (Anm. 9), S. 556, der einen der wichtigsten Nachteile dieser Gedanken darin sieht, daß die Osteuropäer sie als erhöhte westliche Aggressivität interpretieren könnten.

²¹) So J. Joffe, ebd.

wenn man bedenkt, in welchem hohem Maße viele Westeuropäer — und auch viele Amerikaner — der Gedanke beunruhigt, sie könnten „provokierend“ wirken²²⁾.

Ist Abschreckung das primäre Ziel der Strategie des Westens, dürfte der Hauptvorteil dieser Konzeption in der voraussichtlichen Stärkung der Abschreckung liegen — da ein sowjetischer Angriff eine unmittelbare Gefährdung des WP-Territoriums und, was noch wichtiger ist, eine Gefährdung der Zuverlässigkeit der Verbündeten der So-

wjetunion, ja sogar der Stabilität des sowjetischen Machtbereichs in Osteuropa insgesamt zur Folge hätte. Doch zugleich könnte dieser Vorteil auch den wesentlichen Nachteil der konventionellen Vergeltung herbeiführen, nämlich eine mögliche Verlegung und insbesondere Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa. Dies würde die Osteuropäer mehr beunruhigen als die „Bedrohung“ durch die westlichen Streitkräfte, und es könnte zudem neue Probleme für die Vorverteidigung der NATO aufwerfen.

IV. Einige Kriterien für die Bewertung alternativer Konzepte

Bei der Beurteilung der Durchführbarkeit und Annehmbarkeit alternativer Konzeptionen ist eine Reihe von Kriterien zu bedenken.

1. Ist das alternative Konzept dem Hauptziel der Sicherheitspolitik des Westens, d. h. der Kriegsverhinderung durch Abschreckung, förderlich?

In allen vorgeschlagenen Alternativen wird die Gültigkeit des Prinzips der Abschreckung hervorgehoben, keine will sie durch etwas anderes ersetzen. Mit anderen Worten, alle Alternativen wollen eine wirksame Abschreckung bewahren, wenn auch für einen Großteil nicht eine verbesserte Abschreckung, sondern die Schadensbegrenzung das Hauptmotiv ist. Wird jedoch die Abschreckung als gültiges Ziel akzeptiert, dann sind Alternativvorschläge dahingehend zu überprüfen, welchen Beitrag sie zur Abschreckung leisten. Die Vorschläge gehen von zwei unterschiedlichen „Abschreckungswerten“ aus: der eine beinhaltet Abschreckung durch die Vorenthaltung eines angestrebten Vorteils, der andere Abschreckung durch Androhung von Bestrafung.

Eindeutig zur erstgenannten Kategorie gehört das Konzept der Sozialen Verteidigung. Nach diesem Konzept soll sich das eroberte Land für den Eroberer als „unverdaulich“ erweisen, so daß dieser von vornherein von dem Versuch einer Eroberung Abstand nimmt. Grundsätzlich gehören zur ersten Kategorie auch alle Vorschläge, die in erster Linie darauf abzielen, einen Angriff durch Formen der Verteidigung in der Tiefe zu vereiteln. Ihr Hauptziel ist nicht die Androhung von Bestrafung, sondern das Verwehren jeglichen Gewinns. Betrachtet man nur den konventionellen Aspekt, fällt im wesentlichen auch die derzeitige Doktrin der Vor-

verteidigung in diese Kategorie. Somit gehört lediglich der Vorschlag der konventionellen Vergeltung eindeutig zur zweiten Kategorie. Aber natürlich beinhalten die meisten Formen einer Verteidigung in der Tiefe ebenso wie die Vorverteidigung die Möglichkeit einer nuklearen Eskalation und somit die Androhung schwerwiegender Bestrafung. So gesehen würden sie zur zweiten Kategorie gehören.

Es lassen sich hier also zwei Aspekte unterscheiden: a) wie früh und in welchem Umfang wird eine Bestrafung auf gegnerischem Territorium angedroht, und b) welche Rolle spielen Nuklearwaffen?

Den Nuklearwaffen werden in den verschiedenen Vorschlägen unterschiedliche Aufgaben zugesprochen. Ihre Rolle kann darauf beschränkt sein, lediglich vom Einsatz von Nuklearwaffen durch den potentiellen Aggressor abzuschrecken, sie können als Mittel der letzten Zuflucht im Falle einer drohenden Niederlage bereitgehalten werden, oder es kann ihnen eine relativ große Rolle beigemessen werden, indem sie vor jedweder Form von Aggression durch die Androhung und das Risiko einer Eskalation abschrecken sollen.

Theoretisch ist die Abschreckungswirkung größer, wenn a) Schäden auch für das Heimatgebiet des Aggressors angedroht werden und nicht nur für seine Angriffstruppen („Expeditionskorps“), b) ein Angriff das Risiko eines Nuklearkriegs in sich birgt. Die Abschreckungswirkung würde verringert, falls der Aggressor schlimmstenfalls Gefahr laufen würde, einen begrenzten konventionellen Krieg auf dem Territorium des Angegriffenen zu verlieren.

2. Berücksichtigt der Alternativvorschlag den (Abschreckungs-) Wert der NATO-Integration, d. h. das für einen Aggressor bestehende Risiko, daß im Falle eines Angriffs alle NATO-Mitgliedsstaaten und alle Streitkräfte der Allianz gegen ihn stehen würden?

²²⁾ Vgl. Afheldt, Bülow, Galtung u. a. Zugleich sollte in Erinnerung gerufen werden, daß die Doktrin des Warschauer Paktes ganz selbstverständlich von Angriff und Besetzung westlichen Territoriums ausgeht. Dies wird durch Warschauer Pakt-Manöver bestätigt, die häufig — wie das Abhören des Manöverfunks zeigt — auf westlichem Territorium „spielen“; vgl. z. B. den Bericht in: Frankfurter Allgemeine, 24. 10. 1984.

Keiner der Vorschläge befürwortet ausdrücklich einen Austritt aus der westlichen Allianz (wenn auch die Soziale Verteidigung einer solchen Befürwortung sehr nahe kommt), doch einige würden erhebliche Probleme für die derzeitige Form der militärischen Integration und das System der gemischten Dislozierung im Frontbereich mit sich bringen.

3. Trägt der Alternativvorschlag den Erfordernissen der Vorverteidigung Rechnung, d. h. Preisgabe von möglichst wenig Raum, frühestmögliche Beendigung militärischer Maßnahmen und höchstmögliche Schadensbegrenzung? Dies sind derzeit gültige politische Forderungen.

Es ist offensichtlich, daß viele Vorschläge nicht der Forderung der Vorverteidigung, nach Möglichkeit überhaupt kein Gebiet preiszugeben, entsprechen. Gewiß wird hier von einigen eingewandt, daß auch die gegenwärtige Doktrin diese Forderung faktisch nicht erfüllen könne²³), aber immerhin besteht ein Unterschied zwischen einer Forderung, der gegebenenfalls durch eine veränderte Verteidigungsstruktur zu entsprechen wäre, und der Preisgabe der Forderung von vornherein.

Tatsächlich sehen die meisten Vorschläge durchaus vor, eigenes Gebiet aufzugeben, und zwar vorwiegend zugunsten a) einer wirksameren und somit vermutlich glaubwürdigeren Verteidigung und b) zur militärischen Schadensbegrenzung. Während die Verfechter der Vorverteidigung argumentieren, daß es psychologisch und politisch unannehmbar sei, ein Verteidigungskonzept auf Raumverlusten basieren zu lassen, würden die Befürworter einer Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raumes meinen, daß die Preisgabe von Gelände aus psychologischer Sicht dann annehmbar sein könnte, wenn sie mit Schadensbegrenzung einherginge. Die derzeitige Strategie wird demgegenüber als unannehmbar angesehen wegen der damit verbundenen wahrscheinlichen Zerstörung. Allerdings ist die Schadensbegrenzung durch Geländeverlust zweifelhaft, wenn verlorenes Terrain — wie in vielen Konzepten vorgeesehen — gegen einen doch aller Wahrscheinlichkeit nach entschlossen kämpfenden Gegner zurückgewonnen werden muß.

Somit hängt das Ausmaß einer möglichen Schadensbegrenzung wesentlich davon ab, ob der Aggressor sich an die Regeln der alternativen Strategie hält — und falls er sich bei seinem Vormarsch daran halten sollte, ob er sich auch weiterhin daran hielte, wenn er zurückgedrängt wird. Auf die Verfechter alternativer Konzeptionen wird dieser Hinweis gewiß wenig Eindruck machen, da die Schäden ihrer Auffassung nach in jedem Fall geringer sein würden (nicht zuletzt wegen der ihrer Ansicht nach größeren Chance, einen Nu-

klearkrieg zu verhindern). Insgesamt stellt sich also Abschreckung durch konventionelles Potential plus Schadensbegrenzung für den Fall, daß die Abschreckung versagt, in den Augen der Verfechter alternativer Doktrinen als eine solidere Konzeption dar als die Abstützung auf konventionelle und nukleare Abschreckung.

Gemäß der gültigen Doktrin hingegen soll die Schadensbegrenzung dadurch erreicht werden, daß der Gegner von eigenem Territorium ferngehalten wird und die Feindseligkeiten baldmöglichst durch die Androhung von Eskalation und massiver Vernichtung beendet werden. Die Verfechter einiger der Alternativen hegen in doppelter Hinsicht Zweifel an dieser Drohung: *Wird* sie angesichts der damit verbundenen Folgen überhaupt eingesetzt werden, und *kann* sie, wenn der Krieg dieses Stadium erreicht hat, kontrolliert eingesetzt werden? Diese Zweifel gelten jedoch in gleichem Maße für alle Alternativvorschläge, die als letzte Zuflucht den Einsatz von Nuklearwaffen vorsehen.

4. Läßt sich die Alternative technologisch, finanziell und personell verwirklichen?

Einige der Alternativvorschläge bauen in sehr starkem Maße auf moderne Technologien, wobei sie vielleicht die neuen Möglichkeiten (z. B. bei der Panzerabwehr) überschätzen, die möglichen Gegenmaßnahmen unterschätzen und in den in der Vergangenheit wiederholten Irrtum einer dauerhaften Überlegenheit des Westens auf militärtechnologischem Gebiet verfallen. Daneben sehen sich alle Befürworter alternativer Strategien, die in erster Linie eine Verbesserung der konventionellen Fähigkeiten anstreben, den Problemen sinkender Personalstärken und steigender Kosten in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren gegenüber. Hier ist jedoch zu sagen, daß auch die derzeitige Doktrin kostspielig und von modernen Technologien sowie einer ausreichenden Personalstärke abhängig ist. Eine Umverteilung der Ressourcen wäre theoretisch durchaus denkbar.

5. Kann die alternative Konzeption das Problem der Nuklearwaffen lösen: a) hinsichtlich der grundsätzlichen Gefahr nuklearer Vernichtung und b) in bezug auf die Glaubwürdigkeit einer nuklearen Gegendrohung zur Aufrechterhaltung der Abschreckung?

Selbstverständlich kann keine alternative Konzeption Nuklearwaffen von der internationalen politischen Szene verschwinden lassen, und auch ihre Verfechter würden nicht behaupten wollen, daß ihre Vorschläge sicheren Schutz gegen Unvernunft bieten. Andererseits — und dies ist eines der zentralen Elemente alternativer Überlegungen — stellen sie die Behauptung auf, daß der Anreiz zum Einsatz von Nuklearwaffen in hohem Maße gemildert würde a) durch den Abzug von Nu-

²³) Siehe Anm. 15.

klearwaffen aus bestimmten Gebieten, vorzugsweise aus ganz Westeuropa, so daß sich keine nuklearen Ziele bieten würden, und b) durch Ausdünnung statt Massierung der Vorverteidigungskräfte. Falls die Kräfte tatsächlich ausgedünnt würden, dürfte die letztgenannte Erwartung vernünftig sein; falls jedoch massierte Angriffstruppen weiter hinten bereitgehalten werden (wie dies in verschiedenen Konzepten vorgesehen ist), könnte hierdurch erneut ein Anreiz für einen nuklearen Schlag gegeben sein.

Das Argument in bezug auf die nuklearen Ziele erscheint auf den ersten Blick plausibel, wenngleich auch andere „attraktive“ Ziele denkbar wären, so z. B. größere Bevölkerungszentren, die angegriffen werden könnten, um die Verteidiger zu demoralisieren; und dieser Anreiz könnte um so stärker werden, je aufwendiger und schwieriger es für den Gegner wird, etwa mit den in die Tiefe gerichteten Panzerabwehr- und Guerilla-Taktiken fertig zu werden. Außerdem gibt es keinen Grund, warum nukleare Ziele mit Nuklearwaffen angegriffen werden sollten: es könnte wesentlich ratsamer sein, sie mit konventionellen Kräften zu überrennen oder sie durch konventionelle Luftangriffe auszuschalten. In der Tat ist dies die gegenwärtige Tendenz auf sowjetischer Seite. Das Hemmnis gegenüber dem Einsatz von Nuklearwaffen basiert auf der wirksamen Androhung eines Vergeltungsschlags und nicht auf dem Mangel an Zielen.

Doch wann ist die Androhung eines Vergeltungsschlags glaubwürdig? Dies ist die viel wichtigere Frage und mit Sicherheit eines der Dilemmata der NATO-Strategie (wie auch jeder sonstigen Nuklearstrategie). Die NATO versucht dieses Dilemma dadurch zu lösen, daß sie die konventionelle Verteidigung mit der vorgeschobenen Stationierung einiger Nuklearwaffen und der Androhung nuklearer Eskalation kombiniert. Der Grundgedanke der vorgeschobenen Stationierung besteht darin, es einem Angreifer zu erschweren, ein direktes Zusammentreffen mit den Nuklearstreitkräften der NATO zu umgehen: Das Ziel hierbei ist Abschreckung, denn diese vorgeschobenen Kräfte implizieren zugleich das gesamte nukleare Vergeltungspotential der Amerikaner. Das bedeutet zumindest Ungewißheit und somit Risiko. Gleichzeitig versucht das Konzept der Eskalation das Glaubwürdigkeitsproblem — d. h. die Frage, ob dieses enorme Vernichtungspotential tatsächlich zum Einsatz gelangen würde — sozusagen in „verdauliche“ Happen zu zerlegen: falls am Einsatz der strategischen Kräfte der Amerikaner Zweifel bestehen, wird am Einsatz einer vorgeschoben stationierten, begrenzten (in bezug auf Reichweite und Wirkung) nuklearen Waffe vielleicht weniger Zweifel bestehen, und wenn eine solche Waffe erst einmal zum Einsatz gelangt ist, würden die Zweifel an einer weiteren Eskala-

tion wahrscheinlich ebenfalls geringer werden. Mit anderen Worten, es wird erwartet, daß sich die größere Glaubwürdigkeit der begrenzten, vorgeschoben stationierten Waffen auf sämtliche Stufen der Eskalationsleiter auswirkt.

Die Verfechter alternativer Konzeptionen aber fürchten gerade diese Eskalationsleiter. Diejenigen, die Nuklearwaffen nicht vollständig aus ihrem Konzept verbannen — und die meisten tun dies in der Tat nicht — halten es für notwendig, die Nuklearwaffen aus diesem Prozeß herauszulösen und ihnen lediglich die Rolle einer Waffe zur Abschreckung eines gegnerischen Nukleareinsatzes und einer Waffe letzter Zuflucht vor einer drohenden Niederlage zuzuweisen. Hier besteht allerdings eine deutliche Ähnlichkeit mit der früheren NATO-Strategie der „massiven Vergeltung“ mit ihren bekannten Schwächen, insbesondere im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit. Falls z. B. Nuklearwaffen aus Westeuropa abgezogen und auf See stationiert werden sollten: in welcher Phase eines europäischen Krieges würden sie dann eingesetzt, in welchem Umfang und gegen welche Ziele? Nach einer längeren, jedoch erfolglosen konventionellen Verteidigung Westeuropas wäre möglicherweise zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten, nachdem sie Zeit für die Mobilmachung hatten, viel eher eine Verstärkung der konventionellen Kräfte in Erwägung ziehen würden als den Beginn eines Nuklearkrieges. Würde die Abschreckungswirkung wirklich erhöht, wenn die Möglichkeit eines längeren konventionellen Konflikts Bestandteil der NATO-Strategie würde?

6. Ist die Alternative in der Öffentlichkeit akzeptabel?

Zahlreiche Verfechter von Alternativen zur Vorverteidigung und Abschreckungsstrategie gehen bei ihrer Argumentation von der Prämisse aus, daß es zu einer unausweichlichen Erosion der Unterstützung der derzeitigen NATO-Doktrin durch die Öffentlichkeit kommen wird²⁴). Es gibt jedoch durchaus Grund, die Gültigkeit dieser Annahme zu bezweifeln. Sie mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die verschiedenen „Friedensbewegungen“ und das Maß, in dem diese die öffentliche Meinung beeinflussen bzw. widerspiegeln, überbewertet werden. Aber selbst dort, wo sich die Erosionstheorie durch Meinungsumfragen scheinbar erhärten läßt, kommen andere Umfragen wiederum zu ganz anderen Ergebnissen²⁵).

²⁴) Vgl. P. Terrence Hopmann (Hrsg.), *Rethinking the Nuclear Weapons Dilemma in Europe*, London 1986. Vogt (Anm. 3), spricht von einem „Legitimitätsverfall“ der gültigen Doktrin.

²⁵) Siehe z. B. die Sinus-Studie „Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedenspolitik“ vom Herbst 1983 — also während des Höhepunktes der Nachrüstungsdebatte in Deutschland —, nach der 43 % der Befragten der

Doch auch wenn eine derartige Erosion stattfände — und in gewissem Umfang mag das sogar der Fall sein —, stellt sich die Frage, ob der beste bzw. einzige Weg, mit diesem Problem fertig zu werden, in einer Änderung der Doktrin besteht (bis etwas Akzeptables — sozusagen eine „Strategie durch Volksentscheid“ — gefunden ist). Eine andere Möglichkeit könnte schließlich in dem Versuch bestehen, durch Aufklärung der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis der derzeitigen Doktrin zu bilden. Allerdings ist öffentliche Akzeptanz nicht das Hauptkriterium für die Wahl einer Militärstrategie, sondern sie ergibt sich aus anderen Elementen wie Durchführbarkeit, Glaubwürdigkeit und vor allem Wirksamkeit im Lichte bestimmter politischer Ziele, d.h. Erhaltung des Friedens (durch Abschreckung) und Fähigkeit zur wirksamen Verteidigung im Falle eines Konflikts. Darauf baut dann die öffentliche Akzeptanz auf.

Die Annehmbarkeit der verschiedenen alternativen Vorschläge wird in der Regel als gegeben vorausgesetzt; auf die Probe gestellt wurde sie noch nicht. Gewiß könnte man erwarten, daß eine geringere Abhängigkeit von Nuklearwaffen und eine erhöhte Schadensbegrenzung jedwede Doktrin akzeptabler machen würde. Gleiches würde auch für eine verbesserte Wirksamkeit gelten. Doch diese Ziele sind gemeinsame Nenner des gesamten westlichen Strategiedenkens. Hingegen dürfte der Gedanke einer „nicht provokativen“ Verteidigung, die die Befürworter alternativer Konzepte in so verblüffender Weise präokkupiert, für die öffentliche Akzeptanz weniger wich-

tig sein. Die westliche Öffentlichkeit hält die Streitkräfte und die Doktrin des Westens in ihrer derzeitigen Form — mit Recht — für nicht provokativ, und es gibt auch kaum Hinweise dafür, daß die Sowjetunion sie so einschätzt. Schon jetzt gilt: „Die NATO-Streitkräfte sind weder zu einer überfallartigen Kriegseröffnung noch zu weiträumigen Offensiven auf das Gebiet des Warschauer Pakts fähig; ihre Mittel reichen gerade zur zusammenhängenden grenznahen Vorverteidigung.“²⁶⁾

Ernster ist das Problem von Mißverständnissen oder eines Versehens: Diese Kriterien haben auch im Hinblick auf die derzeitige Doktrin großes Gewicht.

Eine Doktrin muß nicht nur ihre Befürworter, sie muß auch die militärische und politische Führung überzeugen. Doch der letztlich am schwersten wiegende Nachteil des Großteils der alternativen Konzepte einer rückwärtigen Verteidigung liegt darin, daß diese die Preisgabe von und Kampfhandlungen auf eigenem Gebiet bewußt einkalkulieren. Es ist zumindest zweifelhaft, ob dieser Nachteil durch die — ungewisse — Aussicht auf Schadensbegrenzung aufgewogen werden kann. Außerdem würde zwar eine geringere Abhängigkeit von Nuklearwaffen attraktiv erscheinen, die damit verbundene Möglichkeit einer verminderten Abschreckungswirkung hingegen nicht. Jede Strategie, die das Risiko eines Krieges erhöht oder überhaupt Zweifel darüber aufkommen läßt, steht, was öffentliche Akzeptanz angeht, auf verlorenem Posten.

V. Folgerungen

1. Auch die überzeugendsten Argumente zugunsten der derzeitigen Abschreckungsdoktrin und

Meinung waren, daß das Konzept der nuklearen Abschreckung die Sowjetunion während der vergangenen 30 Jahre davon abgehalten habe, den Westen anzugreifen; 37% glaubten dies nicht, und 19% waren unentschieden. Selbstverständlich sagt dies nichts über Vertrauen in die Abschreckung in Zukunft aus. In der Vergangenheit jedoch hingen die Antworten wesentlich von Frage und Zeitpunkt ab. Im Herbst 1983 glaubten z. B. 28% der Befragten einer anderen Umfrage, daß die Stationierung der Pershing II die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Angriffs erhöhe, aber 40% glaubten, die Stationierung erhöhe die westliche Sicherheit, und 28% meinten, sie übe keinen Einfluß aus. Schon ein Jahr später hatte sich die Zahl derer, die in der Stationierung eine Erhöhung unserer Sicherheit sahen, auf 48% vergrößert; die Zahl derer, die als Folge einen Angriff für wahrscheinlicher hielten, war auf 22% zurückgegangen. (EMNID Repräsentativerhebungen zur Sicherheitspolitik).

²⁶⁾ So L. Rühl (Anm. 12). Natürlich liegt es nahe, daß dieser zähe Wunsch, der Sowjetunion gegenüber nur ja nicht „provokativ“ zu erscheinen — ohne Rücksicht

der Militärstrategie der Vorverteidigung können verschiedene Schwierigkeiten und Nachteile nicht leugnen, die mit diesem strategischen Konzept verbunden sind. Selbst wenn es sich als erfolgreich erwiesen hat — oder jedenfalls nicht gescheitert ist —, kann dies nicht sozusagen ein für allemal beruhigen. Die derzeitige Doktrin gewährleistet keine totale Absicherung — doch das tut auch keiner der alternativen Vorschläge. Unredlich ist es, einen Alternativvorschlag unter günstigsten Bedingungen zu betrachten, für die gültige Strategie aber die ungünstigsten vorauszusetzen. Mit anderen Worten, die Vor- und Nach-

darauf, wie provokativ ihre Aufrüstung und Militärdoktrin des Angriffs uns erscheinen muß —, etwas mit jener ängstlichen Beflissenheit zu tun hat, die viele Beobachter bei der Linken — nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland — vermerken; vgl. etwa Hans-Peter Schwarz, Die Bundesrepublik Deutschland in den verschärften Ost-West-Beziehungen, in: W. Link (Hrsg.), Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts, in: Zeitschrift für Politik (Sonderheft) 1984, S. 85—93.

teile alternativer Vorschläge müssen stets gegen die Vor- und Nachteile der derzeitigen Doktrin aufgewogen werden.

2. Es stellt sich allerdings die Frage, ob durch die Konzentration auf Fragen der Militärstrategie das Blickfeld nicht in unzulässiger Weise eingeeengt wird — zumindest was das politische, möglicherweise auch was das militärische Denken anbelangt. Können die Gefahren moderner nuklearer und konventioneller Militärmacht *innerhalb* des Abschreckungssystems gebannt werden? Eine grundsätzliche Betrachtung der Ursachen und Beweggründe für die Abschreckung und die derzeitige Militärstrategie ist hier notwendig.

International sind wir mit einer Hobbes'schen Welt konfrontiert. Trotz aller bestehenden und zunehmenden Verflechtungen ist diese Welt durch souveräne Staaten geprägt, die keine Autorität über sich anerkennen. Es gibt kein Machtmonopol und, was noch wichtiger ist, es mangelt an Konsens über eine grundlegende, gemeinsame Wertordnung. Gleichzeitig ist das internationale System durch eine Fülle von zwischenstaatlichen Konflikten gekennzeichnet: Interessenskonflikten, Machtkonflikten, Konflikten als Folge von Mißverständnissen. In einer solchen Welt ziehen es die Staaten vor, auf militärische Macht als politisches und militärisches Mittel in Konflikten, zumindest als letztes Zufluchtsmittel, als *ultima ratio*, nicht zu verzichten.

Außerhalb der europäisch-atlantischen Region spielen Waffen eine viel offensichtlichere Rolle. Die grundsätzlichen Zweifel am Wert von Waffen und vor allem die moralisch begründete Ablehnung von Gewalt stellen in mancherlei Hinsicht eine spezifisch vom europäisch-amerikanischen Kulturkreis geprägte Entwicklung dar. Begünstigt wurde diese Entwicklung zweifellos durch die Erfahrungen der beiden Weltkriege und, in noch stärkerem Maße, durch die Entwicklung der Atombombe. Gleichzeitig haben die Erinnerung an den Krieg und das Bewußtsein von der Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe der europäisch-atlantischen Region einen in der Geschichte beispiellos langen Zeitraum des Friedens beschert. Dennoch besteht Unbehagen hinsichtlich der Haltbarkeit dieses „unsicheren Friedens“, und es wird nach Alternativen gesucht — aber eben weniger im Hinblick auf die Hobbes'sche Welt als im Hinblick auf das System der Abschreckung in dieser Welt.

3. Das Grundproblem im Ost-West-Konflikt ist die Sowjetunion in ihrer gegenwärtigen politischen Verfassung. Die Sowjetunion baut auf einer langen russischen Tradition der autoritären Staatsführung und des Imperialismus auf. Sowohl das autoritäre als auch das imperialistische Element haben ihre moderne Fortsetzung im Kommunismus gefunden. Die kommunistische Ideolo-

gie und Praxis haben das Entstehen einer wirtschaftlich wenig effektiven und innenpolitisch unsicheren Gesellschaft bewirkt. Diese Unsicherheit tritt besonders deutlich auch in den osteuropäischen Ländern des sowjetischen Machtbereichs zutage.

Tradition und Unsicherheit führen somit zu einer expansionistischen und militaristischen Politik. Der militärische Bereich ist der einzige, in dem die Sowjetunion mit dem Westen konkurrieren kann. International basieren Macht und Prestige der Sowjetunion nahezu ausschließlich auf ihrem Militärpotential. Gleichzeitig hat diese militärische Macht nicht nur Kontrollfunktionen in Osteuropa, sondern sie ist zudem der einzige Bereich, in dem sich eine vorgebliche „Überlegenheit des Sozialismus“ demonstrieren läßt, durch den die Hoffnung auf einen langfristigen sowjetischen Sieg genährt werden kann und nicht zuletzt die Menschen in Westeuropa eingeschüchtert und gefügig gemacht werden sollen, denn Freiheit und Wohlstand Westeuropas gelten in dieser Perspektive als konstantes Element der Destabilisierung in Osteuropa. Die Unsicherheit des sowjetischen Systems und die starke Abhängigkeit der Sowjetunion von militärischer Macht sind wichtige Erklärungen für den mangelnden Erfolg bei der Rüstungskontrolle und dafür, warum die Sowjetunion nach wie vor als Bedrohung für Westeuropa angesehen wird. Abgesehen von Verbesserungen des derzeitigen Abschreckungssystems ist bislang kein wirklich überlegenes und realisierbares Alternativkonzept vorgelegt worden, um der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung wirksam zu begegnen.

4. Weil die Verteidigung Westeuropas so viele Probleme mit sich bringt, gibt es bei vielen Befürwortern alternativer Konzepte die ausgeprägte Neigung, das Grundproblem — die sowjetische Bedrohung — zu relativieren oder sogar zu ignorieren. Unbewußt haben viele der Befürworter alternativer Vorschläge bereits das Versagen der Abschreckung akzeptiert; von daher rührt ihre starke Konzentration nicht auf Abschreckung, sondern auf Abschaffung bzw. Reduzierung der Rolle der Nuklearwaffen und auf Schadensbegrenzung.

5. Im Rahmen des *derzeitigen* Systems der internationalen Politik gibt es keine Lösung für die Dilemmata der Nuklearwaffen bzw. der Abschreckung in Europa, daß nämlich jede Anwendung militärischer Macht in Mitteleuropa die Gefahr weitgehender Vernichtung in sich birgt, daß bezüglich der Nukleargarantie der Amerikaner für Europa letztendlich keine Gewißheit besteht, und daß es keine absolute Gewißheit dahin gehend gibt, daß das Gefüge des Abschreckungssystems auch in Zukunft Bestand haben wird. Mit diesen Dilemmata müssen wir leben. Was jedoch

getan werden kann und auch getan wird, ist, ihnen die Schärfe zu nehmen, mit anderen Worten, das Abschreckungssystem so stabil zu machen, daß die Wahrscheinlichkeit, tatsächlich mit diesen Dilemmata konfrontiert zu werden, geringer wird. Diesem Ziel dienen eine Vielzahl von Maßnahmen wie:

— Maßnahmen zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung, um einen frühzeitigen Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu vermindern;

— Verbesserung der Führungssysteme, um eine mögliche Eskalation unter Kontrolle zu halten und sie mit dem Ziel nutzen zu können, die Abschreckung wiederherzustellen und die Feindseligkeiten zu beenden;

— enge Koordinierung und Integration der Nuklearplanung der Amerikaner und Europäer;

— Maßnahmen zur Stabilisierung des Abschreckungssystems, Verhütung eines Kriegs „aus Versehen“, Rüstungskontrolle, aber auch politische Maßnahmen im Rahmen des Krisenmanagement und der Entspannung.

6. Auf lange Sicht jedoch läßt sich das Risiko eines Krieges in entscheidendem Maße nur durch Veränderungen und Alternativen außerhalb des Abschreckungssystems verringern, d. h. statt primär eine Veränderung der Struktur der Abschreckung im Rahmen des bestehenden Systems internationaler Beziehungen anzustreben, sollten vermehrte Anstrengungen zur Veränderung und Verbesserung dieser Beziehungen unternommen werden. Die Rüstung und das Abschreckungssystem sind nicht Ursache, sondern Widerspiegelung der Gegebenheiten des internationalen politischen Systems.

Die dazu bisher vorgelegten Gedanken lassen sich in kurz- und langfristige Vorschläge unterteilen. Zu ersteren gehören alle Maßnahmen, die darauf abzielen, Spannungen abzubauen, Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen zu fördern, das System der Abschreckung zu stabilisieren, ein größeres Maß an Information und Offenheit zu bewirken. Entspannung, Rüstungskontrolle, Krisenmanagement und vertrauensbildende Maßnahmen gehören in diese Kategorie.

Solche Maßnahmen könnten mit einer Politik einhergehen, deren Ziel es ist, die äußeren und inneren Faktoren abzubauen, die einer expansionistischen und militaristischen Politik der Sowjetunion förderlich sind. Im Sinne einer aktiven Politik kann der Westen nicht viel tun, um die Sowjetunion zu verändern; aber er kann der Expansionspolitik der sowjetischen Führung entgegenwirken, und er kann beständig darauf hinweisen, daß es zur Gewährleistung der inneren Sicherheit bessere Wege gibt als Unterdrückung, in der Hoffnung, daß die sowjetische Führung sich irgendwann wandeln wird. Gewiß würde ein Wandel in der Sowjetunion das internationale politische System nicht automatisch grundlegend verändern; er könnte jedoch eines der Hauptprobleme des derzeitigen Systems — die Unsicherheit und die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion, die sich primär auf militärische Macht abstützt — hinfällig machen, und er könnte dazu beitragen, die Voraussetzungen für eine langfristige Veränderung des Systems zu schaffen.

Für einen derartigen Wandel gelten Grundforderungen, die bereits in sich grundlegende Veränderungen beinhalten: Vor allem ein zunehmender Konsens über bestimmte Grundwerte, z. B. Respekt vor dem Leben, Gewaltfreiheit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit; ein Konsens also, der Raum für unterschiedliche innenpolitische Systeme läßt, gleichzeitig jedoch die allmähliche, aber entscheidende Entwicklung friedlicher Methoden der Konfliktlösung ermöglichen würde. Friedliche Konfliktlösung basiert auf Vertrauen, Vertrauen auf zumindest in Teilbereichen gemeinsamen Wertvorstellungen. Eines der Hauptprobleme des derzeitigen internationalen Systems ist nicht die Existenz von Konflikten, sondern vielmehr die Nichtexistenz funktionierender und wirksamer Methoden der friedlichen, nichtmilitärischen Konfliktlösung.

Langfristige Veränderungen dieser Art sind die einzige Hoffnung auf eine wirkliche Lösung der nuklearen Dilemmata des gegenwärtigen internationalen Systems.

Kriterien für einen militärischen Strategie- und Strukturwandel

I. Politisch-militärischer Diskurs

Die Anzahl sowie die damit einhergehende Vielfalt der alternativen Vorschläge für militärische Strategie- und Strukturmodelle nimmt zu. Insbesondere die bundesdeutsche Palette kann als besonders farbenprächtig bezeichnet werden. Sie umfaßt inzwischen zumindest sechs sogenannte *Defensiv- oder Alternativkonzepte*¹⁾. Hinzu kommen noch einige *strukturelle Mischmodelle*, die vorgeben, sich der erstgenannten Entwicklungen im Rahmen einer primär sicherheitspolitischen Konzeption teilweise zu bedienen²⁾. Zusätzlich werden diese Entwürfe auch als Aufhänger für kompatibel gestaltete oder als solche verstandene *nichtmilitärische Verteidigungsideen* herangezogen³⁾.

Allen drei nur weitläufig miteinander verwandten Modellgruppierungen stehen andererseits Verbesserungs- und Erweiterungsvorschläge für die geltende NATO-Strategie gegenüber⁴⁾. Zugleich ist zu bemerken, daß diese vorrangig militärisch-operativ angelegten Doktrinen natürlich gleichfalls für sich in Anspruch nehmen, die Effektivität und Glaubwürdigkeit der Strategie und Verteidigungsstruktur zu steigern.

Zumeist bemühen sich die Verfasser der jeweiligen Modelle, deren Wirksamkeit und Notwendigkeit durch die Kritik und die Dokumentation der Unzulänglichkeit des Gegen-Konzepts zu unter-

streichen. Des weiteren konzentriert sich die Bewertung auf einen detaillierten militärisch-technischen Vergleich. Fast ausschließlich werden nur noch die Waffenwirkungen als Meßgrößen in der Gegenüberstellung der einzelnen Konzeptionen bevorzugt.

Diese Methoden der Abgrenzung und des Vergleichs lassen gleichzeitig den *ersten negativen Aspekt* der meisten der derzeit aktuellen Vorschläge zur Änderung oder zur Verbesserung von militärischen Strategie- und Strukturplanungen erkennen: Der Ansatz für einen Wandel oder gar für eine Abkehr von der herkömmlichen Planung, Gliederung, Dislozierung, Struktur und Bewaffnung der westeuropäischen und im speziellen der bundesdeutschen Streitkräfte gilt fast ausschließlich der Organisations- oder Durchführungsebene. Anstatt das insgesamt als weitaus komplexer anzusehende verteidigungspolitische Sicherheitsmodell in all seinen Phasen zu berücksichtigen, geschweige denn, sich zuvorderst um die ganz entscheidenden sicherheitspolitischen Vorgaben einer gewünschten oder auch als unabdingbar erkannten Wandlung bzw. Hinwendung zu neueren, effizienteren und ressourcenverträglicheren Strategien und Strukturen des militärischen Instruments zu kümmern.

Bedauerlicherweise lassen nicht nur die Gegenargumente der einen Gruppe gegenüber der anderen diese Übersicht vermissen. Auch und insbesondere die sich neutral und objektiv verstanden wissen wollenden Kritiker versäumen nicht selten den allgemeinen sicherheitspolitischen Einstieg. Sie werfen sich zumeist mit sachkundiger Verve auf die Gegenüberstellung von militärischen Potentialen, deren zu vermutender Waffenwirkung in computergestützten taktischen Szenarien bis hin zur technologischen Analyse. Sie fragen z. B., ob in einem angenommenen Kampfabschnitt eine spezielle Panzerplatte aus Keramik oder einer speziellen Metallegierung einen besseren Schutz gegenüber einer wiederum ganz außerordentlichen Panzerabwehrmunition gewährleistet — oder umgekehrt.

Dies soll heißen: Die sich als fachspezifisch verstehende Expertenrunde — ob Vertreter einer jeweiligen Schule oder als „Kampfbeobachter“ des Systemstreits — verengt die zweifellos notwen-

1) Die wichtigsten Defensiv- oder Alternativkonzepte: Horst Afheldt, *Verteidigung und Frieden*, München-Wien 1976; ders., *Defensive Verteidigung*, Reinbek 1983; Jochen Löser, *Weder rot noch tot*, München 1981; Franz Uhle-Wettler, *Gefechtsfeld Mitteleuropa*, München 1980; Norbert Hannig, *Abschreckung durch konventionelle Waffen*, Berlin 1984; Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), *Die Praxis der defensiven Verteidigung*, Hameln 1984; Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik — SAS (Hrsg.), *Strukturwandel der Verteidigung*, Opladen 1984.

2) Hier seien genannt: Andreas von Bülow, *Das Bülow-Papier*, Frankfurt a. M. 1985, und Hermann Scheer, *Die Befreiung von der Bombe*, Köln 1986.

3) Stellvertretend für viele, wenn auch qualitativ unterschiedliche Ausarbeitungen seien hier nur aufgeführt: Hans-Heinrich und Wilhelm Nolte, *Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr*, Baden-Baden 1984, und Johan Galtung, *Es gibt Alternativen*, Opladen 1984.

4) Vgl. Bernard W. Rogers, *Remarks at SHAPE v. 13. 11. 1984*; ESECS, *Strengthening Conventional Deterrence in Europe*, London-Basingstoke 1983; ESECS, *Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa (ESECS II)*, Baden-Baden 1985.

dige Suche nach Verbesserung der Strategie und Streitkräftestruktur auf das operativ-taktische Militäreinerlei. Sie verabsäumt zugleich und in sehr gefährlicher Weise die politischen und sicherheitsrelevanten Vorgaben. Gleichzeitig trägt sie somit dazu bei, daß die Bestimmungsabläufe ausgetauscht werden: Nicht die allgemeinen Determinanten regeln die untergeordneten Instrumentarien, sondern militärisch-taktische oder operative Grundsatzüberlegungen beherrschen die strategischen und strukturellen Dimensionen.

Hingegen wäre es sinnvoll, sich der *sicherheits- und verteidigungspolitischen* Änderungsvorschläge zu vergewissern. In überzeugender Form und für die Militärstruktur heutigen Zuschnitts unverändert gültig hat dies u. a. Bogislaw von Bonin bereits 1966 artikuliert⁵⁾. Seine Vorschläge zu einer Verbesserung des Beitrags der bundesdeutschen Streitkräfte waren in der Hauptsache an der sicherheitspolitischen und militär-strategischen Beurteilung der Lage orientiert⁶⁾. Insofern hat Bonin damals ein Beispiel für die Rangfolge einer Denkgliederung zur Erstellung eines alternativen Militärkonzepts abgeliefert. Nebenbei: Bonin hat seinerzeit im Gegensatz zu vielen maßgebenden Politikern die Nuklearwaffen als *politische* Waf-

fen definiert und sie nicht als eine etwas wirkungsintensivere neuartige Artillerie verstanden wissen wollen.

Der *zweite negative Aspekt*: In steigendem Maße konzentrieren sich auch Politiker und Wissenschaftler auf die zuvor bemängelte militärische Detailmethode. Sie verabsäumen damit die weit aus wichtigere Ausformung der sicherheitspolitischen Rahmenrichtlinien. Quasi im Gegensatz zum Streben des älteren Moltke nach bestimmendem Einfluß auf die Politik können wir heute eine fahrlässige Reduzierung des politischen Vorgaberechts auf die Gestaltung militärisch-instrumenteller Modelle beobachten.

Beide negativen Erscheinungsformen sind — für sich allein genommen oder in ihrer Gesamtheit — Hemmnisse einer nüchternen und sachlicheren Aufarbeitung hin zu einem notwendigen militärischen Strategie- und Strukturwandel. Um so wichtiger scheinen Vorschläge für *verteidigungspolitische Kriterien*, die bei den derzeitigen Überlegungen und Richtlinien den Vorrang haben müssen, sollen die Militärstrukturen effektiver werden. Den Überlegungen dazu sollen zunächst die sicherheitspolitischen Grundvorgaben vorangestellt werden.

II. Sicherheitspolitische Grundvorgaben

Zunächst sei nochmals daran erinnert, daß Sicherheitspolitik nicht einseitig als nur militärisches Aktions- und Reaktionsprogramm mißverstanden werden darf; sie würde sonst unzeitgemäß und ineffizient sein. Sicherheitspolitik umfaßt mehrere Schichten, die verschiedenen Aktionsfeldern zugeordnet sind. Diese Schichten können auch als Dimensionen der Sicherheitspolitik bezeichnet werden. Die westliche Sicherheitspolitik sollte sich zumindest aus den folgenden fünf Dimensionen zusammensetzen:

1. dem *politischen* (außen- wie innenpolitischen) Gefüge und den damit verbundenen Gegebenheiten und Absichten;
2. der *wirtschaftlichen* Potenz und den damit einhergehenden ökonomischen Interaktionen;
3. den *militärischen* Optionen, Fähigkeiten und Potentialen;
4. der *gesellschaftlichen* Struktur;
5. der *gesamt-psychologischen* Konstellation⁷⁾.

⁵⁾ Bogislaw von Bonin, Die Schlacht von Kursk — Ein Modell für die Verteidigung der Bundesrepublik, in: Der Spiegel, Nr. 48, 1966, S. 42 ff.

⁶⁾ Ebd., S. 44.

⁷⁾ Vgl. meine Ausführungen dazu: Strategische Stabilität als Folge von Entspannungs- und kooperativer Si-

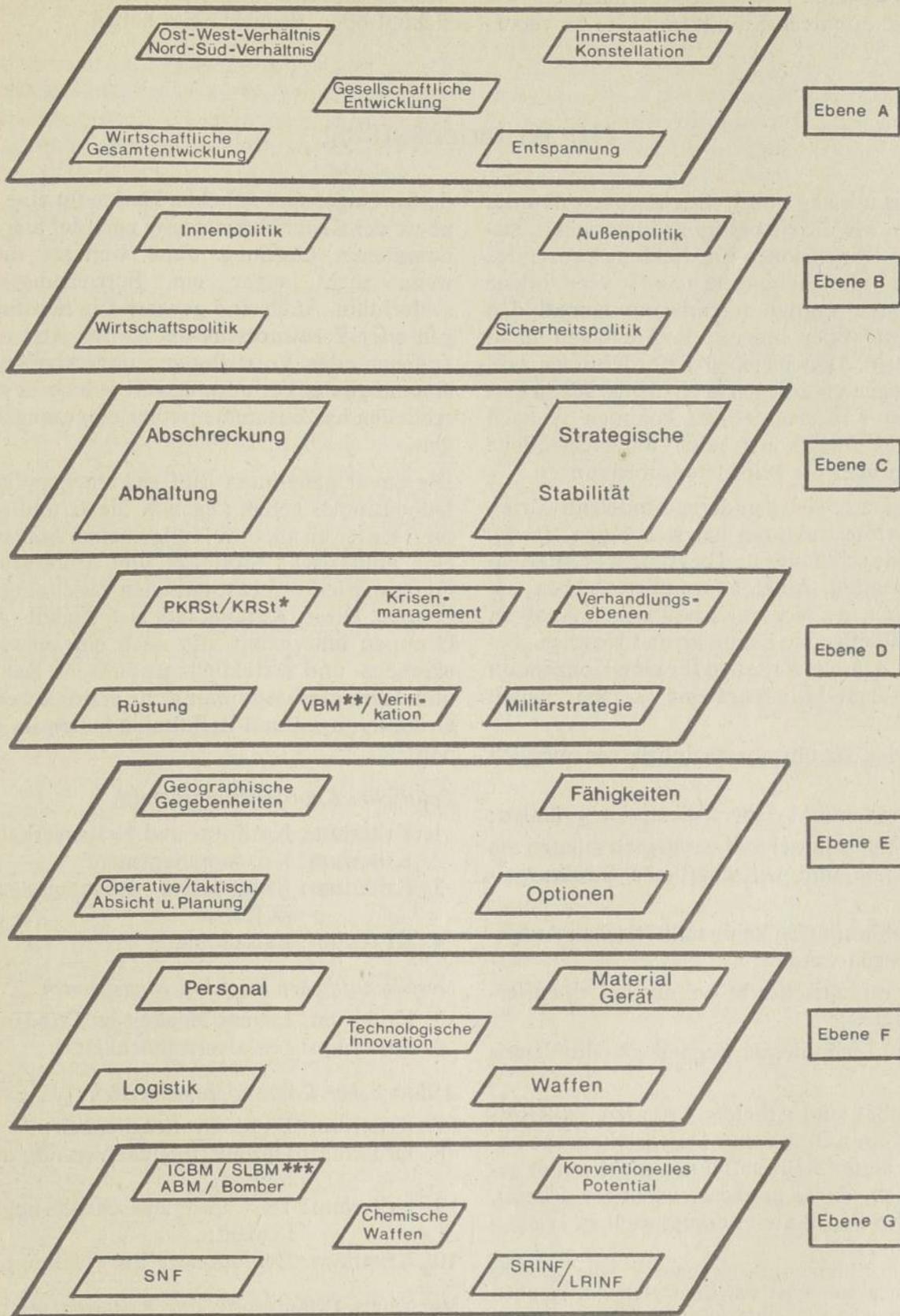
Diese sicherheitspolitischen Dimensionen bilden zugleich das Dach eines Bezugsmodells mit mehreren Ebenen und mit einer Vielzahl von Verbindungslinien und -zonen. In der folgenden Übersicht (Abb. 1) sind sieben Ebenen mit den wichtigsten Bezugfeldern dargestellt⁸⁾.

Erkennbar ist eine Hierarchie, deren Ebenen E (Fähigkeiten/Optionen) und F (Personal, Material, Logistik, Waffen) als *Ziel* der folgenden Erläuterung und Vorstellung der Bedingungen und Ansprüche angesehen werden. Die Aufmerksamkeit muß sich jedoch entsprechend der eingangs vorgebrachten Kritik sowie den sicherheitspolitischen Dimensionen folgend auch auf die Bezugfelder der Ebenen B (Sicherheitspolitik) und C (Abschreckung/Strategische Stabilität) richten. Bei näherem Betrachten ergeben sie den Rahmen für einen umfassenden und richtungweisenden Kriterien- oder Richtlinienkatalog für die Ebene D (Militärstrategie) und für eine Streitkräfte-

cherheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 20—29, hier: S. 21.

⁸⁾ Vgl. meinen Beitrag: Grundzüge einer effizienten Logistik in einem militärischen Defensivkonzept, in: C. F. von Weizsäcker (Hrsg.), Die Praxis ... (Anm. 1), S. 31.

Abbildung 1: Sicherheitspolitische Ebenen und Bezugsfelder



- * PKRSt/KRSt = Präventive/Kooperative Rüstungssteuerung
- ** VBM = Vertrauensbildende Maßnahmen
- *** ICBM = Intercontinental Ballistic Missiles (Interkontinentalraketen)
- SLBM = Sea-Launched Ballistic Missiles (Seegestützte ballistische Raketen)
- ABM = Anti-Ballistic Missiles (Abwehrraketen gegen ballistische Flugkörper)
- SNF = Short Range Nuclear Forces (Taktische Nuklearwaffen)
- SRINF } = Short Range/Long Range Intermediate Nuclear Forces (nukleare Mittel-
- LRINF } = streckenwaffen kürzerer und längerer Reichweite)

Graphische Darstellung ist in der Form angelehnt an: Albrecht A. C. von Müller, Grundzüge einer europäischen Sicherheitspolitik für die 80er und 90er Jahre, München 1983, S. 17. Abb. 1.

struktur in der NATO. Die Kriterien sind unterschiedslos für eine Bewertung der gängigen wie auch der alternativen Strukturmodelle zu verste-

hen. Allerdings werden Angaben unterlassen, inwieweit einzelne Modelle die Kriterien berücksichtigt oder vernachlässigt haben⁹⁾.

III. Kriterienkatalog

Strategiegrundsätze und Streitkräftestrukturen unterliegen wie die sie bestimmenden sicherheitspolitischen Dimensionen Entwicklungsprozessen. Starre und unflexibel angelegte oder verstandene Konzeptionen werden irgendwann einmal den äußeren und/oder inneren Bedingungen nicht mehr gerecht. Den gleichen Erfordernissen und Gefährdungen unterliegen auch die daraus zu entwickelnden Kriterien. Hinzu kommen je nach politischem Verständnis noch unterschiedliche Annahmen über die Prioritätenzuordnungen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Modellentwürfen für Streitkräftestrukturen hat sich Horst Afheldt stets um eine schlüssige und begründete Kriterien-Vorgabe bemüht. Afheldt formulierte neben seiner umfänglichen sicherheitspolitischen Analyse, die er abschließend in Resultate und Normen gliederte¹⁰⁾, u. a. sechs Kriterien für eine Konzeption einer Defensiv-Militärstrategie¹¹⁾. Sie lauten kurzgefaßt:

1. den Krieg so unwahrscheinlich wie möglich machen;
2. keine Präventions- bzw. Präemptionsprämien;
3. Verteidigungsmittel und -strategien müssen die eigene soziale und wirtschaftliche Struktur sichern;
4. Kernwaffen dürfen keine militärischen Aufgaben übertragen werden;
5. Einsatz militärischer Mittel nur bei einem erfolgten Angriff;
6. moderne Technologien begünstigen die Verteidigung.

Unverkennbar sind Afheldts Kriterien als Richtschnur für ein militärisches Defensivkonzept angelegt. An dieser Stelle soll ihnen nicht weiter gefolgt werden, da es zunächst wichtiger scheint, allgemeinere Richtlinien herauszustellen. Nichts-

destoweniger sind Afheldts Thesen für eine Zweitphase der Kriterienfestlegung *nach* der hier vorgenommenen Ordnung ohne weiteres tauglich, wenn nicht sogar ein Fortsetzungskatalog schlechthin. Auch sind gewisse Übereinstimmungen oder Verwandtschaften zu den jetzt zu konkretisierenden Vorstellungen unverkennbar. Auf eine mögliche Verbindung soll jedoch in der abschließenden Zusammenschau eingegangen werden.

Die zuvor genannten fünf sicherheitspolitischen Dimensionen geben zugleich die Grundlage für zehn Kriterien ab, die als allgemeiner Maßstab für eine militärische Strategie- und Strukturbestimmung speziell westeuropäischen Zuschnitts gelten können. Dieser Katalog läßt sich zugleich in drei Gruppen unterteilen, um auch eine gewisse sicherheits- und verteidigungspolitische Rangfolge und Wirkungsbestimmung zu ermöglichen. Die Gruppierungen und Richtlinien lauten im einzelnen¹²⁾:

Politischer Koordinierungsbereich

1. Kriterium: Konflikt- und Kriegsverhütung;
2. Kriterium: Krisenmanagement;
3. Kriterium: Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt);
4. Kriterium: Bedrohung.

Gesellschaftlicher Koordinierungsbereich

5. Kriterium: Lebensfähigkeit im Frieden;
6. Kriterium: Sozialverträglichkeit.

Militärischer Koordinierungsbereich

7. Kriterium: Bündnisverträglichkeit;
8. Kriterium: Optimierung der Verteidigungsfähigkeit;
9. Kriterium: Teil- und Zwischenlösungsmöglichkeit;
10. Kriterium: Evolutionäre Entwicklung.

Vor einer Erläuterung der Kriterien sei darauf hingewiesen, daß einige von ihnen Aspekte aufweisen, die auch in mehreren Koordinierungsbereichen ihren Platz finden können. Die prägenden Merkmale der jeweiligen Richtlinie sollen — so-

⁹⁾ In diesem Zusammenhang besteht eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Heinz Magenheimer und mir. Die Anregung zu diesem Beitrag beruht u. a. auf seinem Aufsatz: Der NATO-Abschnitt Europa-Mitte und die Frage der „defensiven Verteidigung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13—14/86, S. 26—38.

¹⁰⁾ Siehe ausführlich Horst Afheldt, *Verteidigung ...* (Anm. 1), S. 307—328.

¹¹⁾ Vgl. Horst Afheldt, *Friedenspolitik mit militärischen Mitteln in den 90er Jahren*, in: *Überleben*, (1982) 3, S. 4 ff. Diese Kriterien waren auch Grundlage meines Aufsatzes: *Militärische Defensivkonzepte in einem System der kollektiven Sicherheit (SKS)*, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Kollektive Sicherheit in und für Europa — eine Alternative?*, Baden-Baden 1985, S. 261 f.

¹²⁾ Zusammenstellung und Formulierung der Kriterien folgen einer Anregung von Peter-Heinrich Carstens vom Februar 1985. Der Ministerpräsident von NRW hat sie in ähnlicher Form (acht Prinzipien) in seiner Rede vor Kommandeuren der Bundeswehr am 9. 6. 1986 in der Friedrich-Ebert-Stiftung kurz ausgeführt.

weit möglich — nach *offensiven, defensiven, aktiven* und *passiven* Ansätzen unterteilt werden. Zudem müssen auch nicht genannte Koordinierungsbereiche wie z. B. der wirtschaftliche berücksichtigt werden. Die Zuordnung geschah jedoch nach dem Gesichtspunkt, nach den vorherrschenden Dimensionen zu schematisieren. Auf diesem Wege gelingt vielleicht eine überschaubarere und verständlichere Klassifizierung der Kriterien.

Zur Beschreibung, Bewertung und Folgerung der Kriterien im einzelnen:

1. Kriterium: *Konflikt und Kriegsverhütung*

Die hiesige militärische Strategie und die Struktur müssen einer Sicherheitspolitik gerecht werden, die auf Konflikt- und Kriegsverhütung im regionalen Sinne angelegt ist. Die Optionen und Fähigkeiten einer Strategie dürfen keine Merkmale aufweisen, die dazu geeignet sind, generell oder jederzeit zu offensiven und raumgreifenden Aktionen auf dem Gebiet des potentiellen Gegners zu befähigen. Zugleich dürfen sie nicht dazu geeignet sein, militärische Aktionen außerhalb des politischen Gültigkeitsbereiches (z. B. außerhalb der NATO und ihres Verteidigungsbereiches) zu ermöglichen oder dazu zu verführen.

Umgekehrt müssen Strategie und Struktur in ihrer defensiven Ausgestaltung, Zielprojektion sowie in Gliederung, Dislozierung, Bewaffnung und personeller/materieller Komponente die eigene Verteidigungsfähigkeit sichern; und zwar in dem Sinne, daß sie in ihren aktiven wie passiven Maßnahmen so gestaltet sind, daß sie nicht zu kriegerischen Handlungen, konfliktfördernden Aktionen oder politischen Pressionen einladen, sie provozieren oder erleichtern. Vielmehr müssen sie stabilitätsfördernd sein und Freiraum lassen zu einer politischen Verfestigung einer Konflikt- und Kriegsverhütungspolitik.

Die richtige Balance der genannten Prinzipien ist vornehmlich dadurch zu erreichen, daß der prärogative Charakter einer auf Entspannungs- und Verteidigungsfähigkeit (Grundsatz des Harmel-Berichtes 1967 — NATO-Rat) angelegten Sicherheitspolitik berücksichtigt wird.

2. Kriterium: *Krisenmanagement*

Militärstrategie und -strukturen müssen im Sinne der Anforderungskonfiguration ohne Einschränkung dem sicherheitspolitischen Instrument „Krisenmanagement“ einen ungestörten Aktions- und Reaktionsspielraum ermöglichen. Unabhängig von der Tatsache, daß es derzeit weder ein im westlichen Bündnis abgestimmtes, geschweige denn ein zwischen den Blöcken anerkanntes Krisenmanagement gibt, hat diese Forderung hohe Dringlichkeit. Denn Strategie- und Streitkräftestruktur dürfen nicht von vornherein die Installie-

rung eines Krisenverhinderungssystems unmöglich machen. Vielmehr müssen die militärischen Handlungsmuster und -vorgaben so flexibel gestaltet sein, daß sie in den Phasen Frieden, Spannung, Krise und auch Krieg (falls die Abschreckung und das Krisenmanagement bis dahin nicht erfolgreich waren) immer auch kompatibel offensiv (taktisch-operativ), defensiv, aktiv und passiv gehandhabt werden können.

Dieser Anspruch verlangt zweierlei: Einerseits ist jeder strategische Zwang oder ein durch die Struktur vorgegebener Automatismus militärischer Aktionen zu vermeiden. Wäre er vorhanden, kann eine situationsbezogene politische Flexibilität nicht in das Management „eingebaut“ werden. Bewegungsfreiheit wäre dann auf dieser Handlungsebene gleichbedeutend mit prozessualer Automatik. Die militärischen Mittel müssen also andererseits auch dazu nutzbar sein, das Krisenmanagement erfolgreich im Sinne der eigenen Verteidigungsfähigkeit zu handhaben. Soll heißen: das militärische Instrument muß neben den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und psychologischen Aktionsmöglichkeiten je nach Notwendigkeit aktive, passive, aber auch offensive und defensive Einsatzmöglichkeiten zulassen — einschließlich der Androhung von Gewalt gegenüber einem angreifenden Gegner.

3. Kriterium: *Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt)*

„Unter Kooperativer Rüstungssteuerung (KRSt) ist eine politisch-militärische Strategie zu verstehen, mit der Staaten oder Bündnisse trotz aller bestehenden Konflikte und Antagonismen als ‚Partner‘ ihre Militärpotentiale, deren Strategien, Umfang, Strukturen, Dislozierung und sogar deren taktischen Einsatz im Interesse ihrer beiderseitigen Sicherheit aufeinander abstimmen.“¹³⁾ In Verfolg dieser Definition von KRSt sowie im Einklang mit den Kriterien 1 und 2 resultiert daraus im Zusammenschritt eine noch weitergehendere Anforderung an die westliche Militärstrategie und -struktur: Das militärische Instrument muß nicht nur defensiven Schutz und flexibles Krisenmanagement im Sinne sicherheits- und verteidigungspolitischer Handlungsfähigkeiten zulassen; KRSt fordert unter Berücksichtigung der eigenen Sicherheitsinteressen auch den Abbau von Streitkräftepotentialen sowie die Beschränkung von militärischen Optionen und Fähigkeiten zuzulassen. Partielle und temporäre konzeptionelle Reduzierungen, aber auch quantitative Stärkungen des militärischen Instruments müssen möglich sein.

¹³⁾ Wolf Graf von Baudissin/Dieter S. Lutz, *Kooperative Rüstungssteuerung in Europa*, in: dies. (Hrsg.), *Kooperative Rüstungssteuerung*, Baden-Baden 1981, S. 13.

Auf dieser Ebene ist zweifellos die anspruchsvollste Herausforderung an Strategie und Struktur des militärischen Instruments erkennbar. Ähnlich den Bedingungen des 9. Kriteriums (Teil- und Zwischenlösungen) müssen kompliziert umzusetzende Forderungen bei der Planung, Dislozierung, Gliederung, Bewaffnung und personellen/materiellen Ausstattung der Streitkräfte berücksichtigt werden. Denn im Sinne eines als schlimmsten Fall gedachten Szenarios eines Krieges einerseits und des als besten Fall angenommenen Szenarios einer umfassenden Abrüstung andererseits müssen Strategie und Struktur zu *beidem* in Planung und Umfang gleichzeitig nutzbar sein. Übertragen heißt das: Sie müssen nebeneinander unverändert die Fähigkeit zur Vorneverteidigung garantieren *und* die Reduktion ihrer Optionen und Potentiale zulassen können — übrigens ein Anspruch, der weniger praktische Hemmnisse, denn politische Denk- und Handlungssperren vermuten läßt.

4. Kriterium: *Bedrohung*

Die Bedrohung eines Landes oder Bündnisses kann durch politische, wirtschaftliche, militärische, gesellschaftliche und psychologische Maßnahmen erfolgen. Diese können wiederum offensive, defensive, aktive und passive Aktionen — getrennt oder gekoppelt — beinhalten. Das gleiche Beurteilungsraster gilt auch für die Schutz- und Gegenmaßnahmen zur Minderung einer wahrgenommenen und/oder realen Bedrohung. Zugleich wird deutlich: Die Vielfalt läßt einen breiten Raum für unterschiedlichste Analysen und politisch gesteuerte Wahrnehmungen zu.

Trotz der dargestellten Komplexität einer Bedrohung soll an dieser Stelle das Hauptaugenmerk dem militärischen Anteil gelten. Hierbei sind wiederum im wesentlichen zwei Faktoren zu berücksichtigen, um den Stellenwert „Bedrohung“ als Maßgabe für Strategie und Struktur korrekt einzuordnen. Es wäre falsch, die militärische Bedrohung ausschließlich an den meßbaren Kriterien wie Anzahl, Bewaffnung etc., also den quantitativen Merkmalen zu messen. Hinzu müssen die qualitativen Kennzeichen gerechnet werden. Diese wiederum lassen sich nicht immer und umfassend quantifizieren. Demzufolge müssen oftmals vage Annahmen zur Grundlage der Analyse gemacht werden. Des weiteren sagen Potentiale und evaluierte Optionen und Fähigkeiten noch nichts über die dahinter stehenden politischen Absichten aus.

Demzufolge lassen sich für das Kriterium „Bedrohung“ zwei Handlungsbereiche herauschälen: Strategie und Struktur müssen *bedrohungsgerecht* sein. Sie dürfen weder in Planung, Organisation und Durchführung ausnahmslos den schlimmsten anzunehmenden Fall zugrunde legen — weil die

personellen und materiellen Ressourcen überfordernd — noch dürfen sie minimalistisch angelegt sein. Die eine wie die andere Konzeption würde entweder durch Überkompensation bzw. durch Leichtfertigkeit zu einer gefährlichen Destabilisierung des sicherheitspolitischen Gefüges zwischen den Bündnissen und auch innerhalb der eigenen Allianz führen.

Bedrohungsgerechte Strategie und Struktur hingegen müssen auf die gesamte Bedrohungspalette eine angemessene und hinlängliche Antwort bereithalten und gleichzeitig in ihrer Konstruktion nicht von der Bedrohung allein abhängig sein, sondern auch durch die eigene Präsenz, Option und Fähigkeit nicht bedrohend wirken und sich auf den optimalen Schutz des eigenen Territoriums und Handlungsspielraums durch defensive aktive und passive Maßnahmen konzentrieren.

5. Kriterium: *Lebensfähigkeit im Frieden*

Versteht man in Clausewitz' Ausführungen im „Achten Buch“ die Begriffe „Krieg“ und „Heer“ gleichsam als Synonyme für heutiges Militär (Strategie und Struktur), behalten seine folgenden Aussagen¹⁴⁾ unveränderte Gültigkeit, wenn die Gefahr einer Trennung von Gesellschaft und Militär beschrieben werden soll. Clausewitz führt u. a. aus: „... der Krieg (war) noch eine bloße Angelegenheit des Kabinetts, an welchem das Volk nur als blindes Instrument teilnahm“. Und weiter: „Der Krieg wurde also nicht bloß seinen Mitteln, sondern auch seinem Ziele nah, immer mehr auf das Heer beschränkt. Das Heer ... machte einen Staat im Staate aus ...“

Durch diese Hinweise auf den Status und die Aufgabe des damaligen Militärs erhalten Strategie und Struktur zeitgemäßer Streitkräfte die angemessene und gesellschaftlich relevante Kontur: Sie müssen den gesellschaftspolitischen Werten, Normen und Ansprüchen in den bereits genannten Bereichen Optionen und Fähigkeiten sowie Gliederung, Dislozierung, Bewaffnung, personelle/materielle Ausstattung entsprechen und dürfen ihnen *nicht* zuwider angelegt sein. Weder dürfen sie sich abgekoppelt von der gesellschaftlichen Struktur eine nur militärische Existenzbestimmung suchen lassen, noch sind die militärischen Erfordernisse so umzuformen, daß sie sich als Maßstäbe für das gesellschaftspolitische Denken und Handeln auswachsen, also eine Militarisierung der Gesellschaft bedeuten würden. Soll die Verteidigungsfähigkeit glaubwürdig sein —

¹⁴⁾ Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 18. Aufl., hrsg. v. Werner Hahlweg, Bonn 1973, S. 959 und 969. Die Hinweise auf diese Problematik sind entnommen dem Beitrag von Herfried Münkler, Carl von Clausewitz, in: Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 4, Neuzeit: Von der französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, München 1986, S. 92—103.

nach innen wie nach außen —, so sind die Akzeptanz, die Aktionsfähigkeit (Optionen/Fähigkeiten), die Umsetzbarkeit (Strategie) und die Operationalisierbarkeit (Struktur) bereits im Frieden, vor einer Krisensituation zu gewährleisten, um einen Krieg zu vermeiden. Eine derartige Qualität darf nicht als ein Streben nach Kriegsfähigkeit mißinterpretiert werden. Streitkräfte und Strukturen sind nur dann tauglich, wenn sie gemäß einer glaubwürdigen militärischen und gesellschaftlich orientierten Funktionalität einen Gegner von einem Angriff abhalten.

6. Kriterium: Sozialverträglichkeit

Im Gleichklang mit den sich aus dem 5. Kriterium ergebenden Bedingungen ist hinsichtlich der Sozialverträglichkeit von militärischen Strategien und Strukturen auch Raymond Arons Feststellung zur Abschreckungsfähigkeit zu verstehen. Er führt u. a. aus: „Heute wie gestern hängt die Abschreckung von den *materiellen Mitteln* ab, über die ein Staat verfügt, der einen anderen zum Stehen bringen will...“¹⁵). Hinzuzufügen wären noch die zu berücksichtigenden personellen und finanziellen Ressourcen.

Diese Grundlagen der militärischen Komponente müssen angemessen und in ihrer Belastung erträglich sein sowie die übrigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse nicht zurückdrängen. Eine überproportionale Ausschöpfung des personellen, materiellen und finanziellen Reservoirs stärkt die militärische Kapazität nur vordergründig und kurzfristig. Auf Dauer konterkariert sie eine auf Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsfähigkeit sowie Akzeptanz anzulegende Strategie. Die Militärstruktur darf in Umfang, Aufgabe und Zielverfolgung die Ressourcen nicht überstrapazieren, da sonst die übrigen sicherheitspolitischen Dimensionen für wichtige Tätigkeitsbereiche und im Falle des Notwendigwerdens eines Krisenmanagements ihre Handlungsfreiheit mangels Verhandlungsmasse verlieren könnten.

Aus dem Verbot der Nichtüberbeanspruchung entsteht gleichzeitig das Gebot zur angemessenen, innovativen und optimalen Ausnutzung der aufgeführten Ressourcen. Insbesondere sind ergänzend die technologischen Möglichkeiten und Entwicklungen zur Verbesserung der Optionen und Fähigkeiten nebst der Dislozierung, Gliederung, Bewaffnung und personellen/materiellen Ausstattung der Streitkräfte heranzuziehen — nicht zu einer Ausweitung hin zu einer offensiven Konzeption, doch ganz sicher zu einer Optimierung der Verteidigungsfähigkeit (siehe 8. Kriterium).

¹⁵) Vgl. Raymond Aron, *Frieden und Krieg*, Frankfurt a. M. 1986 (Neuausgabe), S. 472.

7. Kriterium: Bündnisverträglichkeit

Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland unterliegen keiner nationalen Strategie. Genauso wenig ist ihre Struktur allein national „gestrickt“. In beiden Fällen gelten die Richtlinien und Vorgaben des Bündnisses. Ein Ausscheren aus diesem Rahmen wäre weder politisch, wirtschaftlich, militärisch noch gesellschaftlich vertretbar noch der sicherheitspolitischen Situation hinsichtlich der Strategischen Stabilität zuträglich. Außer bei dem politischen Status „Neutralität“ läßt sich eine nationale Strategie und Struktur für die Bundeswehr nicht als sinnvoll erkennen. In einer nüchternen Abwägung verbietet sich derzeit und auf weitere Sicht eine neutralistische Umorientierung der Bundesrepublik. Die Ereignisse bis 1945 sowie die politische Entwicklung danach bis heute sprechen dagegen. Jede strategische und strukturelle Neuformulierung und -bestimmung hat sich daran auszurichten. Diese Feststellung schließt aber keineswegs eine Wandlung des Bündnisses aus. Sie soll gleichzeitig verdeutlichen, daß aus der Blockzugehörigkeit durchaus neue, umfassende, vielleicht auch wirkungsvollere — eventuell auch gesamteuropäische — Allianzen entstehen können und somit möglich sein müssen.

Abgesehen von diesen eher futuristisch klingenden Gedankengängen verbieten sich auch derzeit und auf absehbare Fristen bezogen nationale Alleingänge zur Wandlung von Strategie und Struktur. Erstens erhalten letztere ihre gewünschte Wirkung im Rahmen der Vorverteidigung nur im internationalen Gleichklang. Zweitens lassen sich nur in dieser Konstellation eigene Vorstellungen und Ansprüche zur Optimierung durchsetzen.

Allerdings wird an dieser Stelle auch deutlich, daß es unverzichtbar ist, gerade die nationalen Interessen im Bündnis einzubringen und durchzusetzen. Nachgerade dann, wenn es um so existentielle Zonen geht wie hier in Mitteleuropa. Bündnisverträglichkeit bedeutet gemeinhin nicht die absolute deckungsgleiche Struktur. Hier sind durchaus getrennte Entwicklungen und Umsetzungen möglich. Unabdingbar ist nur, daß sie unter dem Dach einer gemeinsamen Strategie ohne weiteres aneinander koppelbar sind. Für das militärisch-taktische Denken und Handeln gilt dies allemal. Für das nicht unbedingt bewegungsreich zu nennende operative Spektrum der NATO mögen und dürfen Zweifel angebracht sein, inwieweit ihm nationale „Kapriolen“ zuträglich sind. Vielmehr sollten für diese Ebenen die regionalen und speziell sicherheitspolitischen Determinanten berücksichtigt werden. Soll heißen: Das Vorverteidigungskonzept in Mitteleuropa entlang der Grenze zur DDR und CSSR verbietet aus sicherheitspolitischen Erwägungen militärisch-operative Aktionen tief im Hinterland des Warschauer Pakts (Begründung siehe eingangs der Er-

läuterung dieses Kriteriums). Umgekehrt läßt der unterschiedliche Status der Mitgliedsländer der NATO eine nur marginale Einflußnahme auf die strategischen und strukturellen Prinzipien der westlichen Vormacht zu. Die Bundesrepublik Deutschland wird und kann die USA nicht daran hindern, den von den Staaten definierten Grundsätzen zu folgen. Aber sie kann und muß nicht nur die eigenen nationalen Vorstellungen in die Allianzplanung einbringen, sondern sie muß gleichermaßen allein — soweit möglich —, besser noch gemeinsam mit den übrigen Bündnispartnern untaugliche Konzeptionen und der Vorverteidigung unzuträgliche operative Modelle für den Bereich der NATO verhindern.

8. Kriterium: *Optimierung der Verteidigungsfähigkeit*

Das 7. und 8. Kriterium gehören eng zusammen. Um nicht den Pfad der allgemeinen Betrachtung zu verlassen und der eingangs bemängelten Verengung auf die militärische Sichtweise anheimzufallen, seien hier nur wenige Punkte herausgehoben: Anforderungen an den Wandel von militärischer Strategie und Struktur müssen neben den bisher genannten Kriterien immer auch und gerade die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit im Auge haben. Ausgehend von dem Vermögen zu einer „kollektiven Aktionsfähigkeit“¹⁶⁾ auf operativer und taktischer Ebene sind grundsätzlich Steigerungen der Fähigkeit zur Luftabwehr, Panzerabwehr und Sperrung gefordert.

Diese Qualifikationen müssen aktive, passive (nicht weiträumig grenzüberschreitend — siehe Kriterium 7) und defensive militärische Programme umfassen. Sie müssen sowohl die statische wie die bewegliche Komponente zeitgerechter taktischer und operativer Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen und beinhalten. Eine ausschließliche Beschränkung auf das eine oder das andere Merkmal behindert nicht nur eine vielschichtige und flexible Reaktions- und Aktionsfähigkeit; sie würde darüber hinaus eine auf Risikoandrohung angewiesene Abhaltung des Gegners starr werden lassen und der Gefahr aussetzen, berechenbar und kalkulierbar zu sein. Folglich wären die Verteidigungsanstrengungen minimiert und nicht mehr kostengerecht. Das Kriterium 6 (Sozialverträglichkeit) würde zudem unterlaufen.

Zur Ergänzung der bisher genannten Fähigkeitssteigerungen und im Rahmen der kollektiven Aktionsfähigkeit bieten sich sechs Bedingungen eines möglichen Kriegsbildes an¹⁷⁾. Sie können die

¹⁶⁾ Ebd., S. 261—271.

¹⁷⁾ Die im folgenden genannten Bedingungen sind unverändert übernommen von Rudolf Grabau, Sechs Dimensionen des Krieges. Versuch einer analytischen Betrachtung, in: Soldat und Technik, (1986) 5, 6, 7,

Aktionsschienen sein, auf denen sich die Optimierung der Verteidigungsfähigkeit im wesentlichen auf der operativ-taktischen Ebene zu orientieren hat. Sie lauten — immer im militärischen Sinne zu verstehen —:

- Punkte, Standorte, Ziele;
- Entfernung;
- Fläche (Breite/Tiefe);
- Höhe;
- Zeit;
- Information;
- Elektromagnetisches Spektrum.

In dem folgenden Abschnitt IV soll eine graphische Darstellung versucht werden, die sowohl die zehn Kriterien, die Fähigkeitsanforderung wie die Bedingungen des Kriegsbildes als Einflußgrößen auf das politisch-militärische Entscheidungsfeld für Strategie- und Strukturkonzeptionen (herkömmlich und/oder alternativ) erläutern soll.

9. Kriterium: *Teil- und Zwischenlösungsmöglichkeit*

Militärische Strategien und Strukturen müssen nicht nur — wie bisher erläutert — politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und psychologische Wandlungen berücksichtigen. Sie müssen gleichermaßen auch militärisch begründete und notwendige Einschnitte, Änderungen oder Verschiebungen zulassen können. Sie dürfen nicht so starr sein, daß Teilaspekte immer sofort auch eine generelle Umorientierung unumgänglich machen. Das setzt allerdings voraus, daß im sicherheitspolitischen Verständnis nicht jede Forderung und jeglicher Anspruch nach einer Erweiterung oder Verbesserung einer Fähigkeit im Bereich von Dislozierung, Gliederung, Bewaffnung oder personellen/materiellen Absichten zugleich nach einer umfassenden Bestandsaufnahme rufen läßt.

Im gleichen Sinne müssen Teil- und Zwischenlösungsprogramme stets auch nach ihren Bezügen zur Gesamtstrategie und -struktur untersucht werden. Dieser Kontrollmechanismus ist deshalb notwendig, um Programme zu verhindern, die auf „Schleichwegen“ unangemessene, unzuträgliche Konzeptionserweiterungen erreichen wollen. Gemeint sind Aktionen, die den Charakter der sicherheitspolitischen Dimensionen einseitig zugunsten der militärischen Komponente verändern oder die Maßnahmenkataloge der Vorverteidigung räumlich oder offensiv ausweiten wollen.

10. Kriterium: *Evolutionäre Entwicklung*

Um die zuletzt genannten Gefährdungen bei der Einführung von Teil- und Zwischenlösungen sowie bei einem insgesamt vorzunehmenden Strate-

S. 244, S. 249, S. 328—337, S. 392—399. Oberst Grabau hat in dieser Artikelserie eine nüchterne und sachliche Analyse aufgestellt, die es verdient, noch eingehender beurteilt zu werden.

gie- und Strukturwandel auszuschließen, verbietet sich in einer krisen- und konfliktreichen Ära — und in der scheinen wir derzeit im sicherheitspolitischen Bereich zu leben — jedwede abrupte Kursänderung. Sie würde auf der eigenen Seite als auch beim Gegenüber nur Irritation hervorrufen. Die Folge wäre ein Schwenk von einer auf Strategische Stabilität ausgelegten Sicherheitspolitik hin zu einer gefährlichen Destabilisierung.

In einer so sensiblen Region wie der hiesigen müssen plötzliche Strategie- und Strukturänderungen

(auch Teiländerungen) immer auch zu überzogenen politischen und militärischen Reaktionen führen. Das eigene Verständnis von der Aufgabe der Streitkräfte wie auch die Wahrnehmung durch die Gegenseite verlangen eine ausgewogene, transparente, evolutionäre Entwicklung. Im Verständnis einer Sicherheit, die diese nicht als Nullsummenspiel — Gewinne der einen Seite sind zugleich Verluste der anderen — versteht, muß ausdrücklich dieser Grundsatz im gleichen Maße für die Streitkräfte des Warschauer Pakts gelten.

IV. Einwirkungs- und Bestimmungsgrößen in einem Modell

Wie können diese Kriterien in ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Entscheidungsfeld einfließen und wie könnte dieses graphisch dargestellt aussehen?

Der folgende Versuch einer Systematik für eine sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungshilfe kann nicht vollständig sein. Die relevanten Aspekte und Kriterien einer Planungsgrundlage ergeben sich aus den zuvor aufgeführten Übersichten. Sie lauten entsprechend der Hierarchie der eingangs skizzierten Ebenen (Abb. 1):

Erstens: *Dimensionen* (Abschnitt II.)

Politik;
Wirtschaft;
Militär;
Gesellschaft;
Psychologische Lage.

Zweitens: *Kriterien* (Abschnitt III.)

Konflikt- und Kriegsverhütung;
Krisenmanagement;
Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt);
Bedrohung;
Lebensfähigkeit im Frieden;
Sozialverträglichkeit;
Bündnisverträglichkeit;
Optimierung der Verteidigungsfähigkeit;
Teil- und Zwischenlösungsmöglichkeit;
Evolutionäre Entwicklung.

Drittens: *Bedingungen* (Abschnitt III, Kriterium 8.)

Punkte, Standorte, Ziele;
Entfernung;
Fläche (Breite/Tiefe);
Höhe;
Zeit;
Information;
Elektromagnetisches Spektrum.

Diese drei Gruppierungen wirken mit unterschiedlicher Präferenz und Intensität auf die militärische Strategie und Struktur. Daraus kann sich die folgende Übersicht (Abb. 2) ergeben.

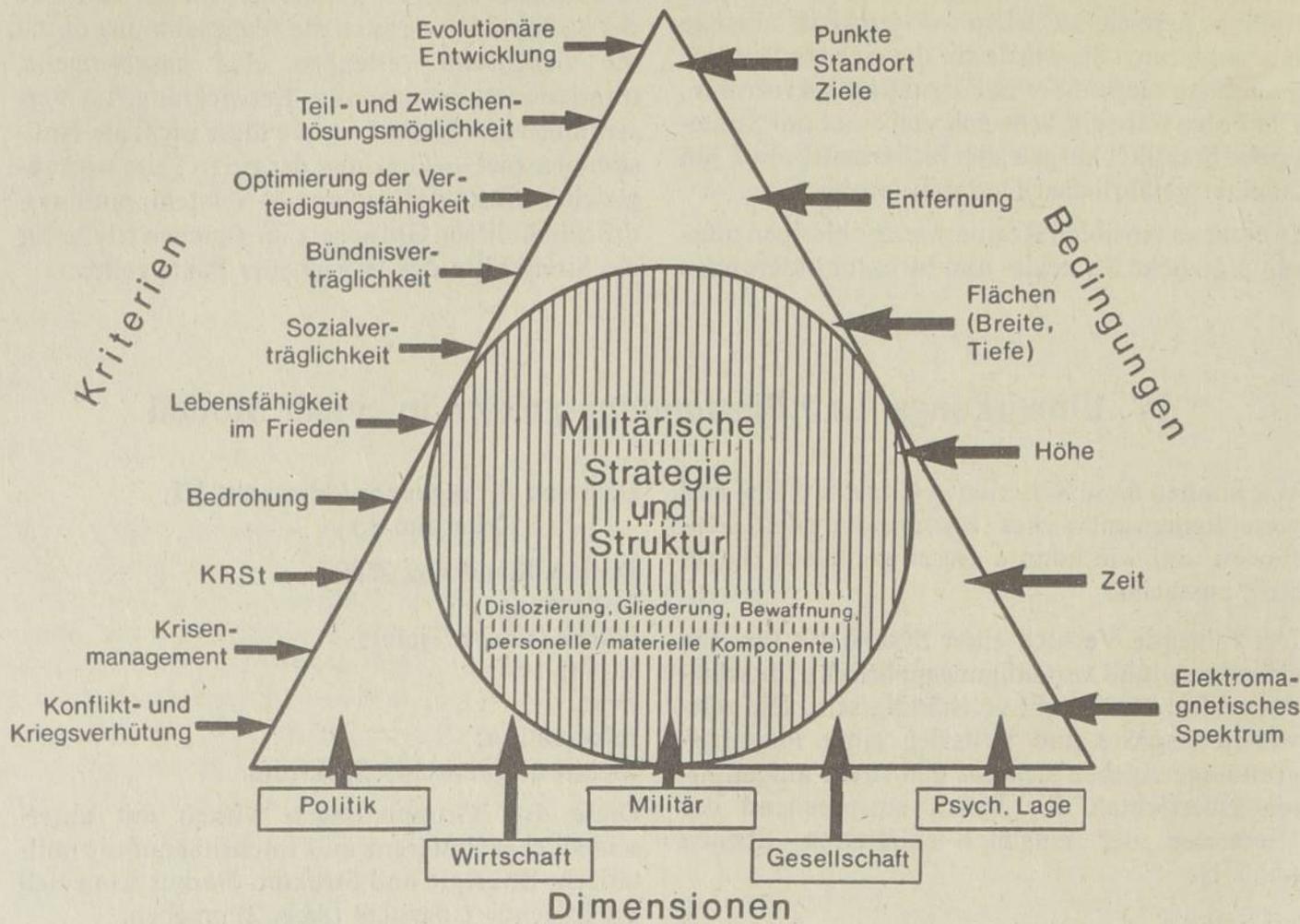
Nachzutragen bleibt, daß ein derartiges „Entscheidungs-dreieck“ nichts über die tatsächliche Wertigkeit der einzelnen Einwirkungs- und Bestimmungsgrößen aussagen kann. Ebenso klar ist, daß es je nach politisch-militärischer Erfordernis und Sichtweise unterschiedliche Prioritätenzuordnungen geben kann. Zum entsprechenden Einstieg in diese Problematik müßten eventuell sogenannte Bewertungsmatrixen herangezogen werden, die die jeweiligen Strategie- und Strukturmodelle in der Reihenfolge an den Vorgaben der Dimensionen, Kriterien und Bedingungen untersuchen und messen und daran eine zusammenfassende Wertungsübersicht anschließen würden. Dieser Arbeitsprozeß muß jedoch der zweite Schritt *nach* Berücksichtigung der genannten Kriterien bleiben. Ansonsten käme es nur zu der anfänglich bemängelten Verengung auf die rein militärische Perspektive.

V. Folgerungen

Eingangs wurden Horst Afheldts sechs Kriterien für eine Konzeption einer Defensiv-Militärstrategie vorgestellt. Ein Vergleich zu dem dann folgenden Kriterienkatalog weist zwei Merkmale auf: Einerseits sind Ähnlichkeiten oder Gleichheiten feststell-

bar. Gemeint sind die Kriterien *Kriegsverhütung* (Afheldt: Krieg so unwahrscheinlich wie möglich machen) und *Sozialverträglichkeit* (Afheldt: Verteidigungsmittel und -strategien müssen die eigene soziale und wirtschaftliche Struktur sichern).

Abbildung 2: Mögliche Einwirkungs- und Bestimmungsgrößen auf ein Entscheidungsfeld zur militärischen Strategie und Struktur



Die übrigen Afheldtschen Kriterien weisen hingegen unmißverständliche Anforderungen an ein spezielles Militärkonzept auf. Sie verlieren bewusst den eher allgemeinen Charakter. Sie wären somit die nachfolgende Stufe einer Kriterien-skala, nachdem die Beurteilung gemäß der allgemeinen Prinzipien eine Hinwendung auf ein Defensivkonzept ergeben haben mag. In dieser Arbeit wird dieser Schritt bewußt unterlassen, um damit nicht das eine oder andere Modell zu bevorzugen. Außerdem sind Afheldts Thesen ebenfalls *nach* seiner umfassenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Analyse entstanden. Vorzuschlagen wäre demnach: Es müßte überprüft werden, inwieweit diese hier erläuterten zehn Richtlinien zu den sechs Afheldt-Kriterien führen. Die herkömmlichen und die alternativen Änderungsvorschläge und Modelle (siehe Abschnitt I) sollten in der bezeichneten Reihenfolge untersucht und bewertet werden. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß es bei den vorangegangenen Überlegungen in der Hauptsache darum ging, den sicherheitspolitischen Vorrang bei der Festlegung von Kriterien zu unterstreichen. Sollen sie in den politischen Prozeß umgesetzt werden, bedürfen

sie zum einen der Anerkennung und zum anderen des allgemeinen Konsens und zum dritten einer einheitlichen Präferenzfestlegung. Diese Ansprüche kann und will dieser Vorschlag nicht erfüllen. Vielleicht ist aber mit diesem Beitrag ein Anstoß für eine breiter angelegte, auf eine gemeinsame Plattform ausgerichtete und über die Begrenzung auf rein militärische Themen hinausreichende Diskussion möglich.

Schließlich soll noch eine als grundsätzlich zu verstehende Bemerkung zur überwölbenden Vorgabe und Funktion der Politik gegenüber politisch-militärischen Planspielen bis hin zu Strukturmodellen angefügt werden: Das Denken und Handeln in diesem Sinne muß zugleich seine Orientierung und seinen Rahmen finden in den Maximen der *Friedens- und Entspannungspolitik* (Abb. 1, Ebene A), die „... nicht nur das Verhältnis zu den Nachbarn in all seiner Vielschichtigkeit, sondern auch zum Bürger im eigenen Lande (umfaßt) und weite Bereiche gesamtstaatlichen Handelns (überlagert)“¹⁸⁾.

¹⁸⁾ Vgl. Hans Koschnick im Vorwort zu: SAS (Hrsg.), Strukturwandel der Verteidigung ... (Anm. 1), S. 7.

Deutsche Interessen im Konzept der strategischen Verteidigung

I. Die Entscheidungssituation

Nach der Rede des amerikanischen Präsidenten vom 23. März 1983, in der er ein Forschungsprogramm zur Ermittlung der Möglichkeiten zur strategischen Verteidigung ankündigte, ist gerade in Europa erst sehr zögernd eine Diskussion dieser Fragen entstanden¹⁾. Inzwischen aber ist SDI zum beherrschenden Thema geworden, ohne daß sich ein Konsens abzeichnet. Dabei spiegeln sich nicht nur die üblichen sicherheitspolitischen Frontierungen in der Bewertung dieses Konzeptes wider; insbesondere fehlt es an einer nüchternen Interessenabwägung²⁾. Besonders in der Bundesrepublik Deutschland — das gilt teilweise aber auch für die USA und die anderen westeuropäischen Länder — wird die Diskussion über die Initiative von Präsident Reagan zur Strategischen Verteidigung noch in einer Form geführt, als könnten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten isoliert darüber entscheiden, ob Systeme zur strategischen Verteidigung in die Sicherheitspolitik eingeführt werden oder nicht³⁾. Eine solche Annahme übersieht nämlich, daß die Sowjetunion seit langem an der Entwicklung strategischer Verteidigungssysteme arbeitet⁴⁾. Präsident Reagan hat in seiner Rede vor beiden Häusern des ameri-

kanischen Kongresses am 3. Juni 1986 darauf hingewiesen, daß seit der Unterzeichnung des ABM-Vertrages 1972 die Sowjetunion ungefähr genausoviel für strategische Offensivwaffen ausgegeben hat wie zur strategischen Verteidigung⁵⁾. Heute belegen mindestens drei Entwicklungstendenzen die sowjetischen Anstrengungen:

1. Die ständige Modernisierung des durch den ABM-Vertrag zugelassenen Raketenabwehrsystems um Moskau, das im übrigen nicht nur die sowjetische Hauptstadt, sondern auch Abschußrampen für 300 landgestützte Interkontinentalraketen einbezieht.

2. Der erfolgreiche Test der Boden-Luft-Rakete SA-X-12 gegen Mittelstreckensysteme mit Flugbahnen, die denen von Langstreckensystemen sehr ähnlich sind, so daß die Annahme begründet ist, daß diese SA-X-12 auch als Abwehrsystem gegen Langstreckensysteme geeignet ist⁶⁾. Auch diese Maßnahme ist durch den Wortlaut des ABM-Vertrages gedeckt, der sich ausschließlich auf Langstreckensysteme bezieht.

3. Ebenfalls in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag stehen die intensiven Forschungsarbeiten der Sowjetunion auf dem Gebiet der Lasertechnologie, die dabei bereits in den sechziger Jahren technologische Durchbrüche erzielt und darüber in der Fachliteratur publiziert hat⁷⁾, auf die die USA in ihrem gegenwärtigen Forschungsprogramm zurückgreifen.

Daneben gibt es jene Aktivitäten der Sowjetunion, die nicht mit dem ABM-Vertrag kompatibel sind. Hier ist in erster Linie der Bau der großen Radaranlage im Zentrum der Sowjetunion bei Krasnojarsk zu nennen. Der ABM-Vertrag gestattet derartige Radaranlagen ausschließlich an der Peripherie eines Landes; die Anlage von Krasnojarsk macht nur Sinn in einem Netz von nach außen gerichteten Radarsystemen, die die ganze Sowjetunion abdecken und als Grundlage

1) Vgl. W. Kaltefleiter/U. Schumacher, Europas Interesse an SDI: Primat der Sicherheitspolitik, in: Europäische Wehrkunde, Juni 1986.

2) Für einen Überblick vgl.: SDI: Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten, Dokumentation, hrsg. v. Bundesminister der Verteidigung, Bonn, Juni 1986; J. E. Larson/W. C. Bodie, The Intelligent Layperson's Guide to „Star Wars“, National Strategy Information Center, New York 1986.

3) Protokoll der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Bonn, 10. 12. 1985, Anhörung zur Strategischen Verteidigungsinitiative; H. J. Veen/P. R. Weilemann (Hrsg.), Standpunkte zu SDI in Ost und West, Forschungsbericht 49 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1985. Vgl. auch: Bonner Friedensforum e. V., Heft 5, SDI oder ‚Krieg der Sterne‘, Bonn, April 1986, insbesondere S. 117 ff., sowie E. Pond, The Security Debate in West Germany, in: Survival, Vol. XXVIII, Nr. 4, 1986, S. 322—336.

4) Eingehend dazu: W. R. Van Cleave, Fortress USSR, Stanford 1986, S. 17 ff. Für einen Überblick s. H. Rühle, Tschernenkos ‚Krieg der Sterne‘, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22. 1. 1985, S. 9, sowie Department of Defense (Hrsg.), Soviet Military Power 1986, Washington, D. C., 1986, S. 41 ff., und Department of Defense and Department of State (Hrsg.), Soviet Strategic Defense Programs, Oktober 1985²⁾.

5) R. Reagan, Strategic Modernization, To the Congress of the United States, published by the White House, June 1986.

6) Department of Defense (Hrsg.), Soviet Military Power 1985, Washington, D. C., 1985, S. 48.

7) A. Chalfont, SDI: The Case for the Defence, London 1985 (Institute for European Defence and Strategic Studies, Occasional Paper No. 12), S. 32.

eines Raketenabwehrsystems einfliegende Raketen erfassen können⁸⁾.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß die Sowjetunion seit etwa zehn Jahren über ein getestetes ASAT-System verfügt⁹⁾, das seitdem die militärisch relevanten Kommunikationssatelliten der westlichen Allianz bedroht; die USA haben einen ersten Test mit einer gegen einen Satelliten gerichteten Rakete im Sommer 1985 erfolgreich durchgeführt¹⁰⁾. Diese ASAT-Kapazität würde im Konzept strategischer Verteidigung besondere Bedeutung erhalten, und zwar sowohl zur Bedrohung amerikanischer raumgestützter Systeme als auch zum Schutz entsprechender sowjetischer Systeme¹¹⁾.

Wichtiger als diese sicherheitspolitischen Einzelheiten ist jedoch, daß die Sowjetunion in ihrer politischen und militärischen Strategie den Gedanken der wechselseitig garantierten Zerstörung, der die konzeptionelle Grundlage des ABM-Vertrages war, nie akzeptiert hat¹²⁾. Der Schutz des eigenen Landes, d. h. im Falle eines Konfliktes das Territorium der Sowjetunion wenn möglich als ein Sanktuarium zu erhalten, hat im strategischen Denken der Sowjetunion stets Priorität gehabt¹³⁾. Dem entspricht es, daß die Sowjetunion ein dichtes Netz der Luftverteidigung aufgebaut und ständig auf neuestem Stand gehalten hat. Ebenfalls gehören die vielfältigen Maßnahmen zur Zivilverteidigung in dieses Konzept¹⁴⁾. Im sowjetischen strategischen Denken bedeutet die Entwicklung von strategischen Verteidigungssystemen nichts anderes, als die Nutzung moderner Technologie zur Verwirklichung eines traditionellen Zieles.

⁸⁾ Vgl. Arms Control and Disarmament Agency, Soviet Noncompliance, Washington, D. C., 1. 2. 1986, sowie Department of Defense (Hrsg.), Soviet Military Power 1986 (Anm. 4), S. 43.

⁹⁾ A. Chalfont (Anm. 7), S. 20.; U. Schumacher, Rüstungskontrolle als Instrument sowjetischer Außenpolitik, Herford 1984, S. 158; vor allem auch J. Tirman (Hrsg.), SDI. Der Krieg im Weltraum, Bern—München—Wien 1985, S. 167 ff.

¹⁰⁾ Siehe „U. S. ASAT Test Successful“ (am 13. 9. 85), in: Facts on File (World News Digest with Index) 45 (1985), Nr. 2339, S. 690.

¹¹⁾ Vgl. W. J. Durch (Hrsg.), National Interests and the Military Use of Space, Cambridge, Mass., 1984, hier insbesondere die Beiträge von G. J. Jelen, Space Vulnerabilities and Countermeasures, S. 89 ff., und D. L. Haffner, Approaches to the Control of Antisatellite Weapons, S. 239 ff. Department of Defense and Department of State (Anm. 4), S. 16.

¹²⁾ Vgl. U. Schumacher, Rüstungskontrolle als Instrument sowjetischer Außenpolitik, in: Werner Kaltefleiter (Hrsg.), Schriftenreihe ‚Libertas Optima Rerum‘ des Instituts für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Herford 1984, S. 39 u. S. 115.

¹³⁾ Vgl. J. D. Douglas/A. M. Hoerber, Soviet Strategy for Nuclear War, Stanford 1979; T. W. Wolfe, Sowjetische Militärstrategie, Köln—Opladen 1967.

¹⁴⁾ Department of Defense and Department of State (Anm. 4), S. 21.

Daraus folgt, daß die Entscheidungssituation für die USA und ihre Verbündeten nicht lautet, ob sie strategische Verteidigungssysteme in die internationale Politik einführen oder nicht, sondern ob sie der Sowjetunion ein Monopol bei dieser Technologie überlassen wollen, oder ob sie bereit sind, ihrerseits solche Systeme zu entwickeln. Das heißt im ersten Schritt, die technologischen Optionen zu erforschen, um damit die Voraussetzungen zu schaffen, um solche Systeme in einem zweiten Schritt auch einführen zu können, wenn die politische Entwicklung dies erfordert.

Kritiker sehen bereits in diesen Forschungsarbeiten ein weiteres Drehen an der sogenannten Rüstungsspirale, das quasi automatisch zur beiderseitigen Entwicklung von Systemen strategischer Verteidigung führen würde. Dies aber müsse und könne durch Rüstungskontrollpolitik verhindert werden¹⁵⁾. Auch wenn man mit der Zielsetzung dieser Überlegungen übereinstimmt, bleibt, daß die Komplexität der Entwicklung die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle überfordert: Wie bereits bei der Beschreibung der sowjetischen Aktivitäten dargelegt, sind zahlreiche Maßnahmen, die der strategischen Verteidigung dienen können, mit dem ABM-Vertrag vereinbar. Der erste Schritt einer umfassenden Rüstungskontrollpolitik gegen strategische Verteidigung müßte also in einer Neuformulierung des ABM-Vertrages bestehen. Da die Technologien zum Schutz gegen Flugkörper unterschiedlicher Reichweite sehr ähnlich sind, müßte eine solche Formulierung praktisch jede Form der Luftverteidigung ausschließen. Dies aber hätte schwerwiegendste Konsequenzen gerade auch für die konventionelle Verteidigungsfähigkeit Europas und liegt sicher nicht im Interesse Europas im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen.

Ein zweites kommt hinzu: Der Übergang von Forschung zu Versuchssystemen und ersten anwendbaren Systemen ist fließend, woraus sich unlösbare Verifikationsprobleme ergeben. Der wissenschaftliche Durchbruch, der letztlich strategische Verteidigung ermöglichen könnte, wird möglicherweise in der Entwicklung eines Computerchips liegen. Dies aber bedeutet, daß ein effizientes Verifikationssystem einen Kontrollapparat über Wissenschaft und Forschung legen würde, der mit dem Gedanken einer freien Gesellschaft unvereinbar ist — und über die Aufgeschlossenheit der Sowjetunion gegenüber einem solchen

¹⁵⁾ Siehe u. a. S. Drell et al., The Reagan Strategic Defense Initiative: A Technical, Political and Arms Control Assessment, Stanford 1984 (Center for International Security and Arms Control); M. C. G. Bundy et al., The President's Choice: Star Wars or Arms Control, in: Foreign Affairs, 63 (1984/85) 2, S. 264 ff.; E. Bahr, Ost und West als Partner der gemeinsamen Sicherheit, in: Europäische Wehrkunde, 34 (1985) 3, S. 141 ff.

Kontrollsystem sind Illusionen offensichtlich wenig angebracht.

Letztlich wird auch in diesem Bereich die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte neuer Ideen und neuer Technologien sich fortsetzen. Nichts spricht für die Annahme, daß die neuen Technologien, die strategische Verteidigung ermöglichen könnten und die aus der Komplexität einer modernen Industriegesellschaft erwachsen, durch politische Maßnahmen verhindert werden könnten. Schließlich waren solche Maßnahmen in der Vergangenheit nicht in der Lage, die Entwicklung wesentlich einfacherer Systeme zu verhindern¹⁶⁾.

Gegenüber solchen Zweifeln kann allerdings eingewandt werden¹⁷⁾, daß im Zusammenhang mit den revolutionären technologischen Entwicklungen, die als Ergebnis der Arbeiten an strategischer Verteidigung erwartet werden können, auch Aufklärungssysteme entstehen können, die heute noch unvorstellbare Verifikationschancen eröffnen. Dabei ist allerdings daran zu erinnern, daß Verifikation, wenn sie politisch etwas bedeuten soll, nicht nur das Erkennen einer Vertragsverletzung beinhalten darf, sondern auch Mittel zur Verfügung stellen muß, um die Vertragsverletzung zu verhindern oder rückgängig zu machen. Wie gerade die jüngste amerikanische Diskussion über vielfältige sowjetische Vertragsverletzungen in den letzten Jahren zeigt, sind derartige politische Instrumente auch in Ansätzen nicht erkennbar¹⁸⁾.

¹⁶⁾ Zur allgemeinen Problematik s. W. Kaltefleiter/U. Schumacher, Rüstungskontrolle — ein Irrweg?, München 1984.

¹⁷⁾ U. Nerlich, Folgerungen aus SDI für Strategie, Rüstungskontrolle und Politik. Zum Entscheidungsbedarf der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa Archiv, (1986) 4, S. 94, sieht andere positive Auswirkungen von SDI auf die gesamte Rüstungskontrollpolitik. Er betont, daß die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen Folge von SDI ist, und glaubt, daß im Rahmen einer eventuellen kooperativen Einführung von Verteidigungssystemen erhebliche Reduzierungen in den Offensivwaffen erreicht werden könnten. Diese Aussage impliziert zunächst, daß auch Nerlich eine Verhinderung von strategischer Verteidigung durch Rüstungskontrollpolitik für nicht möglich hält. Darüber hinaus ist seiner ersten These sicher zuzustimmen: Die Sowjets versuchen, das amerikanische SDI wegzuverhandeln und hoffen dabei auf Unterstützung durch die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien. Die Vision von einem umfassenden Abkommen zur Einführung von Verteidigungssystemen und gleichzeitiger Reduktion von Offensivwaffen scheint jedoch recht spekulativ. Zahlreiche Szenarien sind denkbar.

¹⁸⁾ Vgl. „The President's Report to the Congress on Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements“, January 23, 1984; „The President's Unclassified Report to the Congress on Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements“, February 1, 1985, und „The President's Unclassified Report to Congress on Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements“, December 23, 1985, sowie schließlich Arms Control and Disarmament Agency, Soviet Noncompliance (Anm. 8). Für eine politische Diskussion s. W. Kaltefleiter, Politische

Für Europa im allgemeinen und für die Bundesrepublik im besonderen ist diese fast philosophische Frage über die Chancen von Rüstungskontrollpolitik in der Phase einer technologischen Revolution zumindest zunächst von untergeordneter Bedeutung. Sie mag Gegenstand von bündnisinternen Konsultationen sein. Die europäische Entscheidungssituation aber ist eine andere: Die Vereinigten Staaten haben entschieden, die sowjetische Herausforderung in diesem Technologiewettbewerb anzunehmen¹⁹⁾. Was Präsident Reagan aus innenpolitischen Gründen eine strategische Verteidigungsinitiative genannt hat, ist in Wirklichkeit eine Reaktion auf die sowjetischen Aktivitäten in diesem Bereich²⁰⁾. Innenpolitisch kontrovers ist diese Initiative zu einem Forschungsprogramm in den USA als solche nicht. Die vorhandenen Kontroversen sind beschränkt auf die Höhe der jährlich zu bewilligenden Mittel und damit auf das Tempo des Forschungsprogramms. Das innenpolitische Meinungsspektrum schwankt dabei zwischen Auffassungen, ob jährlich ca. 1% oder 2% des Verteidigungshaushaltes für dieses Forschungsprogramm zur Verfügung gestellt werden sollen²¹⁾.

Es wäre allerdings verfehlt, die Begründung für die Entwicklung von strategischer Verteidigung ausschließlich in der Reaktion auf die sowjetische Initiative in diesem Bereich zu sehen. Zwei weitere wesentliche Argumente kommen hinzu:

1. Sowjetische Offensivwaffen bedrohen sowohl die konventionelle Verteidigung Europas als auch für die Abschreckung wichtige militärische Einrichtungen. Sie unterliegen dem Risiko eines sowjetischen Erstschlages. Gegen diese potentielle sowjetische Erstschlagskapazität hilft keine Anhäufung weiterer Offensivwaffen, sondern am besten Abwehrsysteme gegen die sowjetischen Offensivwaffen²²⁾.

2. In den freien Gesellschaften, insbesondere in Westeuropa, ist eine deutliche Erosion des Konsenses über die gegenwärtige Strategie zu beobachten, die auf nuklearer Abschreckung und

Implikationen Strategischer Verteidigung, in: Zeitschrift für Politik, 32 (1985) 1, S. 8 ff., hier S. 17; A. Katz, After Detection — So What?, in: R. F. Staar (Hrsg.), Arms Control: Myth versus Reality, Stanford 1984, S. 166 ff.

¹⁹⁾ Department of State (Hrsg.), Die Strategische Verteidigungsinitiative, Washington, D. C., Januar 1985, S. 9.

²⁰⁾ Department of Defense and Department of State (Anm. 4); vgl. auch P. H. Nitze, The Impact of SDI on U. S.—Soviet Relations, in: Current Policy, No. 830, Published by the United States Department of State, Washington, May 1986.

²¹⁾ Siehe dazu W. Schreiber, Die Strategische Verteidigungsinitiative. Vorgeschichte, Konzeption, Perspektiven, (Konrad-Adenauer-Stiftung, Forschungsbericht 45) Melle 1985, S. 47.

²²⁾ Office of Technology Assessment (=OTA) (Hrsg.), Strategic Defenses. Two Reports, New Jersey 1986, S. 17 ff.

wechselseitig garantierter Zerstörung beruht²³). In der Bevölkerung wächst der Widerstand gegen eine Politik, die die eigene Bevölkerung als Geisel für die eigene Friedfertigkeit hält. Damit verzichten die Staaten auf eine ihrer ursprünglichsten Aufgaben, nämlich den Schutz der eigenen Bevölkerung gegen eine äußere Bedrohung. Strategische Verteidigung ist in diesem Sinne die Wiedererrichtung von Schutzwällen mit modernster Technologie²⁴).

Daraus folgt für die europäische Entscheidungssituation, daß es ausschließlich um die Frage geht, ob und wenn ja in welcher Form europäischen Interessen durch welche Form der Beteiligung Rechnung getragen werden kann. Auch in dieser Frage muß Europa wieder einmal erkennen, daß die Zeit vorbei ist, in der europäische Länder entscheiden konnten, ob und wo wann was geschieht, sondern daß die europäische Entscheidungssituation auf die Frage reduziert ist, wie in welcher Form Einfluß genommen werden kann, damit europäische Interessen berücksichtigt werden. Alles andere wäre europäische Hybris.

Dies aber bedeutet: Eine Einladung zur Beteiligung an der Forschung zur strategischen Verteidigung der Sowjetunion gibt es nicht, und auch die politischen Kreise in Europa, die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion mit größter Aufgeschlossenheit entgegensehen, erwarten eine solche Einladung nicht und halten sie auch nicht für erreichbar. Damit reduziert sich die europäische Entscheidungssituation auf die Frage, ob und wie eine Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm in Frage kommt.

Dem wird entgegengehalten, daß es auch die Alternative eines eigenen europäischen Forschungsprogramms gibt, ja viele glauben, man solle der amerikanischen Verteidigungsinitiative eine europäische gegenüberstellen, die sich auf die gerade für Europa relevanten Bereiche konzentriert.

Verteidigungsminister Manfred Wörner hat seinerseits die Initiative für eine erweiterte Luftverteidigung ergriffen und dafür die grundsätzliche Zustimmung der Verbündeten gefunden²⁵). Daß solche Möglichkeiten für eine europäische selbst-

²³) Vgl. z. B. K. H. Biedenkopf, Die Akzeptanz einer Friedenssicherung mit Waffen, in: P.-K. Würzbach (Hrsg.), Die Atomschwelle heben. Moderne Friedenssicherung für Übermorgen, Koblenz 1983, S. 53 ff.

²⁴) Eingehend dazu: W. Kaltefleiter, Strategic Defense on the Broader Historical Stage, in: Strategic Review, 13 (1985) 3, S. 14 ff.

²⁵) M. Wörner, A Missile Defense for NATO Europe, in: Strategic Review, Vol. 14 (1986) 1, S. 13 ff., insbes. S. 15 f.; siehe auch: P. Wilson, A Missile Defense for NATO: We Must Respond to the Challenge, in: Strategic Review, Vol. 14 (1986) 2, S. 9 ff., insbes. S. 12, sowie S. Menaul, Nato and, Ballistic Missile Defense, in: Global Affairs, (1986) 3, S. 12 ff.

ständige Rolle bestehen, ist im Prinzip richtig²⁶). Wesentlich ist die Art der Koordination mit den amerikanischen Bemühungen. Zunächst darf nicht übersehen werden, daß für die entsprechenden Verteidigungsanforderungen in Europa und für die strategische Verteidigung, wie sie die USA konzipiert haben, weitgehend dieselben Technologien gefragt sind²⁷). Zu ihrer Entwicklung sind über mehrere Jahre hinweg Summen erforderlich, die jährlich nur 1—2% des amerikanischen Verteidigungshaushaltes erfordern. Dieser Aufwand entspricht aber immerhin 3—6% der europäischen Verteidigungsanstrengungen. Dabei handelt es sich absolut um Beträge, die — wenn auch über mehrere Jahre verteilt — höher sind als der jährliche Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland. Derartige Beträge in unkoordinierter Parallelität auszugeben, kann kein demokratischer Politiker verantworten. So reduziert der ökonomisch-finanzpolitische Sachzwang die europäische Option erneut, und zwar auf die Frage des Ob und Wie einer Beteiligung am amerikanischen Programm.

Eine europäische Verteidigungsinitiative kann sinnvoll keine Alternative zu SDI sein, sondern nur eine mit den amerikanischen Anstrengungen eng verknüpfte Ergänzung. Dabei ist es dann letztlich eine politisch-taktische Frage, wie man die europäische Beteiligung nennt. Angesichts der Grundsatzdiskussion, die die amerikanische Initiative ausgelöst hat, und der z. T. bewußten Mißverständnisse, wie sie der von Senator Kennedy geprägte Begriff „star wars“ nahelegt, scheint es sinnvoll zu sein, für wichtige Teilaspekte sich begrifflich von SDI zu lösen, wie Manfred Wörner dies mit seiner Initiative zur erweiterten Luftverteidigung getan hat. Der Begriff „Europäische Verteidigungsinitiative“ provoziert darüber hinaus das Mißverständnis, daß es sich hier um etwas Eigenständiges, im Wettbewerb zu den USA Stehendes handelt, obwohl dies von den Initiatoren dieser Gedanken nicht beabsichtigt ist. Auf der anderen Seite ist es unübersehbar, daß die Vereinigten Staaten nicht nur an einer Mitwirkung europäischer — sowie japanischer und israelischer — Technologie interessiert sind, sondern Wert auf die politische Unterstützung der Verbündeten für das Konzept der strategischen Verteidigung legen. Dies alles legt eine Doppelstrategie nahe: Einerseits eine formelle Beteiligung an SDI, andererseits die Forcierung eigener Anstrengungen mit eigenen Mitteln, wie es das Konzept der erweiter-

²⁶) Siehe z. B. High Frontier Europa (Hrsg.), The European Defense Initiative EDI, Some Implications and Consequences, Rotterdam 1985; s. auch W. Schütze, SDI oder EUREKA?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 30 ff., bes. S. 35 ff., und: Forum Zukunft e. V., Europäische Verteidigungsinitiative, Ottobrunn 1985.

²⁷) Vgl. Kap. II: „Sicherheitspolitische Implikationen“.

ten Luftverteidigung vorsieht. Angesichts einer Öffentlichkeit, die jede sicherheitspolitische Innovation der Allianz als eine Provokation der Sowjetunion versteht und neue Rüstungsmaßnahmen der Sowjetunion zu übersehen tendiert, ist es politisch klug, solche Innovationen als Fortschreibung bestehender Konzepte zu verstehen, wie dies für die erweiterte Luftverteidigung in der Tat gilt. Schon diese Entscheidungssituation verlangt eine Mitwirkung Europas an den Forschungs-

arbeiten zur strategischen Verteidigung. Darüber hinaus sind die inhaltlichen Interessen Europas zu definieren. Gilt allein das Prinzip, daß die Beteiligung an sich schon wertvoll und wichtig ist, oder gibt es auch bestimmte Ziele, die durch die Beteiligung erreicht werden können? Die Argumente, die dazu in dieser Entscheidungssituation relevant sind, lassen sich in sicherheitspolitische und ökonomische unterteilen²⁸⁾.

II. Sicherheitspolitische Implikationen

Das amerikanische Konzept zur strategischen Verteidigung sieht nach den bisherigen Vorüberlegungen ein vierstufiges Raketenabfangnetz vor²⁹⁾: Ein erster Abfangversuch soll bereits in der Startphase der gegnerischen Raketen unternommen werden, wenn der noch brennende Raketenantrieb die Ortung erleichtert (die sogenannte boostphase = Startphase). Ein zweiter Versuch zur Zerstörung der gegnerischen Rakete soll unmittelbar im Anschluß an die Startphase erfolgen (post boostphase = Separationsphase), bevor die einzelnen Sprengköpfe sich von der Rakete getrennt haben. Beide Phasen dauern jeweils nur etwa zwei bis fünf Minuten; sie haben jedoch den großen Vorteil, daß in diesen Phasen mit der Zerstörung einer Rakete bis zu zehn oder auch mehr Sprengköpfe unschädlich gemacht werden könnten.

Die dritte Flugphase (genannt mid-course phase = Distanzphase) dauert am längsten, ca. 25 Minuten; in ihr ist allerdings die Ortung der nun selbständig ihr Ziel suchenden Sprengköpfe am schwierigsten. Zudem besteht in dieser Phase die Notwendigkeit, Sprengköpfe von Attrappen zu unterscheiden. An sie schließt sich die letzte Phase (genannt terminal phase = Endphase) mit dem Wiedereintritt des Sprengkopfes in die Atmosphäre an, in der der letzte Versuch unternommen werden soll, jene restlichen Sprengköpfe abzufan-

gen, die die drei vorausgegangenen Abwehrketten durchdrungen haben.

Nach den bisherigen Forschungsarbeiten scheinen Lasersysteme geeignet zu sein, die Abwehraufgaben in der ersten und zweiten Phase zu übernehmen, wobei die Frage offen ist, ob bodengestützte Laserenergiequellen mit entsprechenden Spiegeln im Raum oder im Raum gestützte Energiequellen geeigneter sind³⁰⁾. Für die dritte Phase scheinen raumgestützte Teilchenstrahler eine Lösung zu bieten, da diese auch die Fähigkeit haben, Sprengköpfe von Attrappen zu unterscheiden³¹⁾. Im Gegensatz dazu muten die extrem schnellen Abfangraketen (Systeme, die auf der Grundlage kinetischer Energie wirken) für die letzte Phase fast wie konventionelle Technologie an³²⁾.

Für alle Phasen bestehen darüber hinaus drei zentrale Probleme: Die Abfangsysteme selbst unverwundbar zu halten, die anfliegenden gegnerischen Raketen frühzeitig zu orten und ihre Flugbahnen zu berechnen, sowie die Koordination und Steuerung der Abwehrsysteme, insbesondere bei einer großen Zahl anfliegender Systeme³³⁾.

Bemerkenswert an diesen Technologien ist, daß sie — im Gegensatz zu den meisten Waffensystemen — sinnvoll ausschließlich defensiv genutzt werden können. Dazu drei Beispiele für die wichtigsten Ansätze: Ein Laserstrahl, der die Atmosphäre zu durchdringen vermag und damit eine

²⁸⁾ Für einen Überblick vgl. N. C. Brown, *The Strategic Defense Initiative and European Security*, A Conference Report, Published by the Rand Corporation, January 1986.

²⁹⁾ Vgl. *The President's Strategic Defense Initiative*, Washington, D. C., January 1985, sowie R. Jastrow, *How to Make Nuclear Weapons Obsolete*, Boston—Toronto 1985; *The Director, Strategic Defense Initiative Organization, SDI, A Technical Progress Report*, submitted to the Secretary of Defense, Washington, D. C., June 1985. S. auch Congressional Research Service, *The Strategic Defense Initiative: Program Description and Major Issues*, von C. Di Maggio, A. F. Manfredi und S. A. Hildreth, Washington, D. C., January 7, 1986; vgl. auch A. Graf von Rothenburg/R. Wäsche, *SDI: Aufbruch zu einer neuen Dimension der Sicherheit?*, Bonn 1986.

³⁰⁾ Vgl. OTA Report, S. 146 ff.

³¹⁾ *The Director, Strategic Defense Initiative Organization* (Anm. 29), S. 15 ff.

³²⁾ Ebd., S. 198 ff.; vgl. auch H. H. Mey, *Technologie der Raketenabwehr. Entwicklungsstand und Probleme — eine Übersicht*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 22 (1984) 6, S. 520 ff.; S. Weiner, *Systems and Technology*, in: A. B. Carter/D. N. Schwartz (Hrsg.), *Ballistic Missile Defense*, Washington 1984, S. 49 ff.

³³⁾ Diese Problembereiche und Lösungskonzeptionen sind zu Beginn des amerikanischen Forschungsprojektes in fünf sogenannten Architektur-Studien skizziert worden, die die Grundlagen für die weiteren Forschungsarbeiten bilden; s. dazu F. S. Hoffmann, *Ballistic Missile Defense and U. S. National Security (Future Security Strategy Study, FSSS)*, Summary Report 10/1983.

	Startphase	Separationsphase	Distanzphase	Endphase
Zahl der Bedrohungssysteme	1 000 Raketen à 10 Sprengköpfe	100 Raketen = 1 000 Sprengköpfe (400 R = 4 000 S)	100 000 Sprengköpfe u. Attrappen	10 000 Sprengköpfe + Attrappen (40 000 S + A)
Zahl der überlebenden Systeme	100 Raketen = 1 000 Sprengköpfe (400 R = 4 000 S)	10 Raketen = 100 Sprengköpfe (160 R = 1 600 S)	10 Sprengköpfe (640 S)	1 Sprengkopf (256)
Durchlässigkeit	10 % (40 %)	10 % (40 %)	10 % (40 %)	10 % (40 %)

Rakete in der Startphase zerstören könnte, würde, wenn er sein Ziel verfehlte und auf eine sowjetische Stadt trafe, möglicherweise eine walnußgroße Delle in einen Pflasterstein brennen. Der Teilchenstrahl, der von einer Weltraumstation Raketen in ihrer Flugbahn außerhalb der Atmosphäre zerstören kann, kann die Atmosphäre nicht durchdringen und ist schon deshalb gegen Ziele auf der Erde nicht verwendbar. Die schnellen Abfangraketen der letzten Phase schließlich haben nicht die Reichweite, um gegnerisches Territorium zu erreichen. Außerdem tragen sie keine Sprengköpfe, sie zerstören beim Zusammenstoß durch ihre kinetische Energie von Masse und Geschwindigkeit. Neben diesen technischen Einzelheiten wird der ausschließlich defensive Charakter dieser Systeme am besten an folgender Frage deutlich: Wer muß sich rechtfertigen, wenn eine mit nuklearen Sprengköpfen bestückte Rakete abgefangen wird? Der, der die Rakete abgefeuert hat, oder der, der sie abgefangen hat³⁴⁾?

Die sicherheitspolitischen Konsequenzen³⁵⁾ eines solchen mehrstufigen Abwehrnetzes hängen zunächst von seiner Leistungs- und Funktionsfähigkeit ab. Dabei sind drei Denkmöglichkeiten als Ergebnis der Forschungsarbeiten zu unterscheiden:

1. Es gelingt, ein umfassendes Schutzsystem für die USA und ihre Alliierten zu entwickeln. Dies ist als politische Zielsetzung immer wieder genannt worden³⁶⁾. Auch die zentrale politische Begründung für strategische Verteidigung, nämlich

³⁴⁾ Es kann allerdings darauf hingewiesen werden, daß diese Systeme teilweise auch genutzt werden können, um Kommunikationssysteme im Raum auszuscheiden, was im Zusammenwirken mit anderen Waffen einer offensiven Option gleichkommt. Aber auch in diesem Zusammenhang bleibt, daß von den zur strategischen Verteidigung geeigneten Systemen selbst keine Gefährdung von relevanten Zielen auf der Erde ausgeht, die Zerstörung der Kommunikationssysteme kann im übrigen durch andere — einfachere — Mittel erfolgen.

³⁵⁾ W. Kaltefleiter (Anm. 8), S. 8 ff.

³⁶⁾ So schon Präsident Reagan in seiner Rede vom 23. 3. 1983 (abgedruckt u. a. in: Europa Archiv, 38 (1983) 10, S. D 267 ff.; Wireless Bulletin from Washington, Nr. 57, 24. 3. 1983); W. Schreiber (Anm. 21), S. 40.

die Überlebensfähigkeit der betroffenen Länder zu garantieren, geht von dieser Zielsetzung aus. Ein solcher umfassender Schutz für die USA und ihre Verbündeten setzt nicht notwendigerweise voraus, daß 100% aller einfliegender Systeme rechtzeitig abgefangen werden könnten; es scheint heute, daß ein solches „wasserdichtes“ System nicht möglich, aber auch nicht erforderlich ist³⁷⁾. Dies läßt sich wie folgt begründen: Wenn es in jeder Stufe nur gelingen würde, einen relativ hohen Prozentsatz der einfliegenden Systeme zu zerstören, würde es für den Angreifer unberechenbar, welche Ziele er erfolgreich angreifen könnte. Anders formuliert: Ein Angriff auf militärische Ziele würde keinen Sinn mehr machen, da auf jeden Fall eine ausreichende Zweitschlagskapazität der angegriffenen Seite aufrechterhalten bliebe³⁸⁾.

Unterstellt man eine 90% Abfangfähigkeit auf jeder Stufe, so erreicht von 10 000 Sprengköpfen, die von 1 000 Raketen gestartet wurden, nur einer sein Ziel. Aber auch bei einer nur 60% Abfangfähigkeit (Ziffern in den Klammern) ist die Leistungsfähigkeit eines vierstufigen Abfangsystems noch beeindruckend: nur 256 von 10 000 Sprengköpfen erreichen ihr Ziel, was für einen Angriff auf militärische Ziele offensichtlich nicht ausreicht.

Gegen eine solche Argumentation wird eingewandt, daß ein solches Schutzsystem eine veränderte Zielplanung zur Folge hätte: Da militärische Ziele nicht mehr mit ausreichender Erfolgsaussicht angegriffen werden könnten, würde sich die Zielplanung wieder an den Bevölkerungszentren orientieren³⁹⁾. Ein solche Zielplanung ist aber nur für einen vergeltenden Zweitschlag sinnvoll; als Erstschlag würde er nur die Zerstörung des eigenen Landes durch die ungeschmälerte Zweitschlagsfähigkeit des Angegriffenen auslösen. Anders formuliert: Auch ein Abwehrsystem, das keinen 100%igen Schutz bietet, nimmt jedem poten-

³⁷⁾ Vgl. Congressional Research Service (Hrsg.), (Anm. 29), S. 23 f.

³⁸⁾ Siehe dazu A. Chalfont (Anm. 7), S. 21 f.

³⁹⁾ Z. B. J. Tirman, (Anm. 9), S. 152 ff., insbes. S. 154 f.

tiellen Angreifer die militärischen Optionen für einen Erstschlag. Das bedeutet freilich auch, daß bei einem solchen System Nuklearwaffen nicht obsolet werden. Sie würden allerdings in ihrer Funktion begrenzt auf vergeltende Zweitschlagswaffen; sie verlören ihren bedrohenden Charakter als potentielle Erstschlagswaffen. Sicherheit in einer solchen Situation wäre das Ergebnis einer Kombination von Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung.

2. Eine besondere Problematik würde sich ergeben, wenn ein solches Schutzsystem nicht für die USA und ihre Verbündeten, sondern nur für die USA möglich wäre. Dies ist zunächst technologisch unwahrscheinlich. Da die USA grundsätzlich doppelt bedroht werden können, nämlich durch Langstreckensysteme — wie zur Zeit — und durch Kurz- und Mittelstreckensysteme von vor den amerikanischen Küsten getauchten U-Booten, wäre ein amerikanisches Raketenabwehrsystem, das nur gegen Langstreckensysteme wirken würde, sinnlos. Es könnte durch Kurz- oder Mittelstreckensysteme unterlaufen werden. Gerade solche Systeme stellen aber die Bedrohung für Europa dar. Das bedeutet, daß jedes Schutzsystem für die USA Komponenten gegen Kurz- und Mittelstreckensysteme enthalten muß, also Komponenten, die den entsprechenden Schutz in Europa bewirken könnten⁴⁰). Dementsprechend gibt es in der amerikanischen Behörde zur Koordination der Forschung zur strategischen Verteidigung (SDJO) auch eine offizielle Arbeitsgruppe für Kurzstreckensysteme.

Technisch ist es dabei heute noch umstritten, ob Schutzsysteme für größere oder geringere Reichweiten leichter zu erstellen sind. Der Schutz gegen Systeme großer Reichweite wird zwar durch die längere Flugzeit erleichtert, aber der größte Teil dieser Flugzeit fiel in jene dritte Phase, in der Ortung und Unterscheidung von Attrappen besonders schwierig sind. Demgegenüber sind die Systeme kürzerer Reichweite zwar durch extrem kurze Flugzeiten gekennzeichnet, ihre Ortung und die Berechnung ihrer Flugbahnen wird jedoch dadurch erleichtert, daß all die Schwierigkeiten, die sich aus der Erdkrümmung ergeben, nicht oder kaum bestehen⁴¹). Schließlich lassen sich Kurzstreckensysteme wegen der kurzen Flugzeit nicht mit mehreren Sprengköpfen, die unabhängig voneinander auf eigene Ziele gelenkt werden können, ausstatten.

Unabhängig von diesen technischen Problemen und Möglichkeiten würde jedoch auch nur der Gedanke an ein auf die USA beschränktes Schutzsystem zu einer politischen Belastung für das

⁴⁰) Vgl. H. G. Hoffmann, A Missile Defense for Europe?, in: Strategic Review, 12 (1984) 3, S. 45 ff.

⁴¹) Dazu auch W. Schreiber (Anm. 21), S. 27 ff.

Bündnis sondergleichen⁴²). Europa würde damit quasi bündnisoffiziell zu einer Zone minderer Sicherheit erklärt werden. Dabei ist zwischen den militärstrategischen und den politisch-psychologischen Auswirkungen zu unterscheiden. Ausschließlich militärstrategisch gesehen wäre in einem solchen Fall die Glaubwürdigkeit der Bündnisgarantie, die von einer zu ihrer eigenen Verteidigung fähigen USA ausgesprochen würde, größer als heute. All die Zweifel, die in den letzten ca. 25 Jahren an der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Europa geäußert wurden, gingen von der nuklearen Verwundbarkeit der USA aus. Insofern könnte man unter militärstrategischem Aspekt argumentieren, daß es gerade auch im europäischen Interesse läge, wenn wenigstens Nordamerika geschützt werden könnte. Aber ein solches militärstrategisch zwar rationales Argument vernachlässigt das innenpolitische Umfeld in Europa, in dem zwangsläufig ein einseitiger Schutz für Nordamerika als Rückzug der USA aus ihrer Bündnisverpflichtung in Europa betrachtet würde.

Daraus ergibt sich das erste zentrale inhaltliche Interesse der Europäer bei einer Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur strategischen Verteidigung: Durch ihre Mitwirkung die simultane Entwicklung von Schutzsystemen gegen Angriffswaffen unterschiedlicher Reichweiten sicherzustellen.

3. In der Diskussion über die Möglichkeiten strategischer Verteidigung wird darauf hingewiesen, daß möglicherweise die Technologien zuerst verfügbar sein werden, die in der Tradition der ABM-Diskussion der sechziger Jahre stehen. Dabei handelt es sich um Systeme zum Abfangen von Raketen in der letzten Flugphase. Sie sind nicht zur flächendeckenden, sondern nur zur Punktzielverteidigung geeignet⁴³). Es ist denkbar, daß in einer längeren Entwicklungsphase von strategischen Verteidigungssystemen am Anfang nur solche Punktverteidigungssysteme zur Verfügung stehen könnten⁴⁴).

Als Argument für solche begrenzten Verteidigungssysteme wird darauf hingewiesen, daß ein zentrales Problem der Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen Abschreckungsstrategie die Verwundbarkeit der landgestützten amerikanischen Langstreckensysteme ist. Vergeblich haben die USA in den Rüstungskontrollverhandlungen bislang versucht, dieses Problem durch eine substantielle Reduzierung der sowjetischen sogenannten

⁴²) Vgl. W. Kaltefleiter (Anm. 8), S. 20 f.

⁴³) Ausführlich eingehend dazu Institute for Foreign Policy Analysis, Inc. (Hrsg.), U. S. Strategic-Nuclear Policy and Ballistic Missile Defense: The 1980s and Beyond. A Conference Report III, Cambridge, Mass., 1979.

⁴⁴) Vgl. Congressional Research Service (Anm. 29), S. 23.

schweren Systeme zu lösen⁴⁵). Eine Punktzielverteidigung wäre eine Antwort auf diese von den sowjetischen schweren Raketen ausgehende Bedrohung.

Auch in diesem Bereich gibt es jedoch eine parallele Bedrohung in Europa: Zunächst mit der Mittelstreckenwaffe SS-20, dann auch mit der Stationierung der Kurzstreckensysteme SS-21, SS-12/22, SS-23 in der DDR und CSSR, und schließlich mit der Bereitstellung von konventionellen und chemischen Sprengköpfen für diese drei Systeme hat sich die Sowjetunion eine neue nukleare wie auch konventionelle Option geschaffen. Sie könnte wichtige militärische Ziele in Europa ausschalten und damit die konventionelle Verteidigungsfähigkeit Europas in ihrer Substanz treffen. Von besonderer politischer Bedeutung ist dabei, daß dies auch mit konventionellen Sprengköpfen, also unterhalb der sogenannten nuklearen Schwelle, geschehen könnte⁴⁶).

Eine solche Bedrohung zentraler militärischer Ziele (z. B. Flugplätze, Munitionsdepots, Kommandozentralen, etc.) durch die sowjetische Luftwaffe hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Unter anderem aus diesem Grunde gibt es in Europa — anders als in den USA — eine lange Tradition der Luftverteidigung, die zuletzt wieder durch die Einführung der Roland/Patriotsysteme erheblich modernisiert worden ist⁴⁷). Daraus ergibt sich heute die fast schizophrene Situation, daß dieselben militärischen Ziele zwar mit erheblichem Aufwand gegen Flugzeuge, nicht aber gegen Raketen, und zwar auch nicht gegen solche mit konventionellen Sprengköpfen, verteidigt werden könnten. Auch die Antwort auf dieses Problem kann die Entwicklung von Punktzielverteidigung sein. Die Technologien zum Schutz der amerikanischen Minuteman, deutscher Munitionsdepots und britischer Flugplätze sind weitgehend identisch⁴⁸). Daraus ergibt sich das zweite europäische Interesse bei der Beteiligung an der Forschung zur strategischen Verteidigung — nämlich sicherzustellen, daß auch Punktverteidigungssysteme simultan für die bedrohten Ziele in Europa und den USA entwickelt werden⁴⁹).

Unabhängig von diesen parallelen Problemfeldern in den USA und in Europa existiert eine weitere Bedrohungsform in Europa. Angesichts der Entwicklungsarbeiten in der Sowjetunion und

später auch in den USA ist es nur realistisch anzunehmen, daß beide Seiten in vergleichbaren Zeiträumen vergleichbare Systeme zur strategischen Verteidigung entwickeln werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn über die Einführung solcher Systeme in Rüstungskontrollverhandlungen Vereinbarungen erzielt werden könnten. Je wirksamer solche strategischen Verteidigungssysteme wären, desto größer würde die Bedeutung des konventionellen Ungleichgewichtes in Europa. Seit Mitte der fünfziger Jahre hat die NATO versucht, ihre konventionelle Unterlegenheit in Europa durch nukleare Optionen zu kompensieren — wobei die Glaubwürdigkeit dieser nuklearen Optionen in den letzten Jahren allerdings fragwürdig geworden ist. Mit der Einführung von Verteidigungssystemen gegen Systeme unterschiedlicher Reichweite wird diese Kompensation nicht mehr möglich. Das konventionelle Ungleichgewicht in Europa erhielt dann strategische Bedeutung.

Angesichts der Wirtschaftskraft der NATO-Länder ist es natürlich theoretisch möglich, dieses Ungleichgewicht durch umfassende konventionelle Nachrüstung auszugleichen — wie die NATO dies schon einmal auf ihrer Lissabonner Konferenz 1952 beschlossen, aber nie durchgeführt hat. Es ist aber nicht realistisch anzunehmen, die westlichen Demokratien würden dieses Mal politisch in der Lage sein, die für ein konventionelles Gleichgewicht notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Deshalb wird die Antwort auf das bestehende konventionelle Ungleichgewicht wiederum in neuen Technologien gesucht werden müssen⁵⁰).

In der Suche nach solchen neuen Technologien liegt eine weitere Bedeutung der Forschung zur strategischen Verteidigung und ein drittes europäisches Interesse bei einer solchen Beteiligung. Zahlreiche Technologien, die für strategische Verteidigung entwickelt werden mögen, könnten in dieser oder jener Form Bedeutung auch für die konventionelle Verteidigung erhalten: Lasersysteme und elektromagnetische Kanonen mögen die Panzerabwehrwaffen von morgen sein; die Aufklärungssysteme, die startende Raketen ohne Zeitverlust orten, könnten jedem potentiellen Angriff das Element der Überraschung nehmen; Computer, die die Verteidigung gegen Tausende von Sprengköpfen und Attrappen koordinieren, werden auch Feuerleitsysteme für konventionelle Waffen von bisher nicht gekannter Schnelligkeit ermöglichen. Es ist von zentralem europäischem Interesse, durch eine Beteiligung an der For-

⁴⁵) Vgl. U. Schumacher (Anm. 12), S. 132 ff., jüngst dazu eingehend: A. Codevilla, *Strategie Defense Now*, in: *Global Affairs*, (1986) 3, S. 17 ff.

⁴⁶) M. Wörner (Anm. 25), S. 13 ff., insbes. S. 15 f., siehe auch: P. Wilson (Anm. 25), S. 9 ff., insbes. S. 12.

⁴⁷) Siehe dazu H. G. Hoffmann (Anm. 40), S. 51 f.

⁴⁸) Vgl. J. K. Davis/R. L. Pfaltzgraff, Jr., *Strategic Defense and Extended Deterrence: A New Transatlantic Debate*, Cambridge, Mass., and Washington, D. C., February 1986.

⁴⁹) In diesem Sinne auch M. Wörner (Anm. 25), S. 17.

⁵⁰) Siehe dazu D. Greenwood, *Strengthening Conventional Deterrence Doctrine: New Technologies and Resources*, in: *NATO Review*, 32 (1984) 4; vgl. auch die beiden ESECS Studien: *Report of the European Security Study, Strengthening Conventional Deterrence in Europe, Proposals for the 1980s* (London 1983) und *A Program for the 1980s* (Boulder, Col., 1985).

schung zur strategischen Verteidigung die Nutzung derartiger neuer Technologien für die konventionelle Verteidigung simultan zu sichern.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß es ein dreifaches sicherheitspolitisches Interesse der Europäer gibt, dem ihre Beteiligung an dem amerikanisch initiierten Forschungsprogramm zur strategischen Verteidigung dient. Primär aus geopolitischen Gründen, also insbesondere wegen der Grenzlage der Bundesrepublik Deutschland, aber auch wegen der wirtschaftlichen und technologischen Führungsrolle der Bundesrepublik in Europa sind dabei die deutschen Interessen im europäischen Verbund am ausgeprägtesten. Daraus folgt aber auch, daß die europäischen Interessen nur durch ein engagiertes deutsches Mitwirken verwirklicht werden können. Gerade deshalb sind die diskutierten europäischen Interessen bei den Forschungen zur strategischen Verteidigung auch traditionelle deutsche Interessen:

— Die Einheit des Bündnisses durch die Entwicklung von gleichwertigem Schutz für alle Teile der Allianz;

— die Glaubwürdigkeit der Abschreckung durch den Schutz wichtiger militärischer Einrichtungen auf beiden Seiten des Atlantiks;

— die Nutzung von Technologien, die für die strategische Verteidigung entwickelt werden, zur Überwindung des konventionellen Ungleichgewichts in Europa.

Dies aber verdeutlicht zugleich, daß die in der Diskussion um die strategische Verteidigung aufgetauchten Fragen nur die alten Strukturprobleme der Allianz in neuer Form aufwerfen.

Seit ihrer Gründung war es das politische Problem der Allianz, glaubwürdig deutlich zu machen, daß Europa und Amerika nicht Zonen unterschiedlicher Sicherheit sind. Mit dem Konzept der Abschreckung untrennbar verbunden ist die Notwendigkeit, die dazu erforderlichen militärischen Einrichtungen zu schützen. Mit neuer Technologie quantitative Unterlegenheit auszugleichen, war stets die Politik der Allianz⁵¹). So verlangen die alten Strukturprobleme der Allianz eine Antwort, die der technologischen Revolution entspricht, die durch das Konzept der strategischen Verteidigung zu erwarten ist. Daß dies geschieht, ist das deutsche und europäische Interesse bei der Beteiligung an der Forschung zur strategischen Verteidigung.

III. Ökonomische Implikationen

Zur Verwirklichung von strategischer Verteidigung wird es erforderlich sein, vielfältige, heute schon bekannte Technologien in noch nicht verwirklichter Form miteinander und mit völlig neuen Technologien, deren Umriss gerade in den Grenzen der wissenschaftlichen Phantasie erkennbar sind, zu verbinden. Es handelt sich um die größte wissenschaftliche Herausforderung, der sich die modernen Gesellschaften je gestellt haben. Sie übertrifft die Herausforderung, auf dem Mond zu landen, denn das Apollo-Projekt kannte zwei zentrale Probleme nicht, die für strategische Verteidigung von großer Bedeutung sind: Weder bestand für die Astronauten das Problem, den Mond zu orten, noch wurde die Fähre durch Mondattrappen abgelenkt. Auch drohte den Mondfahrern nicht die Gefahr, von feindlichen Gegenmaßnahmen angegriffen zu werden. Strategische Verteidigungssysteme aber müssen gegen die Angriffsraketen der nächsten und übernächsten Generation entwickelt werden, die ihrerseits vielfältige Eigenschaften enthalten werden, die ihre Ortung erschweren⁵²). Das vorhandene

ASAT-Programm der Sowjetunion gibt einen Vorgeschmack darauf, wie schwierig es sein wird, die Überlebensfähigkeit der einzelnen Elemente der Raketenabwehrsysteme insbesondere auch im Raum zu gewährleisten.

Zur Verwirklichung eines solchen wissenschaftlich-technologischen Großprojekts bedarf es nicht nur der genialen Einzelleistung eines Wissenschaftlers oder Ingenieurs, wie dies über Jahrhunderte die Technologiesgeschichte der Menschheit gekennzeichnet hat. Von der Erfindung des Rades über die der Buchdruckerkunst, der Dampfmaschine, des Telefons, des Automobils, des Röntgenstrahls, der ersten Rechenmaschine bis hin zur ersten Kernspaltung durch Otto Hahn haben wissenschaftlich-technische Einzelleistungen Geschichte gemacht. Mit dem Manhattan-Projekt, das zur Entwicklung eines atomaren Sprengkörpers führte, begann eine neue Geschichte der wissenschaftlich-technischen Großprojekte, in denen zahllose Einzelleistungen und häufig Genialität ebenso wie systematische Großversuchsreihen koordiniert werden müssen.

Man kann die Zahl der an der Forschung zur strategischen Verteidigung in den USA beteiligten Wissenschaftler und Ingenieure auf 50 000 bis 60 000 schätzen. Diese Zahl ist ebenso beeindruckend wie unsinnig. Einerseits ist die Zahl derer,

⁵¹) Siehe dazu H. Kujat, Europa bewahren. Anmerkungen zur NATO-Strategie, Herford 1985, S. 106 ff., insbes. S. 139 f.

⁵²) Siehe dazu C. S. Gray, A New Debate on Ballistic Missile Defense, in: Survival, 23 (1981) 2, S. 60 ff.; vgl. auch ders., American Military Space Policy, Cambridge, Mass., 1982, S. 45 ff.

die im Auftrage des Pentagon an einem Projekt arbeiten, das aus den für SDI vorgesehenen Haushaltsmitteln finanziert wird, wesentlich kleiner. Andererseits ist die Zahl derer, die irgendwo in den Universitäten oder Labors großer und kleiner Unternehmen an einer Technologie arbeiten, die einmal ein entscheidendes Bindeglied im Gesamtsystem der strategischen Verteidigung sein könnte, wesentlich größer. Die deutschen Ingenieure, die vor Jahren Spiegel von sonst nirgendwo erreichter Ebenmäßigkeit entwickelten, haben sich nicht träumen lassen, daß diese Spiegel-Technologie einst benötigt werden könnte, um vom Raum aus Laserstrahlen auf startende Raketen zu lenken. Es gibt amerikanische Schätzungen, nach denen allein in den USA auf jeden Dollar, den der Staat für die Finanzierung der SDI-Forschung ausgibt, vier weitere Dollar aus privaten Mitteln zur Verfügung gestellt werden für Forschungsarbeiten, die SDI-relevant sein könnten⁵³).

Gerade dieses Beispiel zeigt, daß auch in einem solchen Großprojekt die geniale Einzelleistung, die z. B. zu dem perfekten Spiegel führte, unverzichtbar ist. Hinzu aber muß die Lösung der Koordinations- und Informationsaufgabe kommen, das über Tausende von Plätzen verstreute Einzelwissen zusammenzufügen. Gerade gegenüber dieser Aufgabe erweist sich die Überlegenheit einer freien Gesellschaft. Dies ist der Sowjetunion offensichtlich bewußt. Obwohl sie selbst seit langem mit Hochdruck an Fragen der strategischen Verteidigung arbeitet, unternahm sie vielfältige Anstrengungen, um die Entwicklung solcher Systeme durch die USA zu stoppen, als sie realisierte, daß die Vereinigten Staaten ihr SDI-Programm begannen.

Edward Teller hat 1986 gesagt, die Sowjetunion habe einen zeitlichen Vorsprung von 20 Jahren, aber weil sie so langsam sei, zähle dies nur wie 10 Jahre⁵⁴). Wer die Zielstrebigkeit, die Selbstsicherheit und den Optimismus der heute an der Forschung zur strategischen Verteidigung beteiligten amerikanischen Wissenschaftler und Ingenieure erlebt hat, ist versucht anzunehmen, daß der heute möglicherweise noch vorhandene Vorsprung der Sowjetunion in wenigen Jahren dahingeschmolzen sein wird — dies allerdings nur unter einer Bedingung: daß die Politik Geschwindigkeit und Vielfalt in der gegenwärtigen Entwicklung nicht künstlich bremst.

Aus dieser Charakterisierung der SDI-Forschung als eines wissenschaftlich-technologischen Großprojektes ergeben sich drei Schlußfolgerungen:

⁵³) So schon Botschafter Rowny in einem Diskussionsbeitrag auf der Internationalen Wehrkunde Begegnung, München, Februar 1985.

⁵⁴) Diskussionsbeitrag auf der Internationalen Wehrkunde Begegnung in München im März 1986.

1. Die USA haben ein Interesse daran, daß ihre Verbündeten sich mit leistungsfähigen Industrien und Forschungsinstituten im Bereich der Hochtechnologie an den Forschungen beteiligen. Dieses Interesse besteht nicht, weil es irgendein Problem gäbe, das die Amerikaner voraussichtlich nicht selbst in der Lage wären zu lösen, sondern weil es ökonomischer, d. h. billiger ist und schneller geht, wenn man die Arbeiten an diesem Großprojekt grenzüberschreitend koordiniert. Staatliche Rahmenabkommen für diese Beteiligung der Verbündeten sind nicht in jedem Einzelfall unabdingbar. Sie sind aber notwendig, zumindest jedoch zweckmäßig für eine Beteiligung, die über Einzelfälle hinausgehen soll. Gerade die hochentwickelten Partner der USA, wie z. B. die Bundesrepublik, Großbritannien und Japan, können im Rahmen solcher Abkommen wesentliche Beiträge leisten⁵⁵). Diese Abkommen haben den Zweck, einerseits die Chancengleichheit ausländischer Anbieter im Wettbewerb um die amerikanischen Forschungsaufträge zu sichern, andererseits können sie das Problem des Transfers von sicherheitsrelevanten Daten, die für bestimmte Forschungen unabdingbar sind, regeln. Schließlich eröffnen sie die Möglichkeit, abweichend vom amerikanischen Zivilrecht dem ausländischen Partner Formen der eigenen Nutzung der in diesem Zusammenhang erzielten technologischen Neuerungen zu eröffnen⁵⁶).

2. Die Verwirklichung eines wissenschaftlich-technologischen Großprojektes ist nicht durch die Anstrengung einzelner „Rüstungsindustrien“, sondern nur durch die wissenschaftlich-technische Leistung einer ganzen Industriegesellschaft möglich. Sie wird erleichtert, wenn dabei mehrere derartige Gesellschaften zusammenwirken. Daraus folgt auch, daß die Etikettierung dieser Forschungsarbeiten als „zivil“ oder als „militärisch“ in der weitaus größten Zahl der Fälle unsinnig ist. Ein wissenschaftlich-technisches Großprojekt führt die daran beteiligten Gesellschaften, was die Technologieentwicklung betrifft, in ein neues Entwicklungsstadium.

3. Daraus ergibt sich das europäische Interesse an einer umfassenden Beteiligung an den Forschungen zur strategischen Verteidigung. Dieses Interesse ist primär ein deutsches, weil die Bundesrepublik die führende Industriemacht Europas ist. Dabei ist das Interesse der deutschen Rüstungswirtschaft ebenso offensichtlich wie es nur einen

⁵⁵) Für die Bundesrepublik Deutschland ist ein solches Abkommen auch deshalb besonders wichtig, weil es zwischen den USA und der Bundesrepublik, im Gegensatz zu Großbritannien, keine traditionell eingefahrenen Schienen der Kooperation im Bereich von sicherheitsrelevanten Technologien gibt.

⁵⁶) Das im März zwischen den USA und der Bundesrepublik geschlossene Abkommen wird diesen Anforderungen grundsätzlich gerecht.

kleinen Teil des deutschen Gesamtinteresses ausmacht. Beispielhaft sei nur die Entwicklung einer neuen Panzergeneration erwähnt. Im Zeitalter der Laserwaffen wird es einen im internationalen Vergleich führenden Panzer aus deutscher Produktion nur geben, wenn deutschen Firmen die Spitzentechnologie im Laserbereich, wie sie im Rahmen von SDI entwickelt wird, vertraut ist.

Von weitaus größerer Bedeutung ist jedoch die Ausstrahlung dieses Technologieschubes auf alle anderen Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Schon heute ist erkennbar, daß Produktionsverfahren, die auf der Anwendung von höchsten Energieschüben beruhen, revolutioniert werden. Neue medizinische Diagnoseverfahren fallen als „Nebenprodukte“ ebenso ab wie neue Möglichkeiten zur Konservierung von Lebensmitteln. Neue Methoden zur Entdeckung knapper Ressourcen unter der Erdoberfläche und unter dem Meeresboden sind erkennbar. Der Bezug zwischen der Forschung zur strategischen Verteidigung und der systematischen Nutzung des Weltraums und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Herstellung neuer Produkte, Legierungen und Kristalle mit vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten auch in der Medizin sei nur am Rande erwähnt⁵⁷⁾.

Selbstverständlich könnte manches dieser „Nebenprodukte“ auch durch Einzelanstrengungen in dem jeweiligen Bereich erzielt werden. Aber es geht gar nicht um jeden dieser Einzelbereiche, sie stehen hier nur beispielhaft und können beliebig durch andere ergänzt werden. Es gilt, den umfassenden Technologieschub zu veranschaulichen, der von einem derartigen wissenschaftlich-technologischen Großprojekt ausgeht.

Die Konsequenz dieser Überlegungen ist, daß die Gruppe der modernen Industriegesellschaften in wenigen Jahrzehnten gespalten oder zumindest

weitföchtig ausdifferenziert sein wird. Auf der einen Seite werden die stehen, die an diesem umfassenden Technologieschub voll oder weitgehend beteiligt sein werden; auf der anderen Seite jene, die diesen Anschluß verpaßt haben. Vor diesem Hintergrund ergibt sich das Interesse der Bundesrepublik, die ihren Wohlstand nicht Rohstoffen und Energiequellen, sondern ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der technologischen Qualität ihrer Produkte verdankt, von selbst⁵⁸⁾.

Diese Argumentation darf jedoch nicht zu dem Fehlschluß führen, daß es primär wirtschaftlich-technologische Überlegungen sind, die das deutsche Interesse an einer Beteiligung an SDI begründen. Das entscheidende Argument geht von den deutschen Sicherheitsinteressen aus. Daß die ökonomischen Interessen in die gleiche Richtung zielen, vermehrt den Nutzen dieser Entwicklung; aber selbst wenn eine SDI-Beteiligung ökonomische Nachteile mit sich brächte, wären die sicherheitspolitischen Argumente höher einzustufen. Immer wenn es zu einem Zielkonflikt zwischen Frieden und Freiheit einerseits und Wohlstand andererseits kommt, ist die Versuchung, für den Wohlstand zu optieren, weil man die Geföhrdung von Frieden und Freiheit nicht sieht, nicht glaubt oder nicht glauben will, sehr groß. Die Kette der Beispiele dafür reicht von Karthago⁵⁹⁾ bis in die Gegenwart. Kennzeichnend für das Konzept der strategischen Verteidigung aber ist, daß dieses Projekt einen Zielkonflikt zwischen Frieden, Freiheit und Wohlstand in den beteiligten Industriestaaten⁶⁰⁾ nicht kennt. Sowohl die sicherheitspolitischen als auch die ökonomischen Gründe legen eine umfassende deutsche Beteiligung nahe. Mit dem Abkommen vom 28. März 1986 sind dafür die institutionellen Voraussetzungen geschaffen.

⁵⁷⁾ Zur Diskussion solcher und anderer möglicher „spinn off's“ s. Ausschußprotokoll der Anhörung zur Strategischen Verteidigungsinitiative, Dez. 1985, S. 81 f., S. 89 f., S. 130 f.; H. Horeis/M. Liebig (Hrsg.), Strahlenwaffen. Militärstrategie im Umbruch, München 1985, S. 185 ff. Vgl. auch R. W. Bryant, Business Opportunity Report, Stanford, March 1986, sowie M. W. Browne, The Star Wars Spinoff, in: New York Times Magazine vom 24. August 1986.

⁵⁸⁾ So schon Bundeskanzler Kohl in seiner Rede auf der Internationalen Wehrkunde Begegnung 1985; s. Europäische Wehrkunde, 34 (1985) 3, S. 133 ff., hier S. 136.

⁵⁹⁾ Vgl. W. Hahn, Disarmament: An Ancient Story, in: Strategic Review 10 (1982) 3, S. 9 f.

⁶⁰⁾ Dies impliziert allerdings auch, daß der durch Forschung an strategischer Verteidigung ausgelöste Technologieschub die Diskrepanz zwischen den beteiligten Industriestaaten und der Dritten Welt ebenso vergrößern wird, wie dies für vorausgegangene Technologieschübe gegolten hat.

Die strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten

Bewertung und Diskussion

I. Vorbemerkung: Zum Stand der Diskussion

Das Thema SDI (SDI = Strategic Defense Initiative. Strategische Verteidigungsinitiative), das in den vergangenen zwei Jahren die sicherheitspolitische Debatte in der Bundesrepublik beherrschte, ist z. Zt. zugunsten des beginnenden Wahlkampfes und aktuellerer Themen in den Hintergrund getreten. Damit ist das Thema jedoch noch nicht abgeschlossen, denn anders als etwa in der Debatte über den Nachrüstungsbeschluß ging es hier weniger um konkrete und bindende rüstungspolitische Entscheidungen, als um die Festlegung einer mehr oder weniger vorläufigen politischen Orientierung, die im Zuge einer möglichen Konkretisierung des amerikanischen Projekts einer ständigen Neuüberprüfung bedarf.

Die Eigenart des SDI-Themas lag gerade darin, daß es um rüstungspolitische Optionen ging, deren Konturen allenfalls vage zu erkennen waren. Darin unterschied sich die SDI-Debatte von praktisch allen vorangegangenen Auseinandersetzungen über verteidigungspolitische Fragen in der Bundesrepublik. So ging es etwa in der „Nachrüstungsdebatte“ um die Einführung von Waffensystemen, deren technische Eigenschaften in der Öffentlichkeit weitgehend bekannt waren und deren militärische Funktion daraus mit einiger Sicherheit abgeleitet werden konnte.

Bei SDI dagegen ist allenfalls das Fernziel einer möglichst wirksamen Verteidigung gegen strategische Kernwaffen umrissen, doch gibt es offenbar selbst innerhalb der amerikanischen Administration erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, welche genaue militärische Funktion ein solches Verteidigungssystem übernehmen, gegen welche Waffentypen und Angriffsformen es wirksam sein soll.

Die technischen Anforderungen, die an ein umfassendes und wirksames strategisches Verteidigungssystem gestellt werden müssen, sind jedoch so hoch, daß gegenwärtig noch nicht einmal Einigkeit darüber besteht, welche der in Frage kommenden Technologien die besten Erfolgsaussichten bietet. Mit einer Fortsetzung der Diskussion in den kommenden Jahren muß daher gerechnet werden.

Die gegenwärtige Atempause in der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Projekt gibt Gelegenheit zu einer vorläufigen Bilanz und sollte von Seiten der Wissenschaftler benutzt werden, die Analyse der Bedeutung des Projekts für die europäische Sicherheit einige Schritte voranzutreiben.

Bisher konzentrierte sich die Diskussion überwiegend auf drei Fragen: Die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Projekts, seine Auswirkungen auf die Stabilität der amerikanisch-sowjetischen strategischen Beziehungen und einige Aspekte der europäischen Sicherheit. Von diesen Fragenbereichen ist bisher lediglich der erste einigermaßen systematisch und umfassend behandelt worden.

Die Diskussion über mögliche stabilisierende oder destabilisierende Auswirkungen eines amerikanischen Raketenabwehrsystems litt zum einen an ihrem hypothetischen Charakter. Um die strategischen Auswirkungen eines Raketenabwehrsystems abschätzen zu können, müßten militärische Funktionen und technische Eigenschaften des Systems zumindest in groben Umrissen bekannt sein. Diese Voraussetzungen sind im gegenwärtigen technischen Entwicklungsstadium jedoch noch nicht erfüllt. Beide Seiten sind daher auf Hypothesen angewiesen, die vom Gegner leicht als unsolide disqualifiziert werden können.

Zum andern ist die Frage, welche Stabilitätskriterien einer Bewertung des amerikanischen Projekts zugrunde gelegt werden müssen, noch weitgehend ungeklärt. Das zugrundeliegende Orientierungsproblem wird durch die Alternative: Abschreckung — Kriegsführungsstrategie nicht adäquat beschrieben.

Die folgenden Überlegungen versuchen zunächst die Frage zu klären, um was es in der Debatte über das amerikanische SDI-Projekt eigentlich geht. Sie konzentrieren sich dann auf die mit dem Projekt verbundenen politisch-strategischen Orientierungsprobleme. Spezifisch europäische Bewertungskriterien können anschließend nur verhältnismäßig knapp behandelt werden. Wirtschafts- und technologiepolitische Aspekte des Projekts bleiben unberücksichtigt.

II. Um was geht es bei SDI?

In seiner Fernsehansprache vom 23. März 1983 rief der amerikanische Präsident Ronald Reagan dazu auf, die Kernwaffen durch ein groß angelegtes Rüstungsprogramm „unwirksam und überflüssig“ zu machen. An dieser Zielsetzung hat der Präsident bis heute festgehalten. Zweifel an der Realisierbarkeit dieser Vorstellungen wurden jedoch schon bald wach. Um Kernwaffen wirklich überflüssig zu machen, müßte ein Verteidigungssystem ein sehr hohes Maß an Wirksamkeit besitzen, und zwar nicht nur gegenüber ballistischen Interkontinentalraketen, sondern gegenüber allen in Frage kommenden nuklearen Trägermitteln. Natürlich läßt sich darüber streiten, ob eine Wirksamkeit von 95 % ausreichen würde, oder ob mindestens 99 % gefordert werden müssen. Bei einer wesentlich geringeren Wirksamkeit ließe sich jedoch die Vernichtung eines großen Teils der Bevölkerung nicht mehr verhindern. Die Chancen, ein derartiges Verteidigungssystem in absehbarer Zeit zu vertretbaren Kosten entwickeln zu können, werden von den meisten Naturwissenschaftlern und Technikern sehr gering eingeschätzt. Das ist das wichtigste Ergebnis der intensiven „technischen“ Diskussion der letzten Jahre, in der es um die Realisierbarkeit des Projektes ging.

Weniger „perfekte“ Systeme lassen sich vielleicht entwickeln. Zieht man die Vielfalt denkbarer nuklearer Angriffswaffen in Betracht, so wäre schon ein Verteidigungssystem mit einer Gesamtwirksamkeit von 70 % als technische Sensation zu bewerten. Zu erwarten ist daher, daß es zunächst zur Errichtung von Verteidigungssystemen mit einer verhältnismäßig eng begrenzten strategischen Funktion, etwa zur Absicherung von strategischen Führungszentren oder besonders wertvoller Raketenstellungen kommt.

Die vom Präsidenten genannten Ziele des Projekts sind dementsprechend auch von Regierungsseite immer wieder relativiert worden. Es wurde gesagt, daß auch ein begrenzt wirksames Raketenabwehrsystem wichtige strategische Funktionen erfüllen könne. Durch die Verringerung der Verwundbarkeit besonders wichtiger Bestandteile der strategischen Streitkräfte könne die Wirksamkeit der Abschreckung verstärkt und die Stabilität der strategischen Beziehungen zur Sowjetunion erhöht werden. Schon die Tatsache, daß der Gegner die Wirksamkeit der getroffenen Verteidigungsmaßnahmen kaum zuverlässig einschätzen könne, erschwere seine Zielplanung und mache einen entwaffnenden Erstschlag praktisch unmöglich. Auch die Wirksamkeit der sog. „ausgedehnten Abschreckung“ (extended deterrence), also die Wirksamkeit der amerikanischen strategischen Abschreckung für die Verbündeten, werde dadurch verstärkt. Es gibt bisher aber offenbar noch

keine einheitliche Vorstellung, welche der genannten strategischen Aufgaben das geplante Verteidigungssystem übernehmen soll — vermutlich einfach deshalb, weil dies ohne genauere Kenntnis der technischen Möglichkeiten und des erforderlichen wirtschaftlichen Aufwands zur Zeit noch nicht möglich ist.

Damit muß sich für die Europäer zunächst einmal die Frage stellen, um was es bei der Entscheidung für oder gegen das amerikanische SDI-System zum gegenwärtigen Zeitpunkt eigentlich geht. Daß die Amerikaner an der Erforschung und Entwicklung von Techniken arbeiten, die sich zur Abwehr ballistischer Interkontinentalraketen eignen, ist weder neu noch ernstlich umstritten. Auch gegen das vom Präsidenten genannte Fernziel eines vollständigen Schutzes gegen strategische Kernwaffen ließen sich nicht leicht Einwände vorbringen, wenn es gute Aussichten hätte, verwirklicht zu werden. Warum ist die europäische Unterstützung des Projekts dann überhaupt problematisch und warum ist eine ausdrückliche europäische Zustimmung für das Projekt erforderlich?

SDI und Abschreckung

Eine Antwort, die gelegentlich darauf gegeben wird, lautet, daß die Vereinigten Staaten damit das Prinzip der Abschreckung aufgeben und wieder zu einer klassischen Verteidigungspolitik zurückkehren.

Für die vom Präsidenten genannten langfristigen Ziele des Projekts trifft das auch zu. Da sich diese Ziele jedoch in absehbarer Zeit nicht realisieren lassen, erscheint auch der Einwand, das Prinzip der Abschreckung werde aufgegeben, zunächst gegenstandslos. Wenn aber auf längere Sicht ein vollständiger Schutz gegen Kernwaffen tatsächlich einmal möglich werden sollte, dann wird es vermutlich auch gegen eine Abkehr von der Abschreckung keine ernsthaften Einwände mehr geben. Begrenzte Verteidigungsmöglichkeiten sollen aber nach den Erklärungen der amerikanischen Regierung die Abschreckung gerade stärken. Insofern kann also von einer Abkehr von der Abschreckung nicht die Rede sein.

SDI und die strategische Doktrin der Vereinigten Staaten

Wenn es nicht die Abschreckung ist, die mit dem SDI-Projekt aufgegeben wird, so könnte die Veränderung doch darin gesehen werden, daß die Vereinigten Staaten von einer Strategie der Abschreckung durch Vergeltung zu einer Strategie

der Abschreckung durch Verhinderung (denial) übergehen¹⁾.

In Wirklichkeit hat das Vergeltungsprinzip — also die Drohung, einem potentiellen Angreifer, selbst wenn er militärisch erfolgreich sein sollte, einen inakzeptabel hohen Schaden zuzufügen — die strategische Politik der Vereinigten Staaten nie in dem Maß bestimmt, wie das aufgrund der offiziellen Erklärungen („deklaratorische Politik“) der amerikanischen Regierung zu erwarten gewesen wäre; und spätestens seit Ende der sechziger Jahre haben sich auch die offiziellen Erklärungen Schritt für Schritt von dieser Strategie fortbewegt. Zwar wurde die Vergeltungsdrohung nicht grundsätzlich aufgegeben, doch wurden zusätzliche Forderungen nach Glaubwürdigkeit der Abschreckung, nach begrenzten strategischen Optionen und der Fähigkeit, notfalls sogar einen länger andauernden Kernwaffenkrieg führen zu können, immer stärker in den Vordergrund gerückt.

Die Anforderungen, die an ein strategisches Potential gestellt werden müssen, das ausschließlich eine Vergeltungsfunktion besitzt, sind viel geringer, als wenn es zu militärischen Zwecken eingesetzt werden soll. Deshalb wurde die strategische Politik der Vereinigten Staaten auch ohne ausdrücklich von der Vergeltungsdrohung abzurücken, de facto bereits seit langem fast ausschließlich von diesen zusätzlichen Anforderungen bestimmt. Die Einführung begrenzter defensiver Optionen würde diesen Entwicklungstrend konsequent fortsetzen und kann insofern kaum als grundlegende Abkehr von der geltenden strategischen Doktrin aufgefaßt werden.

SDI und die theoretischen Grundlagen der amerikanischen Kernwaffenstrategie

Dennoch liegt in der Entwicklung strategischer Verteidigungsmöglichkeiten zumindest der Ansatz für einen grundlegenden Wandel im nuklearstrategischen Denken. Richard Perle, einer der beredtesten Fürsprecher des SDI-Projekts in der Reagan-Administration, beschreibt die Situation wie folgt: „Seit zwanzig Jahren lautet der Grundgedanke unseres Konzepts der Abschreckung, daß es zur Konfliktverhütung genügt, wenn jede Seite sich die Fähigkeit zu Vergeltungsschlägen gegen jeden möglichen Angreifer bewahren und einen Angreifer mit Kosten belasten kann, die in keinem Verhältnis zu den potentiellen Gewinnen stehen... Heutzutage ist die Situation jedoch grundsätzlich anders. Wissenschaftliche Entwicklungen und mehrere im Entstehen begriffene Technologien bieten nun Möglichkeiten zur Ver-

¹⁾ Es ist üblich geworden, zwischen Abschreckung durch Bestrafung (deterrence by punishment) und Abschreckung durch Verhinderung (deterrence by denial) zu unterscheiden.

teidigung, die noch vor zehn Jahren nicht existierten und als kaum vorstellbar erschienen“²⁾.

Die Vorstellung, daß es gegen die enormen Schäden, die von Kernwaffen verursacht werden können, keinen zuverlässig wirksamen Schutz geben kann, bildet in der Tat bis heute die Grundlage der gesamten westlichen Kernwaffenstrategie und der auf sie aufbauenden strategischen Politik — selbstverständlich nicht als Axiom, aus dem die Grundsätze der westlichen Kernwaffenstrategie zwingend abgeleitet werden können, aber doch als Ausgangspunkt strategischer Überlegungen sowie politischer Erwartungen und Hoffnungen, auf denen die strategische Politik des Westens aufbaut.

Politische Erwartungen und Zielvorstellungen

Wie Th. Schelling besonders klar herausgearbeitet hat, war es zum einen das fast unvorstellbare Ausmaß der Zerstörung, das im Fall eines Kernwaffenkrieges erwartet werden mußte, mehr aber noch die Gewißheit, selbst im Fall eines militärischen Sieges (wie auch immer er definiert werden kann) der Zerstörung durch das Kernwaffenpotential des Gegners nicht entgehen zu können, die die von den Kernwaffen geschaffene strategische Situation von konventionellen Machtverhältnissen zu unterscheiden schien.

Die damit untrennbar verbundenen politischen Erwartungen und Ziele fanden ihren kompaktesten Ausdruck in der häufig zitierten Formulierung des Abschreckungsgedankens bei B. Brodie aus dem Jahr 1946: „Bisher war es der Hauptzweck eines militärischen Apparates, Kriege zu gewinnen. Von jetzt an muß es sein Hauptzweck sein, sie zu verhindern. Er kann keinen anderen sinnvollen Zweck haben.“

Trotz ihrer bestimmten Form läßt diese Aussage die meisten Fragen offen, so insbesondere die Fragen, für welche Formen des Krieges sie gelten soll, was unter Krieg zu verstehen ist und ob sie nur das Verhältnis zwischen Kernwaffenstaaten oder auch das zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtnuklearen erfaßt. Heute sieht es so aus, als könne die Theorie auf alle diese Fragen nur in einem sehr beschränkten Maß eine Antwort geben. Gerade die in der Formulierung enthaltene Unklarheit macht deutlich, daß es hier nicht um ein konkretes Handlungskonzept, eine Strategie geht, sondern eher um ein politisches Fernziel oder ein politisches Ordnungs- oder Stabilisierungskonzept, eben um die Erwartung oder Hoffnung, die Besonderheiten der durch die Entwick-

²⁾ Richard Perle, Die Strategische Verteidigungsinitiative. Waffentechnologie und defensiv-strategische Optionen, in: W. Heisenberg/D. S. Lutz (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre, Bonn 1986.

lung der Kernwaffen entstandenen strategischen Situation werde zur Ordnung im internationalen Bereich beitragen, indem sie zumindest bestimmte Formen der gewaltsamen Austragung von Konflikten zwischen den Kernwaffenstaaten unmöglich macht.

Selbstverständlich wurden diese Vorstellungen nicht von allen geteilt. Konsequente Vertreter des „Realismus“ in der Theorie der internationalen Beziehungen mußten der Idee einer dauerhaften Verhinderung von Kriegen skeptisch gegenüberstehen, und für konsequente Vertreter der idealistischen Denkschule mußte es schwer verständlich bleiben, wie aus einer rein machtpolitischen Konstellation Elemente von Ordnung im internationalen Bereich entstehen sollten. Dennoch läßt sich zeigen, daß die bei Brodie angedeuteten Vorstellungen die Theorie der Kernwaffenstrategie und die damit verbundenen Rüstungskontrollkonzeptionen maßgebend beeinflußt haben.

Das SDI-Projekt der Vereinigten Staaten ist deshalb so bemerkenswert und so schwer zu bewerten, weil es einerseits als konsequente Fortsetzung der amerikanischen strategischen Politik erscheint, andererseits aber in seiner langfristigen politischen Orientierung die Grundlagen der bisherigen strategischen Politik aufgibt und sich damit gleichsam den Boden unter den Füßen entzieht. In der bisherigen Debatte über SDI ist das merkwürdigerweise nahezu unbemerkt geblieben. Beide Seiten — Befürworter wie Gegner des Projekts — argumentieren gerade dann, wenn sie sich die Mühe geben, ihre Stellungnahmen theoretisch zu untermauern, mit Konzeptionen und Ideen, die ihre Gültigkeit verlieren, wenn die Möglichkeit einer strategischen Verteidigung anerkannt wird.

Das gilt selbstverständlich nicht für alle Argumente für und gegen SDI. Die Frage nach den technischen Realisierungschancen läßt sich zumindest teilweise ohne eine strategische Bewertung des Projekts beantworten, und auch bei einigen mit dem Projekt zusammenhängenden politischen Fragen ist eine Bewertung ohne detaillierte strategische Analyse denkbar. Doch lassen sich technische, strategische und politische Bewertungen des Projekts auch nicht streng voneinander trennen. So sind Angaben darüber, mit welcher Wahrscheinlichkeit es in zehn Jahren möglich sein wird, ballistische Raketen in bestimmten Flugphasen abzufangen, für sich genommen nicht allzu bedeutungsvoll. Sie erhalten erst im Zusammenhang mit strategischen Zielvorstellungen einen Sinn. Erst recht lassen sich Fragen wie die nach den Auswirkungen des Projekts auf die ame-

rikanisch-europäischen Beziehungen oder auf die europäische Ordnung nicht vollständig von der strategischen Bewertung des Projekts trennen.

Eine ernsthafte Bewertung des Projekts muß sich also von den in den fünfziger und sechziger Jahren entwickelten strategischen Konzepten und Denkgewohnheiten freimachen. Es müssen völlig neue Strategien und Stabilisierungskonzeptionen entwickelt werden, die der geplanten rüstungstechnischen Revolution entsprechen. Von diesem Prozeß des strategischen Umdenkens sind gegenwärtig bestenfalls Ansätze zu erkennen. Zwar wächst sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa das Gefühl der Unzulänglichkeit der bestehenden Konzepte oder theoretischen Instrumente, und es ist eine gewisse Bereitschaft zu erkennen, die geltende Strategie neu zu überdenken. Wirkliche Neuansätze fehlen jedoch.

Wenn aber die geltenden nuklearstrategischen Bewertungskriterien nicht mehr greifen und neue strategische Ideen nicht zur Verfügung stehen, dann muß zunächst einmal die Frage gestellt werden, auf welcher Grundlage eine rationale Bewertung des amerikanischen Projekts überhaupt vorgenommen werden kann.

Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, sich zunächst darüber klar zu werden, daß sich die durch das amerikanische Projekt in Gang gesetzte strategische Umwälzung unter ganz anderen Bedingungen vollzieht als etwa die durch die Entwicklung der Kernwaffen ausgelöste strategische Revolution nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine jetzige Gestalt hat die Nuklearstrategie in der Zeit zwischen 1955 und 1965 erhalten, also rund zehn bis zwanzig Jahre nachdem die ersten Kernwaffen zum Einsatz gekommen waren. Heute scheint die zeitliche Reihenfolge zwischen waffentechnischer und strategischer Entwicklung umgekehrt zu sein. Als Präsident Reagan im März 1983 das SDI-Projekt auf den Weg schickte, konnten selbst die kühnsten technologischen „Optimisten“ nicht ernsthaft damit rechnen, daß ein einsatzfähiges Verteidigungssystem vor Ablauf von zehn bis zwanzig Jahren zur Verfügung stehen würde. Es gibt also sicher keine technischen „Zwänge“, die für das amerikanische Projekt verantwortlich sind. Zu Recht macht L. Freedman darauf aufmerksam, daß die so beliebte These vom technologischen Wandel als Motor der Rüstungsdynamik hier auf den Kopf gestellt zu sein scheint³⁾.

³⁾ Lawrence Freedman, The „Star Wars“ Debate: The Western Alliance And Strategic Defence, Part I, in: New Technology and Western Security Policy Part III, Adelphi Papers No. 199, IISS London, Sommer 1985, S. 34 ff.

III. Politisch-strategische Leitideen des SDI-Projekts

In der Anfangsphase der Diskussion über SDI ist viel über die Motive des amerikanischen Präsidenten gerätselt worden. Ging es Reagan in erster Linie darum, der amerikanischen Friedensbewegung und den amerikanischen Bischöfen durch das Versprechen, die Kernwaffen überflüssig zu machen, den Wind aus den Segeln zu nehmen, oder war es tatsächlich die Sorge um die möglichen katastrophalen Auswirkungen eines Kernwaffenkrieges, die den Präsidenten bei seiner Rede vom März 1983 bewegten?

Für die Bewertung des SDI-Projekts sind diese Fragen indessen nur von untergeordneter Bedeutung, denn selbst wenn es zutrifft, daß das Projekt auf die persönliche Initiative des Präsidenten zurückgeht und daß sich Reagan vor seiner Rede vom März 1983 nur mit wenigen Beratern abgestimmt hat, so hat das Projekt und die damit verbundene Entwicklung der amerikanischen strategischen Politik mittlerweile eine Eigendynamik entwickelt, die weit über die Motive des Präsidenten hinausreicht.

Es geht also weniger darum, welches die Motive des Präsidenten für das Projekt waren, als darum, ob das Projekt, so wie es gegenwärtig angelegt ist, eine politisch-strategische Perspektive erkennen läßt, die attraktiver oder realistischer erscheint als die der bisherigen strategischen Politik.

Präsident Reagan hat bisher daran festgehalten, daß das Projekt auf längere Sicht einen zuverlässigen Schutz gegen strategische Kernwaffen gewähren und auf diese Weise Kernwaffen „obsolet“ machen soll. Auch wenn heute mit der Realisierung dieser Ziele innerhalb eines überschaubaren Zeitraums nicht mehr gerechnet wird, so könnten diese Vorstellungen doch als langfristige Leitlinie der amerikanisch-strategischen Politik sinnvoll erscheinen.

Die Attraktivität eines derartigen Ziels bedarf kaum einer Erläuterung. Eine Situation, in der sich im Prinzip jeder moderne Industriestaat durch die Entwicklung eines eigenen Kernwaffenpotentials die Fähigkeit erwerben kann, jeden anderen Staat nahezu vollständig zu zerstören, muß zunächst als eine Verletzung elementarer Sicherheitsbedürfnisse erscheinen, ganz besonders aus der Perspektive der Großmächte, die grundsätzlich völlige Souveränität für sich in Anspruch nehmen. Allein die Tatsache, daß sich in den dreißig Jahren seit der Entwicklung der Kernwaffen viele an die Gegenwart der Kernwaffen gewöhnt haben und sie deshalb nicht mehr als Gefahr wahrnehmen, macht es nötig, an diese beunruhigende Situation zu erinnern.

Es muß daher zunächst einmal gefragt werden, welche Gründe es gibt, den bisherigen Zustand

für akzeptabel zu halten. Die Antwort vieler realpolitisch orientierter Praktiker ist einfach: Es gab keine Alternative. Der technische Entwicklungsstand machte den Versuch, eine wirksame Verteidigung gegen strategische Kernwaffen aufzubauen, bis heute zu einem aussichtslosen Unterfangen. Nur ein Verzicht auf Kernwaffen hätte es möglich gemacht, den gegenwärtigen Zustand zu vermeiden. Da die internationalen Beziehungen aber nach wie vor von den militärischen Machtverhältnissen geprägt werden und die Kernwaffen eine völlig neue Dimension militärischer Machtentfaltung zu eröffnen schienen, war es den Großmächten nicht möglich, auf Kernwaffen zu verzichten. Der auf die Internationalisierung der Kernenergie abzielende „Baruch-Plan“ war dieser Auffassung nach von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Er diente lediglich dazu, auch unverbesserliche Idealisten von der Unvermeidlichkeit dieser Lösung zu überzeugen.

Wegen der unvermeidlichen Instabilität eines nur von den militärischen Machtverhältnissen geprägten internationalen Systems blieb die Antwort der „Realisten“ immer unbefriedigend. Etwas weiter blickende Politiker verwiesen deshalb auf die Chancen, die die durch die Kernwaffen entstandene Situation für die Entwicklung stabilerer internationaler Beziehungen bot. Solange eine Verteidigung gegen strategische Kernwaffen unmöglich war, konnte auch der „Sieger“ in einem militärischen Konflikt der fast vollständigen Zerstörung durch die nuklearen „Vergeltungsstreitkräfte“ des Gegners nicht entkommen, jedenfalls solange die Vergeltungsstreitkräfte vor Zerstörung geschützt werden konnten. Da die Sicherung der nuklearen Vergeltungsfähigkeit erheblich geringere technische und wirtschaftliche Ressourcen voraussetzte als die Fähigkeit, einen militärischen Konflikt zu „gewinnen“, konnte man sagen, daß Kriege zwischen hochindustrialisierten, mit Kernwaffen ausgerüsteten Staaten sinnlos geworden waren⁴⁾.

Zwar blieb der nukleare Vergeltungsschlag ein Mittel, zu dem nur eine Regierung greifen würde, die nichts mehr zu verlieren hätte, aber schon die Tatsache, daß der militärisch Überlegene sich davor hüten mußte, den Gegner in eine solche Situation zu bringen, unterschied die von den Kernwaffen bestimmten machtpolitischen Beziehungen ganz entscheidend vom Schema der klassischen Machtpolitik. Die ultima ratio militärischer Gewalt, die Möglichkeit, einen Gegner notfalls mit militärischen Mitteln zu beseitigen, entfiel,

⁴⁾ Eine neuere Darstellung dieser Auffassung findet sich bei Kenneth Waltz, *Frieden, Stabilität und das Gleichgewicht*, in: W. Heisenberg/D. S. Lutz (Anm. 2).

wenn der Gegner über die nukleare Vergeltungsfähigkeit verfügte. Die nukleare Abschreckung erzwingt gleichsam ein Minimum an Rücksichtnahme und Toleranz gegenüber dem politischen Gegner, das als stabilisierendes Element in den internationalen Beziehungen angesehen werden konnte.

In dieser Struktur der machtpolitischen Beziehungen zwischen Kernwaffenmächten liegt auch der Angelpunkt der langfristigen, auf die Verhütung von Kriegen gerichteten Erwartungen und Zielvorstellungen, die in der Ankündigung Brodies zum Ausdruck kommen, das Militär könne in Zukunft nur noch zur Verhütung von Kriegen dienen.

Problematisch blieb die durch die äußerste Brutalität der nuklearen Drohung „erzwungene“ Stabilität in den internationalen Beziehungen schon deshalb, weil nie sicher ausgeschlossen werden konnte, daß es trotz der Abschreckung zu einem Kernwaffenkrieg kommen würde und dann mit Schäden gerechnet werden müßte, die nicht mehr kalkulierbar waren und möglicherweise die Lebensbedingungen auf der Erde drastisch verändern könnten. Viele fürchteten auch, daß die in der Abschreckung enthaltene latente Drohung mit dem Einsatz von Kernwaffen destruktive politische Folgen nach sich ziehen würde.

Aus einer rein realpolitischen Perspektive wäre die Einführung strategischer Verteidigungssysteme unproblematisch, unabhängig davon, welchen Grad an Wirksamkeit sie erlangen. Angesichts der extremen Schäden, die von Kernwaffen verursacht werden können, muß jeder Schutz, jede Verteidigungsmöglichkeit, erwünscht erscheinen. Allein die Kosten könnten gegen die strategische Verteidigung sprechen. Aus diesem Grunde erscheint es extrem unwahrscheinlich, daß eine amerikanische (oder sowjetische) Regierung auf strategische Verteidigungsmittel verzichten könnte, wenn die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben wären. Ob und wann dieser Zustand eintreten wird, ist bisher aber noch nicht sicher abzusehen.

Für die entscheidende Frage, ob sich die strategische Politik am Ziel einer strategischen Verteidigung orientieren soll, reicht aber die „realpolitische Perspektive“ nicht aus. Zunächst einmal stellt sich die Frage, inwieweit die Einführung einer strategischen Verteidigung mit den ordnungspolitischen Zielen der gegenwärtigen Strategie vereinbar ist. Die Antwort darauf ist eindeutig negativ: Der Zwang zu einem Minimum an „Toleranz“, der die gegenwärtige Strategie auszeichnet, wird durch strategische Verteidigungsmöglichkeiten zumindest abgeschwächt. Nur ein Verteidigungssystem, das sich auf den Schutz von Raketenstellungen bzw. auf die Sicherung der nuklearen Vergeltungsfähigkeit beschränkt, wäre mit der

geltenden Strategie vereinbar, entspräche aber den Zielen der Realpolitiker am wenigsten.

Wenn es jedoch möglich werden sollte, sich gegen strategische Kernwaffenangriffe zu verteidigen, dann entfällt auch die das gegenwärtige Sicherheitssystem auszeichnende Gewißheit für den Angreifer, sich einer denkbaren nuklearen Vergeltung des Gegners nicht entziehen zu können.

Die einzige Voraussage, die sich ohne Kenntnis der technischen Eigenschaften eines zukünftigen strategischen Verteidigungssystems ganz generell machen läßt, besteht darin, daß es sehr viel schwieriger sein wird als es ohnehin schon ist, die Ergebnisse eines strategischen Schlagabtauschs vorzuberechnen.

Aus der Perspektive der geltenden Strategie mag das für diejenigen eine Beruhigung bilden, deren Bedrohungswahrnehmung in erster Linie von der Gefahr eines entwaffnenden strategischen Erstschlags bestimmt wird. Dabei wird jedoch völlig übersehen, daß diese Bedrohungsvorstellung auf einer im übrigen gesicherten Vergeltungsfähigkeit beruht.

Während eine kalkulierbare Erstschlagsfähigkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen zwar denkbar, aber außerordentlich schwer erreichbar ist, liegen die Gefahren einer Situation, die durch strategische Verteidigungsmöglichkeiten bestimmt wird, darin, daß sich der Angreifer auf seine überlegene Angriffstaktik oder generell auf sein Kriegsglück verläßt.

Mit diesen Überlegungen allein ließe sich ein Verzicht auf strategische Verteidigungsmöglichkeiten jedoch nicht rechtfertigen. Denkbar wäre beispielsweise, daß sich die politischen Beziehungen zwischen den Supermächten inzwischen soweit stabilisiert haben, daß sie einer Abstützung durch die in der Tat in vieler Hinsicht bedenkliche nukleare Abschreckung nicht mehr bedürfen.

Hierzu müssen einige pauschale Bemerkungen genügen: Vergleicht man die gegenwärtigen politischen Beziehungen der beiden Supermächte mit denen der fünfziger Jahre, so sind die Anzeichen für eine politische Stabilisierung trotz der augenblicklich gespannten Atmosphäre unübersehbar. Die Neigung, den Ost-West-Konflikt zu verabsolutieren ist weit geringer als in den fünfziger Jahren, während auf beiden Seiten die Bereitschaft gewachsen ist, fundamentale Interessen der Gegenseite zu respektieren. Beide Supermächte gehen heute von einer gewissen Kontinuität in ihren politischen und militärischen Beziehungen aus. Es ist selbstverständlich geworden, daß sich beide Seiten wenigstens als Verhandlungspartner akzeptieren.

Von dieser insgesamt positiven Bilanz müssen jedoch Abstriche gemacht werden. In den vergangenen zehn Jahren sind in den amerikanisch-sowje-

tischen Beziehungen kaum Fortschritte erzielt worden. Unter dem Einfluß einer forcierten sowjetischen Rüstungspolitik und der militant anti-sowjetischen Rhetorik der Reagan-Administration ist das gegenseitige Mißtrauen in manchen Bereichen möglicherweise wieder gewachsen. Doch blieb die Unterbrechung der Rüstungskontrollverhandlungen nur von kurzer Dauer. Unter Gorbatschow hat die Flexibilität der sowjetischen Außen- und Rüstungskontrollpolitik deutlich zugenommen und mit ihr die Bereitschaft, die eigene Politik auch im Westen verständlich zu machen. Präsident Reagans Charakterisierung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ fand in der westlichen Presse ein fast einhellig negatives Echo und selbst die pauschalen Zweifel der amerikanischen Regierung an der sowjetischen Vertragstreue haben die westliche Verhandlungsbereitschaft bisher nicht merklich gedämpft.

Allerdings gibt es bisher keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß beide Supermächte wirklich bereit wären, auf die Absicherung ihrer politischen Beziehungen durch die Kernwaffen zu verzichten. Die weitreichenden Reduzierungsvorschläge beider Seiten bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen dienen in erster Linie dazu, die Öffentlichkeit über das Ausmaß der Rüstungsanstrengungen im Bereich der strategischen Kernwaffen hinwegzutäuschen. Die Aussichten, daß die beiden Supermächte tatsächlich damit beginnen, ihre strategischen Kernwaffenpotentiale abzubauen, sind noch immer sehr gering. Erst ein Erfolg der Rüstungskontrollverhandlungen könnte aber als Hinweis verstanden werden, daß die Supermächte auf die politische Stabilität ihrer Beziehungen vertrauen.

Solange die nukleare Abrüstung Utopie bleibt, muß die Frage gestellt werden, ob das amerikanische SDI-Projekt auch in der Lage ist, die im Abschreckungsgedanken liegenden ordnungspolitischen Perspektiven zu ersetzen. Ein Gedanke

dieser Art könnte in der Vorstellung beiderseitiger Unverwundbarkeit liegen, die im Zusammenhang mit dem SDI-Projekt immer wieder anklingt. Danach wäre ein Zustand wenigstens vorstellbar, in dem beide Supermächte über so wirksame Verteidigungsmittel verfügen, daß sie einen Angriff der Gegenseite mit großer Wahrscheinlichkeit abwehren können, ohne allzu große eigene Schäden erleiden zu müssen. Beide Supermächte bedrohen sich unmittelbar in erster Linie mit ihren strategischen Waffen. Konventionell können sie sich gegenseitig aus geographisch-strategischen Gründen kaum angreifen. Könnte ein wirksames Verteidigungssystem gegen strategische Kernwaffen auf beiden Seiten nicht eine Situation herbeiführen, in der beide Supermächte auf die Anwendung militärischer Gewalt gegeneinander verzichten, weil keine von ihnen die andere militärisch besiegen kann, und wäre ein solcher Zustand nicht der in vieler Hinsicht labilen nuklearen Abschreckung vorzuziehen? Viele betrachten eine wechselseitige Nichtangriffsfähigkeit in der Tat als die stabilste Form militärischer Kräfteverhältnisse.

Das Problem liegt allerdings darin, daß sich derartige Verhältnisse normalerweise nicht realisieren lassen. Unabhängig davon, ob der waffentechnologische Entwicklungsstand gerade die Offensive oder die Defensive begünstigt, sind militärische Machtverhältnisse in aller Regel sehr stark situationsabhängig und instabil. Initiative, das Überraschungsmoment, das taktische Vorgehen und die lokalen Bedingungen, unter denen eine militärische Auseinandersetzung stattfindet, sind sehr oft für Sieg oder Niederlage entscheidend. Dies bedeutet aber, daß gewöhnlich nur derjenige wirklich sicher sein kann, einen militärischen Angriff abzuwehren, der nach statischen Kriterien eine eindeutige militärische Überlegenheit besitzt. Eine gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit zwischen militärisch gleichwertigen Mächten setzt daher ganz ungewöhnliche geostrategische und waffentechnologische Bedingungen voraus.

IV. Realisierungschancen eines Zustands gegenseitiger Nichtangriffsfähigkeit

Im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis liegen die geographisch-strategischen Bedingungen so, daß beide Seiten sich gute Chancen ausrechnen können, einen konventionellen Angriff der anderen Supermacht abzuwehren. Ob die Entwicklung einer gegenseitigen Nichtangriffsfähigkeit denkbar ist, hängt also entscheidend davon ab, ob die Entwicklungstendenzen in der Waffentechnologie einen Vorteil der strategischen Defensive vor der Offensive erwarten lassen.

Das seit einigen Jahren neu erwachte Interesse an strategischen Verteidigungsmaßnahmen hat auch technische Gründe. Die technischen Mittel, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre für die damals geplanten Raketenabwehrsysteme zur Verfügung standen, reichten nicht aus, ein strategisch sinnvolles Verteidigungssystem gegen ballistische Raketen aufzubauen. Erst jetzt werden technische Möglichkeiten erkennbar, die, wenn sie einmal ausgereift sind, die Chance für

eine Verteidigung gegen ballistische Raketen bieten.

Die Tatsache, daß ballistische Interkontinentalraketen, gegen die bisher keine Verteidigung möglich schien, in absehbarer Zeit auch im Flug verwundbar werden könnten, ist von großer strategischer Bedeutung. Sie läßt erkennen, daß diese Waffen in Zukunft möglicherweise als Kernwaffenträger ihre gegenwärtig herausgehobene Bedeutung verlieren werden.

Verteidigungsmittel machen ein offensives Waffensystem aber noch nicht überflüssig. Es ist der Normalfall, daß auch erfolgreiche Angriffsoperationen mit Waffen durchgeführt werden, gegen die es mehr oder weniger wirksame Verteidigungsmittel gibt. So gab es gegen den strategischen Bomber von Anfang an eine Reihe von Verteidigungsmöglichkeiten, und viele erwarteten aufgrund technischer Fortschritte bei der Luftabwehr das Ende des strategischen Bombers schon in den sechziger Jahren. Gegenwärtig sieht es jedoch so aus, als werde der strategische Bomber aufgrund der in Entwicklung befindlichen sogenannten Stealth-Technologie im kommenden Jahrzehnt sogar an Bedeutung gewinnen. Zu erwarten ist deshalb, daß auch die ballistischen Raketen auf absehbare Zeit trotz der Entwicklung von Abwehrmöglichkeiten eine etwa den Bom-

bern vergleichbare Bedeutung als strategische Kernwaffenträger behalten werden.

Auch wenn Verteidigungsmittel gegen ICBM zur Verfügung stehen, bedeutet das noch nicht, daß damit auch ein umfassendes und wirksames Verteidigungssystem gegen strategische Kernwaffen aller Art realisierbar wird, und erst recht nicht, daß in Zukunft die strategische Defensive das Übergewicht über die Offensive erlangen wird. Die Diskussion über die technische Realisierbarkeit strategischer Verteidigungsmaßnahmen hat gezeigt, daß sichere Aussagen darüber, ob sich ein umfassendes Verteidigungssystem aufbauen läßt, das ein akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist, gegenwärtig noch nicht möglich sind. Noch weniger gibt es bereits konkrete Hinweise auf eine Überlegenheit der Verteidigung über den strategischen Angriff. Alle in diese Richtung weisenden Argumente sind bisher nichts mehr als abstrakte Spekulationen. Selbstverständlich ist es denkbar, daß sich ein Zustand gegenseitiger strategischer Nichtangriffsfähigkeit in ferner Zukunft einmal erreichen läßt. Das Gegenteil kann mit technischen Argumenten gewiß nicht bewiesen werden. Doch kann eine Politik, die im gegenwärtigen technischen Entwicklungsstadium bereits auf diese Möglichkeit setzt, nur im negativen Sinn als abenteuerlich bezeichnet werden.

V. SDI im Rahmen der amerikanischen Außenpolitik

Wenn das amerikanische SDI-Projekt trotz seiner attraktiven langfristigen Zielsetzung immer wieder auf Kritik stößt, dann beruht das nur zum Teil auf seiner unsoliden technologischen Grundlage. Maßgebend ist vielmehr der Stellenwert, den das Projekt im Gesamtrahmen der aktuellen amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik einnimmt. Präsident Reagan ist bekanntlich mit der erklärten Absicht an die Regierung gelangt, der amerikanischen Außenpolitik wieder eine solide machtpolitische Basis zu geben und das nach Vietnam angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung in die weltpolitische Führungsrolle der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Verbunden war diese realpolitische Orientierung mit einer verschärften Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion und einer weitgehenden Ablehnung aller Versuche vorhergehender Regierungen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf der politischen Ebene zu stabilisieren. Es dauerte lange, bis sich die Reagan-Administration unter dem Druck der amerikanischen Friedensbewegung und der europäischen Verbündeten dazu entschloß, die Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion wiederaufzunehmen. Noch heute gibt es Anzeichen dafür, daß die Reagan-Administration

Rüstungskontrolle in erster Linie als Veranstaltung akzeptiert, die vielfältige Funktionen im diplomatischen Bereich und auf dem Gebiet der Public-Relations erfüllt, ohne aber ihre langfristigen politischen Funktionen ernst zu nehmen.

In einem solchen politischen Rahmen mußte die bisherige strategische Politik der Vereinigten Staaten als Fremdkörper erscheinen, da sie die Bedeutung militärischer Kräfteverhältnisse auf der strategischen Ebene relativierte. H. Kissingers vielzitierte Frage, was denn der Wert strategischer Überlegenheit sei, war gewiß nicht Ausdruck eines unterentwickelten Sinns für politische Machtverhältnisse, sondern entsprach ganz einfach der bis dahin geltenden Kernwaffenstrategie. Präsident Reagans SDI-Projekt präsentiert sich in diesem Zusammenhang zunächst einmal als ein Versuch, die in der bisherigen Abschreckungspolitik enthaltenen machtpolitischen Beschränkungen zu durchbrechen und der militärischen Macht auch im strategischen Bereich ihre „klassische“ Bedeutung zurückzugeben. Damit verband sich die Hoffnung, das wirtschaftliche Gewicht und die technologischen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten wieder in eine politisch bedeutsame mili-

tärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion umzusetzen zu können.

Nur diese Interpretation macht auch verständlich, weshalb das Projekt im eklatanten Gegensatz zu der bisherigen recht konservativen strategischen Politik der Vereinigten Staaten bereits ins Leben gerufen wurde, lange bevor die technischen Voraussetzungen für ein wirksames strategisches Verteidigungssystem vorlagen und weshalb es vor allem von konservativen Politikern begrüßt wird, die Vorschlägen zur Entwicklung defensiver Verteidigungsstrukturen im konventionellen Bereich bisher stets äußerst skeptisch gegenüberstanden. In dieser Form signalisiert das Projekt keinen auf die Entwicklung einer gegenseitigen Nichtangriffsfähigkeit gerichteten strategischen Fortschritt, sondern im Gegenteil eher einen Rückschritt in die machtpolitischen Denkgewohnheiten aus der Zeit vor der Entwicklung der Kernwaffen.

In diesem Zusammenhang wird auch die Behauptung vieler Gegner des Projekts verständlich, SDI habe eine offensive Funktion. Zwar wirken Verdächtigungen, das Projekt sei dazu bestimmt, Häuser, Städte, Wälder und andere brennbare Strukturen des Gegners in Brand zu setzen, um damit letztlich einen „nuklearen Winter“ mit nichtnuklearen Mitteln zu produzieren, in technisch-militärischer Hinsicht eher abwegig, doch ist der Verdacht nicht völlig von der Hand zu

weisen, daß eine Regierung, die eine aktivere Machtpolitik im strategischen Bereich betreiben will, auch die Gefahr in Kauf zu nehmen bereit ist, daß die strategischen Kernwaffen tatsächlich einmal eingesetzt werden. Strategische Verteidigungsmaßnahmen könnten die Risikobereitschaft einer solchen Regierung verstärken, ganz gleich ob die Verteidigung dem Schutz der Bevölkerung oder dem der strategischen Offensivwaffen dient.

Die gewichtigsten Einwände gegen das SDI-Projekt richten sich also weniger gegen die Entwicklung von strategischen Verteidigungsmöglichkeiten an sich, als gegen die Art, in der die Hoffnung auf stabilere machtpolitische Beziehungen zwischen Ost und West und der Glaube an die Segnungen der Hochtechnologie von der amerikanischen Regierung zur Legimitation des Versuchs benutzt werden, zur simplen militärischen Machtpolitik der Vorkriegszeit zurückzukehren. Wenn eine spätere amerikanische Regierung an der langfristigen Fortsetzung des SDI-Projekts mit europäischer Unterstützung und vielleicht sogar mit sowjetischer Billigung gelegen ist, dann muß sie in erster Linie versuchen, diesen Eindruck zu beseitigen, indem sie das Projekt wieder in eine Außenpolitik einbettet, die der Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Ost und West etwas größere Aufmerksamkeit zukommen läßt, und das Projekt als langfristig orientiertes Forschungs- und Entwicklungsvorhaben einstuft.

VI. Europäische Perspektiven

Die bisher dargestellten Überlegungen zielen auf eine Bewertung des amerikanischen SDI-Projekts auf der Basis gemeinsamer westlicher Sicherheitsinteressen. Wegen der zentralen Bedeutung, die das strategische Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten für die europäische Sicherheit hat, müssen diese Überlegungen auch den Ausgangspunkt für eine spezifisch europäische Bewertung des Projekts bilden. Sie reichen hierfür allerdings nicht aus. Unberücksichtigt blieben bisher die Schwierigkeiten, die sich aus der Pluralität der westlichen Sicherheitsinteressen für das Projekt ergeben können. Diese im einzelnen sehr komplizierten Fragen können hier lediglich angerissen werden:

Spezifisch europäische Gesichtspunkte bei der Bewertung des SDI-Projekts können sich beispielsweise aus den Besonderheiten der europäischen Bedrohungssituation ergeben. Bekanntlich ist es vor allem das konventionelle militärische Potential der Sowjetunion, durch das sich die Europäer bedroht fühlen. Bei den Kernwaffensystemen werden eher die sowjetischen Kurz- und Mit-

telstreckenraketen als die strategischen Waffen als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen. Für die Europäer ist daher die Frage von einiger Bedeutung, wie weit sich die strategischen Verteidigungsmaßnahmen der Amerikaner auch auf sowjetische Kernwaffensysteme erstrecken, die die Europäer unmittelbar bedrohen, oder ob die in diesem Zusammenhang entwickelten Technologien den Europäern eine Chance bieten, eigene Verteidigungssysteme gegen die sowjetische Kernwaffendrohung aufzubauen. Es ist zwar denkbar, daß sich diese militärischen Belange der Europäer bei der Planung eines strategischen Verteidigungssystems der Vereinigten Staaten berücksichtigen lassen, selbstverständlich ist dies jedoch keineswegs, und es wird beträchtlicher Anstrengungen der Europäer bedürfen, hier gemeinsam mit den Amerikanern im technisch-militärischen Sinn „optimale“ Lösungen auszuarbeiten. Beim gegenwärtigen waffentechnologischen Entwicklungsstand lassen sich diese militärischen Fragen noch nicht mit Sicherheit beantworten. Aus diesem Grund kann auch der Vorschlag Ver-

teidigungsminister Wörners für eine europäische Verteidigungsinitiative lediglich als Versuchsballon bewertet werden.

Wichtiger als diese militärischen Fragen sind auch für die Europäer zunächst die längerfristigen politisch-strategischen Perspektiven des Projekts. In seiner jetzigen Form forciert das Projekt noch die machtpolitische Orientierung der Reaganschen Außenpolitik, mit der die Europäer schon immer ihre Schwierigkeit hatten. Auf Bedenken dieser Art braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, weil sie in europäischen Stellungnahmen zur amerikanischen Außenpolitik ausführlich behandelt worden sind.

Aber auch wenn sich die europäische Bewertung des Projekts an der langfristigen Utopie einer wechselseitigen Nichtangriffsfähigkeit zwischen den Supermächten orientiert, ergeben sich Schwierigkeiten. Selbst eine Ausdehnung der strategischen Verteidigungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten auf die Europa bedrohenden Kernwaffensysteme der Sowjetunion oder ein europäisches Verteidigungssystem würden den Europäern nicht annähernd das gleiche Maß an Sicherheit verschaffen wie den Vereinigten Staaten. Nichtangriffsfähigkeit im konventionellen Bereich läßt sich nicht allein durch die Einführung neuer Technologien erreichen. Es erscheint heute praktisch als ausgeschlossen, daß sich die europäische Verteidigung soweit verstärken ließe, daß von einer sowjetischen Nichtangriffsfähigkeit gesprochen werden könnte. Der Aufbau wirksamer strategischer Verteidigungssysteme beider Supermächte könnte die Sicherheitsbedürfnisse der Europäer und der Vereinigten Staaten soweit voneinander entfernen, daß eine weitere Erosion der atlantischen Bündnisbeziehungen nicht ausgeschlossen werden könnte.

Diese Gefahren wären geringer, wenn es bei begrenzt wirksamen Verteidigungsmaßnahmen bliebe. Dann entstünden jedoch andere Probleme: Ohne die relativierende Wirkung der gegenwärtigen Abschreckungsstrategie auf die strategischen Kräfteverhältnisse könnten sich die Statusunterschiede zwischen den Supermächten und anderen Kernwaffenstaaten verstärken. Schon begrenzt wirksame Verteidigungssysteme können den beiden Supermächten einen verhältnismäßig wirksamen Schutz gegenüber den weniger starken strategischen Potentialen anderer Staaten gewähren. Die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren („Safeguard“, „Sentinel“) beriefen sich ausdrücklich auf diese Funktion. Selbst ein begrenzter Schutz Europas gegenüber sowjetischen Kernwaffensystemen könnte in einer solchen Konstellation nichts daran ändern, daß sich die Machtverhältnisse innerhalb des Atlantischen Bündnisses weiter zugunsten der Vereinigten

Staaten verschöben und daß sich die amerikanischen und europäischen Sicherheitsinteressen weiter voneinander entfernten.

Die Probleme im amerikanisch-europäischen Verhältnis könnten sich auch verschärfen, weil die geltende NATO-Strategie der kontrollierten nuklearen Eskalation mit der Entwicklung strategischer Verteidigungsoptionen unvereinbar erscheint. Die Frage, ob sich eine nukleare Eskalation in der Praxis auch tatsächlich kontrollieren ließe, war immer umstritten. Die Errichtung strategischer Verteidigungssysteme auf beiden Seiten würde in erster Linie die Kalkulierbarkeit strategischer Kernwaffenangriffe verringern. Damit sinken aber auch die Chancen, einen einmal begonnenen Kernwaffenkrieg begrenzt zu halten. Um sicher zu gehen, begrenzte militärische Ziele zu erreichen, müßten beide Seiten sehr viel stärkere Kräfte einsetzen, als ohne strategische Abwehrmaßnahmen. Erweist sich die Verteidigung dann als weniger wirksam als theoretisch möglich, dann sind die entstehenden Schäden sehr viel höher als vom Angreifer beabsichtigt. Die von der Theorie geforderte Möglichkeit, die Schäden des Gegners zu begrenzen und mit dem Gegner zu kommunizieren, würde dadurch drastisch reduziert⁵⁾.

Es wird häufig übersehen, daß die amerikanische strategische Abschreckung und ihr Verhältnis zu den Kernwaffen in Europa auch ein wichtiges Element der nach dem Krieg in Europa entstandenen politisch territorialen Ordnung bildet. Der Kernwaffenstatus Großbritanniens und Frankreichs, der Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion oder den Erwerb von Kernwaffen und die Stationierung von amerikanischen Kernwaffen in Europa bilden noch immer eine entscheidende Voraussetzung für das bestehende politische System in Europa. Das ist auch der Grund für die große Empfindlichkeit, die besonders die französische Regierung gegenüber jeder Änderung in der Rolle der Kernwaffen in Europa an den Tag gelegt hat. Wo Kernwaffen stationiert sind, wie sie kontrolliert werden und auf welche Ziele sie gerichtet sind — das sind Fragen, die in Europa häufig eine ebenso entscheidende politische wie militärische Bedeutung haben. In historischer Perspektive wird die politische Rolle der Kernwaffen in Europa durch die Tatsache unterstrichen, daß trotz des wachsenden wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den Vereinigten Staaten und Europa wirklich schwerwiegende Krisen innerhalb des atlantischen Bündnisses immer nur durch Meinungsverschiedenheiten in nuklearen Fragen verursacht wurden.

Die hier nur kurz skizzierten politischen Probleme, die aus europäischer Perspektive mit dem amerikanischen SDI-Projekt verbunden sind, dürfen allerdings auch nicht überbewertet wer-

⁵⁾ Hierzu im einzelnen L. Freedman (Anm. 3).

den. Es handelt sich im großen und ganzen um typische Status quo-Argumente, die auch gegenüber einer Vielzahl anderer Maßnahmen im nuklear-strategischen Bereich geltend gemacht werden können (und geltend gemacht worden sind). Sie verlieren ihre Überzeugungskraft, sobald zwingende sicherheitspolitische Gründe den Übergang zu einer auf strategische Verteidigungsmaßnahmen abstellenden Strategie nahelegen. Derartige Gründe sind gegenwärtig — zehn bis zwanzig Jahre bevor mit den technischen Voraussetzungen für ein wirksames Raketenabwehrsystem gerechnet werden kann — jedoch nicht zu

erkennen. Der Hinweis auf entsprechende sowjetische Entwicklungen kann allenfalls die Fortsetzung und Beschleunigung des amerikanischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms rechtfertigen, nicht jedoch das Programm in seiner jetzigen Form. Unter diesen Umständen muß es auch aus amerikanischer Perspektive bedenkenswert erscheinen, ob die mit dem SDI-Projekt verfolgten strategischen Ziele es tatsächlich rechtfertigen, sich auf die weitreichenden politischen Probleme einzulassen, die mit einer strategischen Umorientierung dieser Größenordnung notwendigerweise verbunden sind.

Dieter Mahncke: Alternativen zur nuklearen Abschreckung als Grundlage europäischer Sicherheit?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/86, S. 3—13

Die drei zentralen Fragen der europäischen Verteidigung sind das sogenannte Verteidigungsdilemma, das nukleare Zerstörungspotential und die Abhängigkeit von den USA. Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der gültigen NATO-Strategie, wobei der Schwerpunkt auf Friedenserhaltung durch eine glaubwürdige Abschreckung liegt.

Auch die alternativen Strategievorschläge befassen sich vorrangig mit diesen Fragen. Sie können in die Gruppen sozialer Widerstand, Verteidigung in der Tiefe des rückwärtigen Raumes und dynamische Vorwärtsverteidigung eingeordnet werden. Während die dynamische Vorwärtsverteidigung wie die gültige Strategie den Nachdruck auf Abschreckung legt, schwören die anderen Vorschläge diesem Prinzip zwar keineswegs ab, faktisch aber steht bei ihnen der Gedanke der Schadensbegrenzung im Vordergrund. Dabei weisen die letzteren vor allem zwei Schwächen auf: Sie vermögen militärisch nicht zu überzeugen und sie sind politisch unannehmbar, weil sie im Falle eines Angriffs das weite Eindringen des Angreifers auf eigenes Gebiet bewußt in Kauf nehmen.

Insgesamt stellt sich die Frage, ob allein die Suche nach militärstrategischen Alternativen im Rahmen des bestehenden internationalen Systems sinnvoll ist oder ob nicht zugleich und vor allem nach Möglichkeiten zur Modifizierung des Systems selbst gesucht werden muß.

Franz H. U. Borkenhagen: Kriterien für einen militärischen Strategie- und Strukturwandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/86, S. 15—24

Die Diskussionen um herkömmliche militärische Strategie- und Strukturergänzungen sowie die Vorstellung vieler alternativer Konzepte lassen zunehmend eine Verengung auf den rein militärischen Aspekt erkennen. Inzwischen werden mehr denn je militärisch-technische Vergleiche und Kritiken entwickelt. Dadurch wird die sicherheitspolitische Sichtweise eingeschränkt. Verteidigungspolitische Daten und Fakten werden nicht mehr im notwendigen Maße gleichgewichtig nach politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Richtlinien untersucht und beurteilt.

Zum Ausgleich dieses Mangels werden zehn Kriterien entwickelt. Sie sollen, so wird vorgeschlagen, als Maßstab für ein Beurteilungsraster von militärischen Strategie- und Strukturkonzepten herangezogen werden. Im Gleichklang mit den sicherheitspolitischen Dimensionen und möglichen operativ-taktischen sowie technischen Bedingungen ergibt sich ein Entscheidungsfeld mit unterschiedlich zu wertenden Einwirkungs- und Bestimmungsgrößen.

Der herausgearbeitete Kriterienkatalog will einen Denk- und Handlungsanstoß vermitteln. Danach sind sicherheits- und verteidigungspolitische Analysen und Bewertungen weitestgehend nur in Anerkennung einer gemeinsamen Plattform möglich und sinnvoll. Demzufolge ist wiederum ein Konsens über die Kriterien notwendig. Der Beitrag unterbreitet dazu ein Angebot — insbesondere im Sinne einer an guter Nachbarschaft zwischen den Staaten und gesellschaftlicher Akzeptanz orientierten Friedens- und Entspannungspolitik.

Werner Kaltefleiter / Ulrike Schumacher: Deutsche Interessen im Konzept der strategischen Verteidigung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/86, S. 25—35

Die freie Welt hat nicht die Wahl, strategische Verteidigung in die internationale Politik einzuführen oder nicht, sondern allein die Alternative, ob sie der Sowjetunion ein Monopol bei diesen Systemen überlassen will oder nicht. Da die USA sich entschieden haben, diese Herausforderung der Sowjetunion anzunehmen, bleibt für die Europäer nur die Frage: Beteiligung oder abseits stehen? Für eine Beteiligung sprechen drei sicherheitspolitische Gründe:

1. Die simultane Entwicklung von Schutzsystemen gegen Angriffswaffen unterschiedlicher Reichweiten, damit Europa keine Zone minderer Sicherheit wird.
2. Die simultane Entwicklung von Punktzielverteidigungssystemen für die bedrohten militärischen Ziele in den USA wie in Europa: das Konzept der erweiterten Luftverteidigung.
3. Die Nutzung der bei den Forschungen zur strategischen Verteidigung anfallenden neuen Technologien für die konventionelle Verteidigung in Europa.

Darüber hinaus bewirkt das wissenschaftlich-technische Großprojekt SDI einen Technologieschub; die Bundesrepublik Deutschland könnte ihre Stellung als eine führende moderne Industriegesellschaft verlieren, wenn sie an dieser technologischen Revolution nicht teilnähme.

Wolfgang Heisenberg: Die Strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten. Bewertung und Diskussion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/86, S. 36—46

Obwohl das Thema SDI als Gegenstand öffentlicher politischer Debatten in der Bundesrepublik vorübergehend in den Hintergrund getreten war, spricht viel dafür, daß es das strategische Denken der kommenden Jahre entscheidend beeinflussen wird. Die bisherige Diskussion hat sich auf Fragen der technischen Realisierbarkeit sowie der wirtschaftlichen und technologischen Folgen konzentriert. Unbestritten ist, daß in den letzten Jahren neue technologische Möglichkeiten erkennbar geworden sind, ballistische Interkontinentalraketen im Flug abzufangen, doch schätzen die meisten technischen Experten die Chance sehr gering ein, in absehbarer Zeit einen ausreichenden Schutz gegen strategische Kernwaffen zu entwickeln.

Die mit dem SDI-Projekt aufgeworfenen strategischen Fragen sind in der bisherigen Debatte noch nicht adäquat behandelt worden. Die gesamten theoretischen Grundlagen der gegenwärtig geltenden Kernwaffenstrategie des Westens beruhen auf der Annahme, daß es gegen strategische Kernwaffen keinen ausreichenden Schutz gibt. Der Aufbau eines wirksamen strategischen Verteidigungssystems würde also der geltenden strategischen Politik ihre Grundlage entziehen, ohne daß bereits neue strategische Denkansätze oder Kriterien zu erkennen sind. Das Projekt kann daher gegenwärtig nur aufgrund seiner langfristigen politischen Orientierung bewertet werden.

Die Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten stellen auf die Entwicklung einer beiderseitigen nuklearen Nichtangriffsfähigkeit zwischen den Supermächten ab, und alles spricht dafür, daß die Attraktivität des Projekts eng mit dieser Zielsetzung zusammenhängt. In der Tat wäre ein Zustand wechselseitiger nuklearer Nichtangriffsfähigkeit dem labilen Zustand wechselseitiger nuklearer Abschreckung vorzuziehen. Nur gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte dafür, daß sich dieser Zustand in absehbarer Zeit oder überhaupt jemals einstellen wird. Selbst wenn die Entwicklungsaussichten der Techniken, die einen Schutz gegen ballistische Raketen gewähren können, optimistisch beurteilt werden, folgt daraus noch lange nicht das Entstehen einer nuklearen Nichtangriffsfähigkeit, die einen grundsätzlichen Vorteil der strategischen Defensive gegenüber der Offensive voraussetzen würde, für den es bisher keine Anhaltspunkte gibt.

Ohne diese Perspektive stellt sich das amerikanische Projekt in einem weit ungünstigeren Licht dar. Die primär auf militärische Macht setzende „Eindämmungs-Politik“ der Reagan-Administration gegenüber der Sowjetunion und die Tatsache, daß hier erstmals eine strategische Revolution eingeleitet wird, zehn bis zwanzig Jahre bevor die technischen Voraussetzungen hierfür vorliegen, legt die Vermutung nahe, daß es der Reagan-Administration in erster Linie darum geht, strategische Macht wieder nutzbar zu machen — nutzbar nicht unbedingt im militärischen, wohl aber im politischen Sinn. Die in dieser Politik liegenden Risiken sind unverkennbar.

Auch für die amerikanische Perspektive sind schließlich die politischen „Kosten“ von Bedeutung, die der in Gang gesetzte Prozeß der strategischen Neuorientierung in den atlantischen Bündnisbeziehungen und in Europa verursachen könnte. Strategische Verteidigungssysteme der Supermächte würden die Sicherheitsbedürfnisse der Amerikaner weiter von denen der Europäer entfernen und wären mit der NATO-Strategie der kontrollierten nuklearen Eskalation kaum zu vereinbaren. Die bestehende politische Ordnung in Europa ist so eng mit der Regelung nuklearstrategischer Fragen verknüpft, daß sich die politischen Folgen einer so tiefgreifenden strategischen Neuorientierung kaum übersehen lassen.